



Digitized by the Internet Archive in 2024

D 1 H5 20.311-313

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

— Heft 311

Die Weistümer und der Ausbau der Landeshoheit in der Kurpfalz

Von

Dr. Fritz Zimmermann

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1937

Nachdruck mit Genehmigung vom Matthiesen Verlag, Lübeck

> KRAUS REPRINT LTD. Vaduz 1965

Reprinted from a copy in the collections of The New York Public Library

Inhalt.

	Seite
Vorwort	5
I. Die Voraussetzungen.	
1. Die Weistumsforschung.	7
2. Stand der pfälzischen Territorialgeschichte	10
3. Die Überlieferung der pfälzischen Weistümer	11
4. Gang der Untersuchung	18
II. Die Weistümer im Wandel der kurpfälzischen Territorialpolitik.	
1. Die Territorialgeschichte als Rahmen	19
2. Die Bestandsaufnahme von 1430.	23
3. Fernere Weistumspolitik in der Zent Schriesheim	41
4. Ausbau der Zenthoheit in der Stüber und Neckargemünder Zent.	
5. Die Auseinandersetzung mit der mosbachischen Seitenlinie.	
6. Weiterer Kampf gegen Kurmainz	65
7. Front gegen die Grafen von Erbach	70
8. Spuren einer Weistumspolitik in der Zent Kirchheim. Vor-	
dringen gegen das Bistum Speyer	77
III. Ergebnisse.	
1. Die pfälzische Weistumspolitik	85
2. Die Stellung der Untertanen zur Weistumspolitik der Regierung.	91
Rückblick	99
Quellen und Literatur.	103

Vorwort.

Die Anregung und den Stoff zu dieser Arbeit erhielt der Verfasser während seiner achtmonatigen Teilnahme an der von Herrn Professor Andreas ins Leben gerufenen und geleiteten Arbeitsgemeinschaft zur Sammlung und Herausgabe der nordbadischen Weistümer im Historischen Seminar der Universität Heidelberg. Daneben verdankt er dieser Tätigkeit eine genauere Kenntnis der Weistumsliteratur und der Weistumsüberlieferung, und dadurch über das kurpfälzische Gebiet hinaus reiche Vergleichsmöglichkeiten.

Die Richtung der Untersuchung wurde zunächst veranlaßt durch die Eigenart, ja Einseitigkeit der Überlieferung der pfälzischen Weistümer. Dann legte aber auch der Stand der Weistumsforschung einerseits und der pfälzischen Territorialgeschichte andererseits eine derartige Arbeit nahe und forderte sie sogar, weil gerade die behandelten Weistümer geeignet scheinen, in beiden Forschungszweigen eine Lücke auszufüllen.

Meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Willy Andreas, bin ich für die gütige und vielseitige Förderung dieser Arbeit zu stetem Danke verpflichtet.

Dortmund, den 5. Februar 1937.

Fritz Zimmermann.

I. Die Voraussetzungen.

1. Die Weistumsforschung.¹

Die wissenschaftlichen Bemühungen um die Weistümer sind in den letzten Jahren besonders rege, gehen aber bis auf Jakob Grimm zurück. Sie suchten den Ursprung der Weistümer aufzuhellen, den Begriff des Weistums abzugrenzen und die Weistümer besonders in den Zusammenhang der Rechts-, Agrar- und Wirtschaftsgeschichte einzugliedern. Sie gingen ihnen in letzter Zeit ferner nach als wichtigen Zeugnissen bäuerlichen Denkens und werteten sie nach ihrem reichen volkskundlichen Gehalt und nach ihrer sprachlichen Eigenart aus. Besonders war es die Frage nach ihrer Herkunft, die die Wissenschaft von Anfang an fesselte und noch heute beschäftigt in einer Auseinandersetzung, deren Wurzeln in weltanschaulichen Grund hinabreichen. Es geht nicht an, die beiden Lager, die sich gegenüberstehen, einfach als "alte" und "neue" Schule abzutun, wenn auch die ältere Forschung von dem Grundsatz ausging, daß die Weistümer unmittelbare Fortsetzung der germanischen Genossenschaftsverfassung seien, und erst jüngere Forscher dann auf die hervorragende Rolle der Herrschaft beim Zustandekommen der Weistümer hinwiesen. Richtunggebend waren lange die Anschauungen Jakob Grimms, dieser wissenschaftlichen Eroberernatur, der mit wacher Ehrfurcht den Regungen des Volksgeistes allenthalben nachspürte. Auch in den Weistümern entdeckte er wertvollstes altes Volksgut, sah in ihnen das ungebrochene Fortleben der germanischen Volksgesetzgebung und der alten Rechtsbräuche und legte mit seiner umfassenden Ausgabe den Grund für alle spätere Weistumsforschung.² In seinen

^{1.} Reiche Angaben über Einzelforschungen finden sich bei K. Kollnig "Weistumsforschung am Oberrhein" Z.G.O., N.F. 50, 1936. — Siehe neuerdings auch W. Andreas "Stand und Aufgaben der Weistumsforschung vornehmlich am Oberrhein", Blätter für deutsche Landesgeschichte, Jahrg. 83, 1937.

^{2.} Jakob Grimm, Weistümer, 7 Bde.

Spuren wandelten Mone, G. L. v. Maurer, der auf die Weistümer seine Lehre von der altgermanischen Markgenossenschaft gründete, und vor allem Otto v. Gierke, in dessen großartigem Bau des deutschen Genossenschaftsrechts die Weistümer wichtige Stützen sind.

Schon bald hatten Forscher wie O. Stobbe und andere aber auch darauf hingewiesen, daß die Weistümer nicht nur Quelle des Volksrechts der freien Genossenschaft seien, und hatten den Anteil der Grundherrschaft bei ihrer Entstehung betont. Karl Lamprecht hatte diese Auffassung vom starken Anteil der Herrschaft bei seiner Untersuchung der Weistümer des Mosellandes bestätigt gefunden, und Johannes Kühn hatte diese neue Erkenntnis dann zusammengefaßt. Der Anteil der Herrschaft bei der bäuerlichen Weisung wurde später stark herausgearbeitet von der österreichischen Schule der Weistumsforschung, Anton Mell, Erna Patzelt und Hermann Wießner. Sie lehnen im wesentlichen die Anschauungen vom hohen Alter des in den Weistümern gewiesenen Rechtes, von seinem Zusammenhang mit der autonomen Gesetzgebung der germanischen Zeit ab, sehen den Ursprung der Weistümer im Verhältnis von Grundherrschaft und Hintersassen und betonen die Initiative der Herrschaft bei der Entstehung und Aufzeichnung der Weistümer. Sie haben das große Verdienst, der Schichtung im Aufbau der Weistümer und ihrer Umwelt besonderes Augenmerk geschenkt zu haben, sie wiesen auf die Wichtigkeit der Frage hin, in welcher Umgebung die Weistümer überliefert sind und auf deren Zusammenhang mit den Urbarien und Hofrechten. Ihre Forschungen brachten neue und sehr wichtige Ergebnisse. Das Herrschaftsrecht ist für diese Forscher durchaus das ältere, das "alte Herkommen" in den Weistümern; das bäuerliche Recht ist erst die jüngere Ableitung.

Hatte man zunächst in den Weistümern spezifische Rechtsdenkmäler gesehen, so betonten Karl v. Inama-Sternegg und besonders Karl Lamprecht ihren starken wirtschaftlich-agrarischen Gehalt und ihren hohen Quellenwert für die Wirtschaftsgeschichte. Nach dieser Richtung werden sie auch von der österreichischen Schule besonders ausgewertet.³

Nun scheinen uns aber die pfälzischen Akten noch eine be-

Vgl. Hermann Wießner.

sondere Art von Weistümern zu überliefern, die eine Auswertung nach einer noch kaum beachteten Seite hin gestatten: weder nach der rechts- noch nach der wirtschaftsgeschichtlichen, noch nach der volkskundlichen, sondern nach der territorialgeschichtlichen Seite. Wir sehen in einem beträchtlichen Teil der pfälzischen Weistümer Werkzeuge der Politik. Die "Herrschaft", die in der Literatur eine so hervorragende Rolle spielt, ist in ihnen meist nicht die Grundherrschaft, sondern der Landesherr selbst. Diese Weistümer zeigen schon vom Einsetzen der Überlieferung an meist ein unmittelbares Verhältnis von Regierung und Untertanen, sie dienen nicht der Regelung von Fragen der Genossenschaft unter sich oder zwischen Grundherrschaft und Hintersassen, sondern sie sind erfüllt von politischen Auseinandersetzungen zwischen dem kurpfälzischen Territorialstaat und seinen Gegnern, nämlich dem Adel im Innern, der seine Selbständigkeit verteidigt, und den angrenzenden Territorien, die wie die Pfalz zur vollen Landeshoheit streben. In diesem Kampf sehen wir die Weisung der Untertanen als wichtige Waffe der Regierung in Tätigkeit. Solche Weistümer überliefern uns die Akten der kurpfälzischen Kanzlei in reicher Zahl. Wir nennen sie kurz politische Weistümer4 und betrachten sie als lebendige Quelle der Territorialgeschichte.

Der Begriff des Weistums wird von den einzelnen Forschern enger oder weiter gefaßt, je nach ihrer Einstellung. Wir halten, was nicht überall geschieht, auf jeden Fall an der Tatsache der Weisung, also der mündlichen Aussage von unten her, fest, und ebenso an der Voraussetzung, daß die aussagenden Untertanen immer dem bäuerlichen Lebenskreis angehören. Alles von oben her einseitig Verordnete schließen wir ebenso aus wie die Aussagen von Personen anderen als bäuerlichen Standes. Bei der folgenden Untersuchung verstehen wir unter Weistum die schriftliche Festlegung des Weisungsvorganges, und unter Weisung die Aussage älterer, angesehener Männer des

^{4.} Dieser Ausdruck sei, obwohl er nur ein Notbehelf ist, der Einfachheit halber gestattet. Er soll nicht ausschließen, daß die Weistümer, die er bezeichnet, auch genossenschaftliche Belange wahrnehmen.

Bauernstandes, meist auf Befragung hin, aus ihrer persönlichen Erfahrung und der Überlieferung ihrer Vorfahren heraus über das geltende Recht, über Gerechtsame der Herrschaft und Genossenschaft, aber auch allgemein über alle Vorgänge und Zustände ihres Erlebnisbereiches.

2. Stand der pfälzischen Territorialgeschichte.

Die pfälzische Territorialgeschichte kann eine solche quellenmäßige Bereicherung durch die politischen Weistümer wohl brauchen. Sie ist gerade für die Zeit der Erwerbung der Landeshoheit und ihres Ausbaues noch sehr lückenhaft. Ludwig Häussers Werk, das noch nicht ersetzt ist, legt das Hauptaugenmerk auf die Reichspolitik der Kurfürsten, auf den Landerwerb und -verlust im Auf und Åb der Kriege und Fehden, auf die Familiengeschichte der Herrscher und ihre kulturelle Betätigung. Die Darstellungen der pfälzischen Territorialbildung sind über Skizzen noch nicht hinausgekommen, die Quellen unterrichten uns nur ungenügend darüber, und besonders ist für die Aufhellung des inneren Ausbaues durch die Verwaltung des Territoriums, des allmählichen Vorrückens der Landeshoheit gegen die Reste mittelalterlicher Autonomie bis zum absoluten Staat hin, kurz der Kleinarbeit der Territorialpolitik, noch viel zu tun.

Und gerade hier kommt uns die Weistumsüberlieferung in ihrer Einseitigkeit zu Hilfe. Sie liefert uns Quellen für diesen mühevollen Aufbau, wie wir sie in solcher Frische und Lebendigkeit nicht eben in großer Zahl besitzen. Sie zeigt uns die Grundsätze der Territorialpolitik, aber auch die Stellung der Untertanen bei diesem Vorgang, und gerade dies letztere macht ihren besonderen Reiz aus. Ohne Frage ist sie geeignet, das Bild des Ausbaus der pfälzischen Landeshoheit zu bereichern und zu beleben, und sie soll im folgenden von diesem einheitlichen Blickpunkt aus gewertet werden. Wie ist es nun um die Überlieferung dieser Weistümer bestellt?

3. Die Überlieferung der pfälzischen Weistümer.

Die Bedeutung der Überlieferung für die Fragestellung dieser Arbeit wurde schon hervorgehoben. Diese Überlieferung ist ja in den pfälzischen Gebieten, besonders der Rheinebene, für alle Geschichtsquellen ungünstig, was sich aus der Kriegen und Fehden sehr stark ausgesetzten Lage erklärt und aus dem besonderen Umstand, daß ein großer Teil der pfälzischen Kanzleiakten, darunter die meisten Originale der Weistümer, beim Brand des Heidelberger Schlosses 1537 zugrundeging.⁵ So kann denn auch die Weistumsüberlieferung dieser Gegenden einen Vergleich etwa mit dem badischen Oberland nicht aushalten, insbesondere setzt sie bedeutend später ein als anderswo. Aus den sehr lehrreichen Kurven, die Hermann Wießner an Hand der bedeutendsten Weistümerausgaben für das zeitliche Vorkommen der Weistümer angelegt hat, geht für die Besonderheit der pfälzischen Überlieferung wenig hervor. Ein Vergleich nach dem Gesamtverzeichnis badischer Weistümer, das im Entstehen ist und alles bisher Bekannte enthält, lehrt aber, daß die Weistumsüberlieferung in der Kurpfalz bemerkenswert spät einsetzt. Die Weistümer in deutscher Sprache beginnen Ende des 13. Jahrhunderts. Bis 1399 sind es in Oberbaden bereits 57 Weistümer, während die pfälzischen Quellen für das 14. Jahrhundert nur ganz vereinzelte Stücke aufweisen:6 Osthofen in Rheinhessen 13497 und Endilskomede im Hunsrück 1368.8 Das erste politische Weistum, das auch in der Form die Weisung verdeutlicht, ist das Handschuhsheimer vom Jahre 1399, das in der Territorialgeschichte der Pfalz eine nicht unbedeutende Rolle spielt.

Wo sind nun diese pfälzischen Weistümer überliefert? Die Frage beantworten heißt gleichzeitig den Ausgangspunkt dieser Arbeit bestimmen. Je weiter wir zurückgehen, desto mehr in den Berainen und Copialbüchern des badischen Generallandesarchivs, die in der kurpfälzischen Kanzlei entstanden sind und deren

^{5.} Vgl. die Vorrede in Bd. 1 von Häussers pfälzischer Geschichte.

^{6.} Die Weisung von Seckenheim von 1369, die ich im Berain 3482 fand, besteht nur aus einem, inhaltlich belanglosen Satz.

^{7.} Grimm, IV, S. 634 ff.

^{8.} Cop. 895, Bl. 87-90.

Originale früher im Heidelberger Schloß aufbewahrt wurden. Aus dem 15. Jahrhundert stammen sie fast alle daher, und ohne die Grenzen überscharf zu ziehen, wird man sagen dürfen, daß der größte Teil der pfälzischen Weistümer bis ins 16. Jahrhundert hinein in den staatlichen Quellenbänden uns erhalten ist. Erst von da an finden wir sie in wachsendem Maße an den Orten, wo sie eigentlich zu vermuten wären, nämlich in den Gemeindeakten auf den Rathäusern, Gefällrechnungen, von denen der Großteil heute auch im G.L.A. ist, nur geringe Bestände waren noch in den Rathäusern der Gemeinden aufzufinden, und sie ausnahmslos jung, meist dem 18. Jahrhundert angehörig.

Im Druck lagen für unseren Bereich vor die Ausgaben von Grimm und Brinkmann, außerdem Einzeldrucke in den Mannheimer Geschichtsblättern und der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Die Arbeitsgemeinschaft im Historischen Seminar Heidelberg bereitet eine Fortsetzung der Ausgabe der nordbadischen Weistümer für die Zenten Kirchheim und Schriesheim vor, die bereits 193 Stücke umfaßt.

Wenn die Regierung diese Weistümer so eifrig sammelte und in oft mehreren Abschriften aufbewahrte, so hatte sie natürlich ein bestimmtes Interesse an ihnen: es sind eben die Weistümer mit politischem Gepräge, wie sie hier im folgenden untersucht werden sollen. Die meisten ältesten Weistümer in unserem Gebiet sind von dieser Art. Die späteren, die sich meist in den Ortsakten finden, haben kein politisches Gepräge mehr.

Warum und wie eine solche Sammlung bestehender oder eine Aufstellung neuer Weistümer zustandekam, zeigt uns deutlich eine Maßnahme des Kurfürsten Johann Casimir aus dem Jahre 1589,¹¹ also aus der Zeit, wo der Staat das Ziel seiner Weistumspolitik im wesentlichen erreicht hatte, was dieser Sammlung abschließenden Charakter gibt. Sie ist für die Überlieferung der Weistümer und für die pfälzische Verwaltungsgeschichte gleichermaßen aufschlußreich. Erlassen wird der "gemeine bevelh, aller stett, flecken und

^{9. &}quot;Originalia .. findet man lygen im briefgewölb uff dem schloß zu Heydelberg" heißt es im Cop. 876.

^{10.} z. B. das Neckarauer Dorfbuch im Mannheimer Stadtarchiv.

^{11.} Cop. 882.

communen iura und gerechtigkeiten ordenlich zu schreiben und zu überschicken" vom Kurfürsten selbst am 18. September 1589 an sämtliche 12 Ämter der Kurpfalz, aber nur die Antworten aus 4 Ämtern liegen vor: Starkenburg, Otzberg, Stromberg und Bacherach.12 In dem kurfürstlichen Befehl heißt es, daß es bisher in der Kanzlei kein systematisches Verzeichnis der Gerechtsame in allen Dörfern der einzelnen Ämter gegeben habe, sondern nur Einzelberichte, daß aber ein solches Verzeichnis nun angelegt werden solle zur Vermeidung unnötiger Mühe und Kosten und der Gefahr des Verlustes von Rechten. 13 Das Verzeichnis soll enthalten "was die churfürstliche Pfaltz in denselben jeden in specio an wildfangen, leibeigenen, bastardsfällen, raissvolg, musterung, besetzung, proviant, reisswägen, fron, atzung, schatzung, kerch, steuer, hagen, jagen, frevel, buss und allen anderen dergleichen oberherrlich- und gerechtigkeiten herbracht habe". Also die ganze Fülle von Rechten, die den Begriff der Landeshoheit ausmachen. Und zwar nicht nur die bestehenden, sondern auch die erloschenen und nicht nur die pfälzischen Rechte, sondern "specifice zu notieren, was etwa andere frembde herrschaften und ingesessene vom adel in solchen orten für gerechtigkeit und güter ... haben", ferner sollen alle Aus- und Zentdörfer und fremdherrschaftliche Dörfer in den Ämtern erfaßt werden. Und nun der für uns wichtigste Satz des Befehls: "Und demnach die weisstumben, so etliche communen zu haben pflegen, zu vielen sachen dienstlich sind und gute nachrichtung geben, so wöllende von allen denselben abschrift fertigen und uns gleichergestalt zukommen lassen."

Man stellt also in dieser Zeit schon kaum mehr neue Weistümer auf, aber man sammelt nun die bestehenden in umfassender Weise, und diese Sammlung am Ende der politischen Periode der Weistümer gestattet am besten einen Überblick über die räumliche Verteilung der Weistümer über das Pfälzer Gebiet und das Vorkommen unserer politischen Weistümer in ihm. Den Weistümern wird in dem Befehl noch eine wichtige Rolle bei der Erfassung der herrschaftlichen Gerechtsame zuerkannt. Nur manche Dörfer haben

13. Vgl. die Einleitung bei der Sammlung von 1496.

^{12.} dazu eine ähnliche Sammlung für das Amt Heidelberg von 1496 (Berain 3486) und für das Amt Mosbach aus späterer Zeit (Berain 5526).

ein Weistum, wird gesagt. Es ist anzunehmen, daß die Amtleute daraufhin die vorhandenen Weistümer auch erfaßt haben, soweit sie für den befohlenen Zweck dienstbar zu machen waren. Die Amtleute forderten von den Schultheißen und Gerichten Berichte, und die Abschriften dieser Berichte wurden der Kanzlei nach Heidelberg gesandt, während die Originale in der Amtsregistratur blieben. Die Berichte der Schultheißen gingen langsam ein, und so antworteten die Amtsleute erst nach mehreren Monaten. Die Schultheißen stützten sich bei ihren Angaben zum Teil auf vorliegende Akten, darunter auch Weistümer, zum Teil aber auch auf mündliche Aussagen angesehener Personen.

Die beiden linksrheinischen Ämter Stromberg (Hunsrück) und Bacharach bringen viele Weistümer, die zum Teil recht ausführlich und auch volkskundlich und rechtlich ergiebig, aber durchaus starr sind und nichts mehr von dem Leben und der Spannung ursprünglich mündlicher Weisung bieten, der wir nachgehen und die sich nur erhält, wo Auseinandersetzungen der Herrschaften unter sich oder zwischen Herrschaft und Genossenschaft die Rechtsfindung veranlassen. Dies aber war in den linksrheinischen Gebieten zu der Zeit, die uns die Überlieferung erhellt, nicht mehr der Fall. Dieselbe Feststellung gilt auch für die übrigen linksrheinischen Weistümer, die uns gedruckt und ungedruckt in großer Zahl vorliegen und deren Durchsicht nichts Neues für unsere Betrachtung ergab.14 Diese Weistümer stammen meistens aus dem 16. Jahrhundert und sind kaum je erstmalige Aufzeichnungen. Alle setzen sie zwar die pfälzischen Gerechtsame fest, aber diese werden von niemand angezweifelt, es fehlt der Gegner und damit die politische Spannung und die Möglichkeit, die pfälzische Landeshoheit im Werden zu beobachten. Dasselbe ist zu sagen für die anderen Randgebiete des Territoriums, etwa das Amt Boxberg, das 1381 zur Pfalz kam. oder die württembergischen Außenbesitzungen und das Amt Umstadt-Otzberg im Odenwald. Aus allen diesen Gebieten sind Weistümer erhalten, aber sie liefern keinen wesentlichen Beitrag zu dem Thema "Ausbau der pfälzischen Landeshoheit". Weitaus am

^{14.} Vgl. Grimm, Weistümer Bd. 4 u. 5; Wilhelm Müller, Verzeichnis hessischer Weistümer, Provinz Rheinhessen; "Die Weistümer der Rheinpfalz" in "Mitteil. d. Historischen Vereins d. Pfalz" 16, 1882.

ergiebigsten dafür ist vielmehr die unmittelbare Umgebung der Hauptstadt Heidelberg, das pfälzische Kerngebiet. Es wird von der Verwaltung schärfer und straffer erfaßt als die Randgebiete, die Gerechtsame werden mit peinlicher Genauigkeit und unermüdlicher Zähigkeit wahrgenommen, nicht zuletzt mit Hilfe der bäuerlichen Weisung, und an Gegnern fehlt es von Anfang an nicht. Denn allenthalben grenzen fremde Territorien an, Mainz, Erbach, Worms, Mosbach, und die Ritterschaft ist hier besonders reich begütert und unabhängig. Es bedurfte eines jahrhundertelangen Kampfes, bis die Landeshoheit hier völlig durchgesetzt war, daher findet sich hier die größte Zahl von spannungserfüllten, politischen Weistümern. So ist es kein Zufall, daß in der Sammlung von 1589 das Amt Starkenburg am besten mit Weistümern vertreten ist. Es gehört eben zu jenem Kerngebiet, das die meisten politischen Weistümer bietet.

Ein Überblick über deren räumliche Verteilung wird das zeigen. Wir benutzten Weistümer von folgenden Orten und Zenten: Zenten: Reichartshausen, Neckargemünd, Sachsenheim-Schriesheim, Affolterbach, Waldmichelbach, Kirchheim und Landberg, Orte: Handschuhsheim, Lorsch, Siedelsbrunn, Beerfelden, Hardtwald b. Hockenheim, Ketsch, Kolbwald b. Eberbach, Oppenheim und Nierstein, Mosbach, Hemsbach, Brühl und Sandhofen. Das sind ganz überwiegend Zenten und Dörfer aus dem Oberamt Heidelberg.¹⁵

Dem örtlichen Überblick mag sich hier nun ein solcher über die z eitlich en Zusammenhänge anschließen. Zunächst ist festzustellen und während der ganzen Untersuchung im Auge zu behalten, daß wir uns ja an die Niederschriften der mündlich en Weisungen zu halten haben. In vielen Fällen mag die mündliche Weisung schon eine althergebrachte Gewohnheit gewesen sein, ehe sie ihre erste Niederschrift erfuhr. Und auch diese erste Niederschrift besitzen wir oft nicht, sondern nur ihre Erneuerung, wie das manchmal ausdrücklich festgestellt wird. Oft aber handelt es sich auch tatsächlich um erstmalige Weisungen, besonders bei den sogenannten Kundschaften. Das Einsetzen der schriftlichen

^{15.} In den Akten finden sich im übrigen noch viele Berufungen auf Weistümer, ohne daß diese selbst erhalten sind.

Überlieferung war örtlich verschieden und von mannigfachen Umständen abhängig. Viele Orte hatten schon sehr früh ihre Gerichtsbücher, wo das geltende Recht genau aufgezeichnet war, und der Nachbarort begnügte sich noch lange darnach mit mündlicher Rechtsweisung von Fall zu Fall. Z.B. wurde in Horweiler, Amt Stromberg, schon 1456 ein neues Gerichtsbuch begonnen, während es bei Wormsrode noch 1590 heißt: "Und ist das weisstumb.. nicht beschrieben, sondern wird jarss uff einen bestimmten tag..., uff einer besonderen stett ... mündlich ausgesprochen." Neue Weisungen werden dauernd veranstaltet, wenn neue Situationen auftauchen, diese Gegenwartsnähe bewahrt man sich bis ins 18. Jahrhundert. Schon vorhandene Weistümer werden immer wieder verlesen; sie werden manchmal sinngemäß geändert, manchmal aber schleppen sie auch längst veraltetes Gut mit, das nur noch symbolische Bedeutung hat oder gar nicht mehr verstanden wird.

Wir beachten die Weistümer besonders, deren Entstehung wir aufzeigen können, beobachten bei den anderen die Wirkung, begnügen uns bei ihnen mit dem Datum der schriftlichen Aufzeichnung und stellen nur fest, wo eine zeitliche Abweichung zwischen mündlicher Weisung und schriftlichem Weistum zu finden ist. Die zeitliche Gemeinsamkeit bedeutet nicht ohne weiteres einen inneren Zusammenhang der Weistümer, doch ist sie auch nicht immer zufällig und zwingt in einem Falle zu einer gemeinsamen Behandlung der betreffenden Gruppe, während im übrigen der Rahmen der Behandlung durchaus der örtliche ist. Es ist nicht notwendig, über das tatsächliche Alter der Weisung an dieser Stelle etwas zu sagen, wo es nicht um ihren Zusammenhang mit älteren Zeiten geht, sondern wo sie Vorgänge begleitet, die sich im Lichte der Geschichte vollziehen.

Das älteste Weistum, das uns angeht, ist das Handschuhsheimer Dorfweistum von 1399, es folgen die Reichartshauser Zentweistümer von 1416, der Lorscher Wildbann von 1423, aber erst im Jahre 1430 läßt sich ein großer Zusammenhang feststellen, und zwar gleich für den größten Teil des kurpfälzischen Kerngebietes. Alle Weistümer dieses Jahres, etwa ein Dutzend, gehören eng zusammen und bilden das schönste Beispiel einer sogenannten Weistumsfamilie in der pfälzischen Überlieferung. Im Jahre 1442 sammeln sich auch wieder einige Weistümer: in den drei Kundschaften über

den Zoll zu Ketsch, über den Hardtwald bei Schwetzingen und über das Dorf Siedelsbrunn i. Odenwald werden die pfälzischen Rechte wahrgenommen und ist ein zeitlicher Zusammenhang zu vermuten. 1496 wird eine ähnliche Aktion wie 1430 durchgeführt und überliefert uns nach einer Einleitung, die derjenigen von 1589 ähnlich ist und auch ausdrücklich auf die Weisung als Grundlage der Bestandsaufnahme abhebt, 32 Weistümer aus den Zenten Schriesheim und Kirchheim und 3 aus der Neckargemünder Zent, aber nur für die Dörfer, nicht für die Zenten, und ohne jede politische Spannung. Dann ist ein zeitlicher Zusammenhang höchstens nochmals 1466 in kurzen Weisungen der Zenten Kirchheim und Reichartshausen anzunehmen. Alles andere sind Einzelweisungen, 1445, 1447 und 1467 z. B. über den Kolbwald bei Eberbach, 1451 über Geleitsrecht in Oppenheim und Nierstein, 1457 und 1487 über Rechte in der Zent Beerfelden i. O. Im späteren 15. namentlich und im beginnenden 16. Jahrhundert gibt es dann noch viele politischen Weistümer, die nicht alle genau zu datieren sind, die auch nicht alle nachher behandelt, sondern nur zum Vergleich herangezogen werden. So etwa die verschiedenen Weistümer der Zent Schriesheim, Kundschaften im Amte Mosbach, in Sandhofen, vor allem aber Weistümer der Zenten Reichartshausen und Neckargemünd, wo die Regierung noch ausnehmend lange gegen den starken Adel mit Hilfe der Genossenschaft zu kämpfen hatte. Hier sind die beiden Zentweistümer von 1538 und 1561 besonders wichtig, daneben auch hier eine Reihe von Ortsweistümern. Im 17. Jahrhundert sind nur noch die Weistümer von Brühl 1652 und von Baiertal 1659 von Belang, die ausgesprochene Spätlinge sind. Im übrigen liegen nach 1600 keine politischen Weistümer, um diese Zeit hat sich die pfälzische Landeshoheit überall durchgesetzt, damit verlor die Verwaltung das Interesse an der Sammlung oder Neuaufstellung von Weistümern; sie überließ sie dem Ausdruck des dörflichen Lebens, und davon und von nichts anderem sind die Weistümer des 17. und 18. Jahrhunderts erfüllt.

Die Weistümer der politischen Art beginnen also mit dem 15. Jahrhundert, sind um dessen Mitte am dichtesten gelagert, sind bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts noch zahlreich, nehmen dann aber rasch ab und hören um 1600 ganz auf, Nachzügler im 17. Jahrhundert sind sehr selten.

4. Gang der Untersuchung.

Vor dem Eintritt in den sachlichen Teil, der die Ausbildung der pfälzischen Landeshoheit mit Hilfe der Weistümer zu schildern unternimmt, noch ein kurzes Wort über den Gang der Untersuchung.

Die Einheit, auf die alle Einzelweistümer bezogen werden, in deren Dienst alle stehen, ist die Ausbildung der Landeshoheit. Sie bestimmte auch die Gliederung des Ganzen: nach einem kurzen Blick auf die pfälzische Territorialgeschichte als Rahmen verfolgen wir die Wahrnehmung der Landeshoheit in ihren einzelnen Teilen. Wesentlichster Bestandteil ist auch in der Pfalz die hohe Gerichtsbarkeit. Sie sichert man sich also auch zuerst, indem man überall in den alten, noch lebendigen genossenschaftlichen Gerichtsbezirken, den Zenten, sich die Herrschaft erwirbt. So verfolgen wir zunächst die Sicherung der Zenthoheit in den Weistümern der umfassenden Maßnahme von 1430. Sie ist die Grundlage aller späteren Weistumspolitik. Wir gehen dann dem weiteren Ausbau der Zenthoheit gegenüber den eingesessenen Dorfherrn in den Zenten Schriesheim, Reichartshausen und Neckargemünd nach. Allmählich traten dann noch andere Bestandteile als notwendig zum Begriff Landeshoheit hinzu, besonders die ursprünglich königlichen Regalien, die sich der Landesherr erwirbt. Über sie sagten die alten Zentweistümer meistens nichts aus; um sie sich völlig gegen Ansprüche anderer Herrschaften zu sichern, war also die Einholung neuer Weisungen nötig. Dies sind die sog. Kundschaften, die in der späteren Untersuchung eine so große Rolle spielen werden. Ihnen gilt dann unsere weitere Aufmerksamkeit, und wir teilen sie ein nach den Gegnern, zu deren Bekämpfung sie dienen: also der Mosbachischen Seitenlinie, des Mainzer Erzbistums, der Grafschaft Erbach und des Bistums Speyer.

In zwei Schlußkapiteln soll dann das Allgemeine und Grundsätzliche an der pfälzischen Weistumspolitik und der Haltung der Untertanen zu ihr zusammengefaßt werden.

II. Die Weistümer im Wandel der kurpfälzischen Territorialgeschichte.

1. Die Territorialgeschichte als Rahmen.

Die Weistümer spiegeln nicht die Erwerbung der Landeshoheit. Sie ist in der Abgrenzung, die ihr die Forschungen von Georg v. Below, Theodor Knapp, Hermann Aubin, Hans Fehr u. a. gegeben haben, beim Einsetzen der Weistumsüberlieferung im ganzen schon in den Händen der Pfalzgrafen. Aber einmal ist sie noch ständig in der gebietsmäßigen Ausdehnung begriffen, und zum anderen setzt gerade im 15. Jahrhundert jene planmäßige Organisation im Innern ein, die das Kennzeichen des modernen Staates gegenüber der mittelalterlichen Buntheit der Herrschaftsverhältnisse ist. Das neue Territorium war noch mannigfach durchlöchert von den Resten jener mittelalterlichen Autonomie, von Privilegien und Immunitäten. Die Landesteile hatten zunächst nichts gemein als die Person des Herrschers und mußten erst noch von einer zentralen Verwaltung durchgegliedert werden, deren Ziel ein allgemeiner Untertanenverband war.

Das pfälzische Territorium war entstanden auf der Grundlage des alten Königsgutes am unteren Neckar durch die Vereinigung der Pfalzgrafenwürde mit der Hochgerichtsbarkeit im alten Lobdengau, die im Jahre 1225 von Worms erworben wurde. Von da an begann eine Zeit der Abrundung und Erweiterung des wittelsbachischen Gebietes, die es bis 1400 schon stark erweiterte.

Im alten Lobdengau fand der Pfalzgraf zwei jener alten genossenschaftlichen Gerichtsbezirke vor, wie sie allenthalben auf fränkischem Rechtsgebiet, also außer in Kurpfalz auch noch in Kurmainz, in Erbach und Würzburg, vorhanden waren als Reste der mittelalterlichen Grafschaftsverfassung: die Zenten. Der Zentherr war Hochgerichtsherr über ein beträchtliches Gebiet, das niedergerichtlich in verschiedenen Händen sein konnte. Darin liegt die Bedeutung der Zenten für die Landeshoheit.

Mit dem Lobdengau kamen 1225 die Schwesterzenten Kirchheim und Schriesheim geschlossen an die Pfalz. Sie hatte in ihnen viel Grundbesitz, viel war aber auch samt der Niedergerichtsbarkeit in den Händen des Adels und fremder Territorien. Auch die vier Odenwaldzenten des späteren, 1604 gebildeten Amtes Lindenfels, von denen die Zenten Affolterbach und Waldmichelbach in den Weistümern eine Rolle spielen, waren um 1400 schon in pfälzischen Händen, Beerfelden dagegen war immer eine erbachische Zent, die Zent Landberg (Heppenheim) war damals noch mainzisch.

Neben der Bergstraße war auch der Neckar Vorstoßrichtung der pfälzischen Politik. Auch am unteren Neckar hatte die Pfalz auf dem Wege über die Zenthoheit schon festen Fuß gefaßt: im nördlichen Teil des Elsenzgaues, der vom Neckar östlich und nördlich begrenzt wird, in den Schwesterzenten Reichartshausen und Neckargemünd, die jedoch getrennt erworben wurden. Reichartshausen war ursprünglich vom Reich an die Herren von Hirschhorn verpfändet worden (1360). 1369 und 1378 aber erhielt die Pfalz von Karl IV. und Wenzel die Vollmacht, die Stüber Zent einzulösen. Sie hat aber nicht auf diesem Wege, sondern durch Waffengewalt von der Zent Besitz genommen. 1401 wird die Zent dem Pfalzgrafen unterstellt, was 1416 von Rittern und Untertanen bezeugt wird. Die ihr links benachbarte Neckargemünder Zent kam schon früher, etwa 1330, in pfälzischen Besitz. Sitz des Zentgerichts war bis 1346 das zentral gelegene Meckesheim, von da an Neckargemünd, das bis dahin Reichsstadt gewesen war und auch als pfälzische Stadt eigene Blutgerichtsbarkeit behielt.1

Im 14. Jahrhundert schon griff man auch am Neckar noch weiter aus und erwarb zwei weitere Zenten, Eberbach und Mosbach, die 1330 von der Pfalz aus der Weinsberger Pfandschaft eingelöst wurden, ferner wurde 1381 das Mosbach benachbarte Amt Boxberg erworben.

^{1.} Die Verlegung des Zentsitzes ist eine bekannte Erscheinung: Kirchheim-Leimen vor 1439, Sachsenheim-Schriesheim 1485, Affolterbach-Hammelbach im 15. Jahrhundert.

Das etwa war der Bestand des pfälzischen Gebiets, soweit er als Rahmen für unsere Weistümer in Frage kommt. Dies Gebiet erfuhr nun im 15. Jahrhundert noch weitgehende Veränderungen, die z. T. die Voraussetzung, z. T. aber auch die Folge der Weistumspolitik sind. Besonders wichtig wurde schon 1410 nach dem Tod des deutschen Königs Ruprecht die Teilung des Kurfürstentums. Trotz der Goldenen Bulle setzte sich hier noch einmal die privatrechtliche Auffassung von der Landesherrschaft durch, und das Land wurde unter die vier Söhne verteilt. Der Zweibrücken-Simmernsche und der oberpfälzische Teil scheiden für unsere Betrachtung aus. Sehr bedeutsam ist dagegen die Teilung im Gebiete der Zenten, wo es nun 1410—1499 zwei Linien gab, die Kurlinie im Oberamt Heidelberg und die ottonische Seitenlinie in Mosbach, Eberbach und Sinsheim, wobei sich die beiden Linien als territoriale Nebenbuhler fühlten und behandelten.

Auch das 15. Jahrhundert ist vom Kampf mit dem schärfsten Nebenbuhler, Kurmainz, erfüllt. Schon im 13. Jahrhundert hatte man hart um das Erbe der Abtei Lorsch gerungen, damals hatte Mainz seine Ansprüche durchgesetzt, und seitdem war es Nachbar an der Bergstraße und im Odenwald, die beiden Gebiete lagen mannigfach ineinander verschlungen, die Hoheiten waren heiß umstritten in einem territorialen Kleinkrieg, in dem alle Mittel vom Weistum bis zur offenen Fehde eingesetzt wurden. Dies letzte Mittel wandte Friedrich der Siegreiche mit Nachdruck und mit größtem Erfolg an, indem er Mainz die alten Lorscher Gebiete mit Waffengewalt abnahm: 1461 eroberte er das mainzische Amt Schauenburg mit den Dörfern Handschuhsheim, Dossenheim und Seckenheim, 1462 wurde ihm das große Amt Starkenburg mit der Hauptstadt Bensheim und mehreren Odenwaldzenten als Verpfändung mit Wiederkaufsrecht, tatsächlich als Abtretung vom Erzbischof überlassen. Unter Friedrich I. hatte das pfälzische Territorium die größte Ausdehnung, bald aber gingen im bayrischen Erbfolgekrieg 1507 viele Außenbezirke wieder verloren, Weinsberg und Maulbronn z. B., und dieses Jahr bezeichnet überhaupt das Ende der pfälzischen Ausdehnungspolitik. Einen schweren Rückschlag bedeutete dann weiter der 30jährige Krieg, in dessen Gefolge die Pfalz 1650 im sog. Bergsträsser Rezeß das Amt Starkenburg an

Mainz zurückgab, wofür Mainz auf seine åten Wildbannansprüche in der Zent Schriesheim endgültig verzichtete.

Auch am Rhein, in der Nachbarschaft des Bistums Speyer, faßte die Pfalz schon früh festen Fuß, wenn das auch mehr ein Nebenschauplatz ihrer Politik war. 1462 trat Speyer die Kellerei Wersau mit den Dörfern Reilingen und Hockenheim ab, die bis dahin speyerisches Lehen an die Mosbacher Linie gewesen war. zwei speyerischen Dörfern, in Ketsch und Brühl, verstand es die Pfalz, mit Hilfe der Kirchheimer Zenthoheit, also mit Hilfe der Weisung, Boden zu gewinnen. Seit dem 15. Jahrhundert besteht ein dauernder Streit um die Gerechtsame in diesen beiden Dörfern, den wir besonders bei Brühl sich deutlich in den Weistümern spiegeln sehen und der 1709 mit der Abtretung Brühls an die Pfalz endete, während Ketsch bei Speyer verblieb. Ein ähnlicher Streit spielte sich innerhalb der Zent Schriesheim mit dem Bischof von Worms ab, der Dorfherr in Hemsbach, Sulzbach und Laudenbach war, dieser Streit endete 1705 ebenfalls mit der Abtretung der strittigen Dörfer an Kurpfalz, und die bäuerliche Weisung spielte auch in ihm eine bedeutende Rolle. Ein letzter Nebenbuhler war noch die Grafschaft Erbach im Odenwald, doch ist das Verhältnis zu ihr im ganzen freundschaftlich zu nennen.

Friedrich I. war es übrigens auch, der im pfälzischen Hofgericht 1472 eine höchste Berufungsinstanz schuf, und der durch Einteilung in 18 Oberämter das Territorium vorbildlich ordnete. Wie der örtliche Überblick schon zeigte, erstreckt sich die Weistumspolitik nicht auf dieses ganze Gebiet, das ja bis zur Mosel, bis an den Niederrhein und tief ins Württembergische hineinreichte. Sie beschränkt sich vielmehr im wesentlichen auf das Gebiet des Oberamts Heidelberg mit den vier Zenten Schriesheim, Kirchheim, Neckargemünd und Reichartshausen.

Es sollte keine zusammenhängende pfälzische Territorialgeschichte für den in Frage stehenden Zeitraum geboten werden, sondern nur die Zustände und Wandlungen, die zum Verständnis unserer im Dienste der Territorialpolitik stehenden Weistümer nötig sind, wurden erwähnt. Die Regierung bediente sich einer Vielzahl von Mitteln bei ihrer Erwerbs- und Ausbaupolitik. Sie hängen untereinander zusammen, und wenn wir nun den Gebrauch eines solchen Mittels, eben der Weisung der Untertanen, verfolgen, so müssen wir diesen Zusammenhang immer im Auge behalten. Die Einheit, auf die alles bezogen ist, ist die Sicherung der Landeshoheit. Wie sie von Fall zu Fall, scheinbar sprunghaft, tatsächlich aber planmäßig und folgerichtig verläuft, sollen nun die Einzelbeispiele² zeigen.

2. Die Bestandsaufnahme von 1430.

Der erste Einzelfall, die Bestandsaufnahme von 1430, ist zugleich das umfassendste Beispiel der pfälzischen Weistumspolitik. Solche Bestandsaufnahmen kamen in der Geschichte immer wieder vor nach Zeiten der Erschlaffung, der Wirren und Kriege als Voraussetzung neuer, kräftiger Außenpolitik.² Durch das persönliche Eingreifen des Fürsten oder durch Veränderungen in der Kanzlei wurde dann der Bestand an Gerechtsamen genau erfaßt. Dies konnte nur mit Hilfe der Untertanen geschehen, die ihre Erfahrungen in den Weistümern ausdrückten.

Von der Aktion von 1430 wird das ganze Amt Heidelberg betroffen. Eben ihrer Planmäßigkeit wegen bedarf sie einer ausführlichen vergleichenden Darstellung, denn nie wieder zeigt sich so klar der durchgehende Zug. Ihrem Ausmaße entsprechend ist sie für die spätere Entwicklung in den meisten Gebieten die Grundlage, die meisten Fäden werden schon hier geknüpft, mit ihr beginnt die Geschichte der Zenten im pfälzischen Gebiet. Erworben wurden sie alle schon früher. Nun erst hat die Regierung aber das Bedürfnis, ihre Stellung in ihnen genau zu fixieren. Für wie wichtig das erachtet wurde, zeigt sich auch daran, daß sich in drei verschiedenen Copialbüchern der Kanzlei gleichlautende Abschriften finden, ein sonst seltener Fall, und daß sich in dem nur 18 Blätter umfassenden Cop. 880 gerade die Zentweistümer von 1430 vereinigt finden.4

Es geht zunächst um die hohe Gerichtsbarkeit. Welches waren

^{2.} Text der zitierten Weistümer nach den "Grundsätzen für die äußere Textgestaltung bei der Herausgabe von Quellen zur neueren Geschichte" 1931.

^{3.} z. B. 1496 und 1589.

^{4.} Zitiert wird hier immer nach dem Cop. 881, das die vollständigsten Abschriften enthält, ohne daß jedoch die beiden anderen in 880 und 876 irgendwo nennenswert abweichen.

damals die Zenten und inwieweit wurden sie von der Aktion von 1430 betroffen?

Amt Heidelberg: Zent Sachsenheim (1430), Kirchheim (1466), Reichartshausen (1430), Neckargemünd (1430).

Amt Lindenfels (seit 1604, vorher ebenfalls zum Amt Heidelberg gehörig): Affolterbach (1430), Waldmichelbach (1430), neue Zent (1561 gegründet), Talzent (—).

Amt Mosbach mit den Zenten Eberbach und Mosbach kommt damals nicht in Frage, weil es im ganzen 15. Jahrhundert bei der Mosbachischen Linie war.

Also bis auf zwei Zenten werden alle 1430 der Pfalz unterstellt, und bei diesen beiden fehlenden, vor allem bei Kirchheim, scheint es, als ob sie sich nur durch Ungunst der Überlieferung dem Bilde nicht einfügen. Noch deutlicher wird die Planmäßigkeit durch die Daten der Weistümer:

Zent Affolterbach 14. Sept. 1430

Zent Waldmichelbach 15. Sept. 1430

Zent Landberg (mainzisch mit einzelnen pfälzischen Untertanen) 13. November 1430

Zent Sachsenheim 27. November 1430

Zent Reichartshausen 5. Dezember 1430

Zent Neckargemünd 7. Dezember 1430.

Also: September

Affolterbach Waldmichelbach

Gruppe Odenwald

November

Landberg Sachsenheim

Gruppe Bergstraße

Dezember

Reichartshausen Neckargemünd

Gruppe Neckar

Es werden jeweils die benachbarten Gebiete von den Vertretern der Regierung, Vogt und Landschreiber des Amtes Heidelberg, bereist und aufgenommen. Man beginnt mit dem Odenwald, wo pfälzisches

^{5.} Die Zahlen in Klammer bezeichnen jeweils das erste Zentweistum.

Gebiet sich allenthalben mit mainzischem und erbachischem Besitz in einer Weise durchkreuzte, die oft jeder kartographischen Darstellung spottet, wo sich sehr häufig zwei und mehr Herrschaften in ein Dorf teilten, und wo in enger zeitlicher Nachbarschaft mit den Zentweistümern viele Einzelweisungen eingeholt wurden über strittige Herrschaftsverhältnisse, ein ganzer Komplex, der im Cop. 881 vereinigt ist. Die Daten dieser Weistümer sind ebenfalls bezeichnend für den zeitlichen Zusammenhang der ganzen Aktion: Lützelbach 14. Sept. 1430, Hammelbach 14. Sept. 1430, Lützelbach-Kocherbach 14. Sept. 1430, Bürstadt 16. Sept. 1430, Lautern 17. Okt. 1430.

2 Monate später sehen wir den pfälzischen Vogt an der Bergstraße, bis in mainzisches Hoheitsgebiet hinein, und im Dezember wird schließlich der Rechtsbestand im nördlichen Elsenzgau erfaßt.

Was enthalten nun die aufgezählten Zentweistümer wichtiges für die pfälzische Landeshoheit, und was ergeben sie für die Art und Weise des herrschaftlichen Vorgehens und der genossenschaftlichen Haltung? Hier ist die beste Gelegenheit, Allgemeines am besonderen Fall aufzuzeigen. Vieles, was hier festgestellt wird, gilt für die politischen Weistümer allgemein. Die Weistümer werden in der Reihenfolge ihrer Aufstellung besprochen.

Erste Gruppe: Odenwald.

1. Affolterbach. 14. September 1430.6

"Kuntschaft, was rechtes die Pfaltz zu Affalterbach hat by der linden".

Es ist die der Sachsenheimer östlich benachbarte Zent, vielfach von mainzischem Gebiet umgeben, im Südosten an die Zent Waldmichelbach grenzend, später nach dem veränderten Zentsitz Hammelbacher Zent genannt. Vor 1430 sind Weistümer aus ihr nicht überliefert, das Vorliegende ist also für uns die erste schriftliche Festlegung der pfalzgräflichen Stellung in ihr. Die äußere Form ist die bei diesen Weisungen auch außerhalb des pfälzischen Bereiches ganz allgemein übliche, sie wird nur hier beim ersten Mal ausführlicher wiedergegeben: Datum, Ortsangabe, Anwesenheit

^{6.} Cop. 881, Blatt 169-170. - Cop. 880, Blatt 18.

von Zentgraf, Zentschöffen und Zentvolk. Der Zentgraf, Vorsitzender des Gerichts, ist bloß Frager, Urteiler sind die Schöffen, die nach der Beratung durch einen Obmann antworten. Der Zentgraf fragt im Auftrag des Pfalzgrafen Ludwig III. und mahnt die Schöffen an die Eide, "die sie mynem gnedigen herrn herzog Ludwig uff die zent gesworn hetten, offentlich . . zu wisen, was rechtens, friheit und gewaltes derselb myn gnediger herzog Ludwig uff und in der zent Affalterbach habe als von alterher uff si komen sy." An diesem Eid wird überall die starke Stellung des Zentherrn sichtbar, die Gewohnheit, ein Recht durch Berufung auf das alte Herkommen zu stützen und die Pflicht der Schöffen zur Weisung. Die Schöffen beraten sich, und ihr Beauftragter gibt dann die Weisung, die in diesem Falle sehr kurz ist und sich auf drei Artikel beschränkt:

- 1. Der Pfalzgraf ist oberster Herr und Vogt der Zent Affolterbach und ihrer Mark.
- 2. Ihm steht der Wildbann in der Zent zu.
- 3. Ihm gehört die hohe Gerichtsbarkeit in der Zent, also: Eine Erklärung zu Artikel 1. Dem Pfalzgrafen gehört "der Zent frevel gros und clein, diebern, mordern, nachbrant und anders

was dem lip benemen mag", d. h. worauf die Todesstrafe steht.

Hier beschränkt man sich also auf Feststellung des wichtigsten Bestandteiles der Zent- und Landeshoheit, der Blutgerichtsbarkeit, und läßt sich daneben nur das wichtige Regal des Wildbannes bestätigen. Auf Aufzählung von sonstigen Regalien und Abgaben wird verzichtet, auch von Belangen der Zentgenossenschaft ist nicht die Rede. Der pfälzische Landschreiber ordnet nun die Aufzeichnung der bisher mündlichen Weisung an, die Zentschöffen werden hier auffallenderweise nicht genannt, sondern nur die Zeugen der Sitzung, meist Geistliche. Spätere Weistümer haben wir in dieser Zent nicht.

2. Waldmichelbacher Zent. 15. September 1430.7

"Wisung der Zentschoffen zu Waldmichelbach." Diese Zent liegt der von Affolterbach südöstlich benachbart, stößt im Osten an die Erbachische Zent Beerfelden und im Westen an die pfälzische Zent Sachsenheim. Vor 1430 ist auch hier kein Weistum bekannt, die

^{7.} Cop. 881, Blatt 174-176.

Weisung war auch hier bisher nur mündlich. Der engen Nachbarschaft entsprechend ist dies Weistum nur einen Tag jünger und hat inhaltlich so viel Ähnlichkeit, als dies die örtlichen Gegebenheiten zulassen, die immer berücksichtigt werden. Die Weisung spielt sich genau in den gleichen Formen ab. Sie ist etwas ausführlicher, weil die Verhältnisse hier nicht so klar sind wie in Affolterbach, da fremde Herrschaften im Zéntgebiet liegen:

Erstens ist der Pfalzgraf oberster Herr und Vogt in der Zent und in der Mark mit Ausnahme der in der Zent liegenden mainzischen Güter, in denen er nichts zu gebieten hat. Es sind dies die sogenannten neun Höfe, die Mainz, wie allen Besitz im Odenwald, aus dem Lorscher Erbe hatte, und die gerichtlich nicht zur Zent Waldmichelbach, sondern zur mainzischen Zent Abtsteinach gehörten.8

Zweitens: auch sonst haben die mainzischen Untertanen Sonderstellung: keinen Teil an der Zentallmend.

Drittens: der Pfalzgraf ist Herr des Wildbannes, ihm untersteht das Zentgericht und das Zentallmendgericht, das bald darnach mit dem Zentgericht zusammenfiel, hier aber noch getrennt genannt wird.

So lautet die Weisung des ältesten der Zentschöffen im Namen aller. Nun aber kommt noch ein besonderer, merkwürdiger und bezeichnender Anhang: einzelne Bauern aus dem Zentvolk sagen aus ihrer persönlichen Erfahrung über Einzelfälle aus, die die Sonderstellung der mainzischen Hintersassen erhellen sollen, insofern sie an den Nutzungsrechten der Zentgenossenschaft, besonders am Zentwald, keinen Teil haben. Diese Aussage wird 1430 durch den Entscheid dreier ritterlicher Schiedsrichter bestätigt. Sie ist in doppelter Hinsicht bedeutungsvoll. Sie zeigt einmal, wie sich oft bei diesen Weisungen die Vorteile des Staates und der Untertanen entgegenkommen, wie man diesen Umstand geschickt benützt, um Stellung gegen fremde Herrschaften zu nehmen, und wie man über die Schöffen hinaus auch öfters auf das Zentvolk selbst zurückgreift. Sodann deutet sich schon hier leise die Front gegen Mainz an, deren Vorschieben noch so viele Weistümer gelten werden.

^{8.} Dahl, Lorsch S. 246 ff.

^{9.} Cop. 915, Blatt 108.

Das Wildbannrecht, das dem Pfalggrafen oben gewiesen wurde, wird genauer festgestellt und sein Bereich umschrieben in einem zweiten Weistum, das am selben Tage, dem 15. September 1430, in Waldmichelbach ausgestellt wurde, ein einzigartiger Fall. Es ist gewissermaßen eine Ergänzung zu dem Zentweistum, das nur summarisch den Wildbann gewiesen hatte. Die Copie ist von anderer Hand gefertigt, die Zeugen sind aber genau dieselben.10 Der Bereich des Wildbannes wird genau festgelegt aus Überlieferung und eigener Erfahrung heraus. Wieder wird das alte Herkommen betont, indem festgestellt wird, daß die Pfalz in diesem Gebiet von altersher das Jagdrecht besessen hätte, Mainz und Erbach aber nichts darin zu suchen hätten. Also wieder eine Aussage zu Gunsten der eigenen Herrschaft über fremde. Gerade solche Kundschaften über Wildbann sind besonders häufig entsprechend der Bedeutung dieses Regals in der damaligen Zeit. Erbach seinerseits hatte sich 1364 in diesem Wald Jagdgerechtsame durch viele Zeugen weisen lassen.11 Der Streit um den Wildbann ging hier weiter bis 1509, wo Erbach ihn in einem Vergleich zugesprochen bekam. Wir werden später noch einmal beim Weistum von Siedelsbrunn in die Zent Waldmichelbach zurückkehren.

Bezeichnend für die Genauigkeit der Bestandsaufnahme sind auch die Einzelaussagen aus den Odenwalddörfern, deren Daten oben schon angegeben wurden, und die in ihrer Form schon den späteren großen Kundschaften entsprechen. Geht es bei den Zentweistümern um Sicherung der hohen Gerichtsbarkeit, so handelt es sich hier um Feststellung der Leibesherrschaft über Untertanen in Dörfern fremder Territorien, und um ihren Schutz gegen die fremde Zent- oder Dorfherrschaft. In diesem Falle ist es wiederum Mainz, mit dem man um jeden einzelnen Leibeigenen ringt. Wieder müssen die Aussagen der bäuerlichen Untertanen die Lage klären. Gerichtsherrschaft, Grundherrschaft und Leibesherrschaft gehen ja oft bunt durcheinander, aber man ist immer bestrebt, sie in eine Hand zu bringen. Da ist z. B. ein Weistum von Affolterbach vom 14. 9. 1430, Tag und Stunde wie das Zentweistum, das einen deutlichen

^{10.} gedruckt: Baur V, 1873, S. 510—511, Original: Hess. Staatsarchiv. Bodman-Habel, Urk. Nr. 457.

^{11.} Simon, Geschichte von Erbach. Urkundenbuch Nr. 76.

Eingriff in mainzische Angelegenheiten darstellt. Es handelt sich um Bewohner der Dörfer Köcherbach und Lützelbach, Angehörige des mainzischen Untergerichtes Hartenrod, das zum größeren Gerichtsverband der Zent Abtsteinach gehörte. Die Frage an die Zeugen lautet: Was geschah, wenn man nicht auf der Zentsitzung erschien? Die Antwort: "So dick noit sy gescheen, das man den vorgenanten von Kocherbach und Lützelnbach und andern in die zent gehorig zusamenberufen und geboten habe von wegen myns herrn von Meintz, wan dan ein armer (Leibeigener) uff den wege was zu geen und doch in zide, ee man dan umbfragte und rugte, nit kame und die umbfrage und ruge versumet, derselb arme verfiele für 30 schillingheller (= 360 Heller), und dieselben 30 schillingheller verbusset er dem zentvolk und nit mynem herrn von Mentz oder dheinen sinen amptluten." Man versucht also hier in einer mainzischen Zent dem bischöflichen Zentherrn die Einkünfte aus den Zentsrafen zu bestreiten mit Hilfe der Aussagen der Bauern, man sucht diese Einkünfte dem Zentvolk zuzusprechen, weil unter diesem wohl pfälzische Leibeigene waren, denen sie zugutekamen. Den Versuch, auf fremdem Gebiet die Untertanen gegen die Herrschaft auszuspielen, indem man sie unterstützt und dadurch die Herrschaft schwächt, findet sich als Grundzug der pfälzischen Weistumspolitik auch in den Zenten Landberg (1430), Beerfelden (1457 und 1487) und Mudau (16. Jahrh.). In den eigenen Zenten baut man dagegen die Herrschaftsstellung immer mehr aus.12

Da ist ferner das Zeugenverhör vom 14. Sept. 1430 in Waldmichelbach über Frondienst, wieder in den mainzischen Dörfern Lützelbach und Köcherbach. Die Pfalz läßt sich die Gleichberechtigung mit Mainz und Erbach bestätigen: Wer das erste Gebot zum Frondienst tut, dem wird er auch zuerst geleistet. Dies Weistum wird noch im selben Jahr durch ritterlichen Entscheid bestätigt. Am 16. Sept. 1430 wird über einen Bauern des mainzischen Dorfes Bürstadt bei Worms ausgesagt, daß er pfälzischer Leibeigener und

^{12.} Vgl. zur Frage der Einkünfte das Reichartshauser und Neckargemünder Weistum von 1430, Art. 10 und Art. 6. Ferner das Weistum von Katzenbach in der Rheinpfalz von 1499, wo es heißt: die Strafe für Fehlen auf dem Ding "ist halb des herrn und halb des gerichts".

^{13.} Cop. 915, Blatt 83.

der Pfalz zinsbar sei, und ähnlich am 17. Oktober 1430 in Lautern, einem ebenfalls mainzischen Dorf. Auch hier ist von "spenne und zweyunge" zwischen Pfalz und Mainz die Rede, die durch die Aussage zugunsten der Pfalz entschieden werden.

So geht hier die Bestandsaufnahme bis ins Kleinste, nirgends ist das ja auch notwendiger als im Odenwald mit seinen verwickelten Herrschaftsverhältnissen. Die Tendenz zu straffer Erfassung der Hoheiten und gar ihre Ausdehnung konnte hier gar nicht ohne dauernde Reibereien bestehen. Die Pfalz setzte alle Waffen vom Weistum bis zum Krieg ein, meist im Angriff und im ganzen auch erfolgreich. Mainz wird in vielen Fällen seinerseits Erhebungen angestellt haben, die ganz anders ausgefallen sein können. Es entstehen in dieser Zeit noch eine Unzahl von anderen Streitigkeiten längs der Grenze, die aber keinen Niederschlag in Weistümern finden und deshalb hier unberücksichtigt bleiben. Die Auseinandersetzung mit Mainz erklärt auch das Zustandekommen des folgenden Weistums, des umfangreichsten der ganzen Familie, das der mainzischen Zent Landberg.

Zweite Gruppe: Bergstraße.

1. Zent Landberg, 13. November 1430.14

Diese Zent ist genannt nach einem Hügel 1,5 Kilometer nördlich von Heppenheim, wo die Sitzungen stattfanden. Sie grenzt also nördlich an die pfälzische Zent Sachsenheim, der Pfalzgraf hat Untertanen in einigen ihrer Dörfer. Diesem Umstand gelten lange Auseinandersetzungen, in denen das folgende Weistum den Kern bildet. Der Gegensatz wird hier noch einmal auf friedliche Weise durch Weisung der Untertanen und Entscheid ritterlicher Schiedsrichter geschlichtet, 1462 wird die Zent Landberg und das ganze mainzische Amt Starkenburg im Kriege der Pfalz einverleibt und bleibt dann fast 200 Jahre bei ihr. Dieses Weistum steht innerhalb von zwei Entscheiden, die durch drei Reichsritter, Eberhard von Saunsheim, Deutschmeister, Her Swartz Rinhart von Sickingen und Johann Bese von Waldeck Vitzdum in dem Ringauwe getroffen werden. Diese drei Ritter fällen eine Menge Entscheide gerade im

^{14.} Cop. 881, Blatt 212—217. Cop. 880, Blatt 1—5. Cop. 876, Blatt 128—133.

Jahre 1430, zu denen aber keine entsprechenden Weistümer überliefert sind. Schon 1427 wird wegen des Streites in der Landbergzent von den beiden Parteien geplant, Schiedsrichter einzusetzen und als Grundlage für deren Entscheid die Kundschaft der Untertanen einzuholen.15 Hier wird zum ersten Mal deutlich, wie die Weistümer immer wieder als Grundlage von Verträgen, Einungen und Entscheiden dienen müssen. Es gab ja auch gar keine anderen in einem Streitfall der Herrschaften. Niemand kannte ja die wahre Sachlage besser als die beteiligten Untertanen. Es wurde also 1430 ein Zeugenverhör über die Landbergzent angestellt. Dies ist uns aber nicht erhalten, sondern nur der Entscheid der 3 Ritter, der sich auf das Zeugenverhör gründet und von dessen 35 Artikeln die ersten 4 im vorliegenden Weistum enthalten sind. Und dieser Entscheid wird nun der versammelten Zent vorgelegt. Aus ihm können wir den Inhalt der Weisung entnehmen, auf die er sich stützt, und zu ihm nimmt nun die Genossenschaft erneut Stellung.

Der mainzische Vogt und Burggraf von Starkenburg, Hans von Habern, und der pfälzische Vogt des Amtes Heidelberg, Wiprecht von Helmstatt, legen der Zent den ritterlichen Entscheid vor, dem folgende Sachlage zugrunde liegt: Der Pfalzgraf hatte den Erzbischof beschuldigt, er halte es mit der Zent Landberg anders als altes Herkommen sei. Er belaste die pfälzischen Untertanen der Zent höher und lasse durch seine Amtleute auf der Zent "rugen", d. h. Frevel anzeigen, was beides ein Verstoß gegen das alte Herkommen sei. Um diese Anschuldigung zu erhärten, hatte der Pfalzgraf beantragt, die gemeinen Zentleute darüber zu hören. Der Erzbischof hatte erwidert, seine Haltung in der Zent Landberg stehe durchaus mit dem Herkommen in Einklang. Er hatte seinerseits vorgeschlagen, die Zentschöffen zu befragen. Daß sich die Pfalz in dieser fremden Zent also wieder auf das Zentvolk stützen will, erklärt sich daraus, daß darunter eigene Leibeigene waren, die zu Wort kommen sollten, während Mainz der Schöffen sicherer war; denn sie waren zur Hälfte aus Bensheim und zur Hälfte aus Heppenheim, also aus mainzischen Orten.18 Es gelingt der Pfalz auch

^{15.} Cop. 915, Blatt 135.

^{16.} Dahl, Lorscher Urkunden Sp. 48, 7.

^{17.} Cop. 915.

^{18.} Dahl, S. 104.

diesmal, indem sie sich auf das Zentvolk selbst stützt, ihre Sache zum Erfolg zu führen. Es war ein Kompromiß geschlossen worden: die Schöffen wurden vernommen, aber auch 40 Vertreter des Zentvolkes herangezogen, und zwar Untertanen beider Herrschaften. Der Entscheid, der sich auf ihre Angaben stützt, ist ein Erfolg für die Pfalz und ein Beweis für die starke Geltung der genossenschaftlichen Aussage, was besonders zu betonen ist gegenüber dem herrschaftlich bestimmten Inhalt der Weisung. Der Entscheid läßt keinen Zweifel darüber, daß Mainz der rechtmäßige Zentherr auf dem Landberg ist, gibt aber in den strittigen Punkten der Pfalz recht: 1. Mainz ist Zentherr, 2. die pfälzischen Untertanen dürfen nicht höher belastet werden als die Zentschöffen es festsetzen; 3. ein Gebot des mainzischen Vogtes, das die Zuständigkeit des geistlichen Gerichts erweitern wollte, wird für die Zent aufgehoben, weil die Untertanen erklärten, es sei nicht altes Herkommen, sondern eine eigenmächtige Neuerung des mainzischen Vogtes. 4. Dafür soll nun der Pfalzgraf seine Untertanen anhalten, ihren Zentpflichten nachzukommen, was er ihnen bisher verboten hatte. 5. Rügen, d. h. Anklage erheben dürfen auf der Zent ausschließlich die Schöffen, nie die mainzischen Amtsleute.

So lautet der Entscheid, der also der Pfalz Recht gibt. Sie hat sich auch in diesem Grenzgebiet durchgesetzt mit Hilfe der genossenschaftlichen Weisung. Es war ihr ja nicht darum zu tun, die mainzische Zenthoheit anzuzweifeln und die eigene Hoheit vorzutragen, sondern nur darum, die Rechte der eigenen Leibeigenen in der fremden Zent gegen Neuerungen zu schützen, und das gelingt ihr. Ähnliche Vorgänge aus pfälzischen Zenten sind uns in der pfälzischen Überlieferung nicht belegt, sondern hier ist die Stellung des Zentherrn als völlig frei von fremden Eingriffen dargestellt. Der zweite Teil des Landbergweistums ist eine ausführliche Zentordnung ganz in der Form der folgenden pfälzischen Zentweistümer von 1430. Er ist eine intern mainzische Angelegenheit und bleibt hier beiseite, weil es nur um die pfälzische Territorialpolitik geht. Auch dieses Weistum ist die erstmalige Aufzeichnung bisher mündlich überlieferten Rechtes.

Der pfälzische Vogt wendet sich nach diesem Erfolg in die an der Bergstraße südlich anstoßende Zent, 14 Tage später erfolgt die Aufstellung des Weistums der

2. Zent Sachsenheim. 27. November 1430.19

"Wie die zent zu Sassenheym einen pfaltzgraven für einen obersten faut und herrn derselben zent wiset", sagt schon der Titel sehr deutlich. Wir betreten mit diesem ihrem ältesten Weistum das Gebiet der Sachsenheimer Zent, die bis 1485 in Großsachsen am Äpfelbach ihren Sitz hatte und deshalb oft auch Äpfelbacher Zent genannt wurde. Von 1485 an war der Zentsitz Schriesheim, von da an heißt sie Schriesheimer Zent. Es ist die Zent mit der reichsten Überlieferung an Weistümern, von denen viele politischen Gehalt haben. Wir verdanken diesen Reichtum der Anlage eines Zentbuches nach dem pfälzischen Erbfolgekrieg, das alle noch vorhandenen Urkunden sammelte und in einem Band von etwa 1500 Seiten vereinigte.20 Wir können dadurch hier ein Bild von einem Reichtum und einer Geschlossenheit gewinnen, wie nirgends sonst. Umso wichtiger ist das erste Weistum dieser Zent als Ausgangspunkt vieler späteren, die wir nachher daran anknüpfen wollen. Neben dem alten Nebenbuhler, dem Erzbistum Mainz, ist es hier auch der Bischof von Worms, der als territorialer Gegner auftritt. 1430 geht es zunächst nur um Sicherung der hohen Gerichtsbarkeit. Die Zent Sachsenheim ist ebenso eindeutig pfälzisch, wie die Landbergzent mainzisch ist. Sie war 1225 mit dem Lobdengau an die Pfalz gekommen. Aber sie war durchsetzt mit fremden Herrschaften, weshalb man sich jetzt zunächst die Gerichtshoheit sichert, um auf dem Wege über sie allmählich zur vollen Landeshoheit zu kommen. Was aber dieses Weistum zusammen mit den folgenden aus Neckargemünd und Reichartshausen unterscheidet von den drei bisherigen Zentweistümern, ist die Tatsache, daß sie nicht die ersten Aufzeichnungen überhaupt sind, sondern nur die ältesten uns erhaltenen. Bisher schrieb man die Weistümer zum ersten Male auf, hier erneuert man nur die bestehenden Urkunden, was aber natürlich an der Planmäßigkeit des Vorganges nichts ändert.

Nachdem die Schöffen genannt sind, unter ihnen auch der Schultheiß von Hemsbach, und nachdem Herr Wiprecht von Helm-

^{19.} Cop. 881, Blatt 223—225. Cop. 880, Blatt 6—7. Cop. 876, Blatt 133—135.

^{20.} G. L. A. Berain 7761.

statt sie an ihren dem Pfalzgrafen geleisteten Eid gemahnt hat, fordert er sie auf, das Recht der Zent zu weisen, vor allem zwei Artikel: "Ob unser gnediger herr oberster vogt und herr des lantgerichts doselbst were, do uff und do inne gebot und verbot hoe und nider zu machen hette. Item was rechte im von bussen und fellen zugehorten?" Und die Antwort der Schöffen: "Diese Weisung sei schon früher geschehen und aufgezeichnet worden, und sie ständen voll zu dem damaligen Inhalt. Wann diese erste Aufzeichnung geschah, wissen wir nicht, aber wohl nicht allzulange vorher, denn bei der Zent Reichartshausen liegt der Fall ebenso, und sie ist erst 1401 der Pfalz unterstellt worden. So mag die erste Aufzeichnung um 1420 liegen, jetzt aber wird ihr Inhalt im Zuge dieser umfassenden Bestandaufnahme wiederholt und bekräftigt. Er lautet: 1. Der Pfalzgraf ist oberster Herr und Vogt in der Zent und hat als solcher die hohe Gerichtsbarkeit. 2. Bei Todesfällen ihrer Leibeigenen hat die Pfalz das Hauptrecht, d. h. die fahrende Habe, während das liegende Gut an die Erben fällt.21 3. Beim Tode von Leibeigenen anderer Herrschaften hat der Leibesherr das Hauptrecht, der Pfalzgraf aber als Zentherr den Fall, d. h. das beste Kleidungsstück.

Die Schöffen bekennen sich einmütig zu dieser früheren Weisung, die bei aller Knappheit hochwichtig für die Pfalz ist. Gerade hier können wir den Ausbau ihrer Stellung sehr deutlich verfolgen. Sie begnügt sich jetzt noch damit, einen sicheren Rechtsgrund geschaffen zu haben. Hier bedeutet nämlich die Zenthoheit besonders viel, wie wir aus anderen Quellen erkennen können. Das Gebiet der Zent war von altersher seit dem Streit um das Kloster Lorsch zwischen beiden Territorien stark umstritten, und Mainz war seinerseits eifrig tätig, durch Weistümer seine Rechtstitel nachzuweisen. Zum Verständnis der Lage von 1430 müssen wir zwei dieser mainzischen Weistümer heranziehen, das Dorfweistum von Handschuhsheim²² von 1399 und das Weistum des Lorscher Wildbannes von 1423. Die reichen Besitzungen des Klosters Lorsch an der Bergstraße und im Odenwald hatte 1232 der König Mainz geschenkt, Pfalz erhob aber als Vogt des Klosters Einspruch und

^{21.} Dieselbe Bestimmung war auf dem Landberg für Mainz getroffen worden.

^{22.} G. L. A. Originalurkunde; gedr. Z.G.O.A.F. 26, S. 39-47.

machte ihn mit bewaffneter Hand geltend. Jedoch blieb die Schenkung bestehen, und Mainz kam auf diese Weise in den Besitz der Ämter Schauenburg und Starkenburg. Noch 1430 ist der Streit um die Grenzen nicht zur Ruhe gekommen, und erst seit 1650, seit dem Bergsträsser Rezeß hört das Erbe der Abtei Lorsch endlich auf, Zankapfel zu sein.

Beide Seiten sind bemüht, aus günstigen Weisungen der Untertanen Vorteile zu ziehen. Von diesem Standpunkt aus müssen die obigen Weistümer, die sich zum Teil sehr widersprechen, betrachtet werden. Sie stehen ihrerseits wieder in einem ganzen System von Verträgen und Entscheiden als wichtige Unterlagen. In dem Weistum von 1423²³ wird dem mainzischen Vogt von den Hübnern gewiesen über die Grenzen des Lorscher Wildbannes, nach dieser Aussage gehen sie mitten durch die pfälzische Zent Sachsenheim hindurch. Auf diese Wildbannansprüche im Gebiet der Zent hat Mainz erst 1650 verzichtet.

Wichtiger ist das Handschuhsheimer Weistum von 1399, eines der ältesten der pfälzischen Überlieferung. Die Gemeinde wird von den mainzischen Amtsleuten der Schauenburg versammelt und gibt auf deren Verlangen Auskunft über die Grenzen der mainzischen Allmend und über die Zuständigkeit des mainzischen Gerichts. Die Zeugen zählen eine Reihe von Fällen auf, wo pfälzische Amtsleute und Untertanen auf die Allmend übergegriffen hätten. Auch diese Allmendsgrenzen sind bis zur gewaltsamen Lösung 1461 umstritten, und wir werden nachher sehen, wie auch die pfälzische Gegenseite ihre Ansprüche durch Weistümer zu stützen sucht. 1430 aber ist von der Allmend noch nicht die Rede, sondern nur von dem Zentgericht, und in diesem Zusammenhang ist der zweite Teil der Handschuhsheimer Weisung wichtiger: es werden aus dem Erfahrungsbereich der Schöffen eine Reihe von Blutgerichtsfällen aufgezählt, die eigentlich vor das Sachsenheimer Zentgericht gehört hätten, tatsächlich aber von dem Schauenburger Gericht abgeurteilt wurden. Es sind vier Totschläge und ein Diebstahl. "Auch hant die scheffen ... gesaget, alz alle vorgescriben stücke und artikel, ez sine dotslege, offgibe oder undergenge oder werschaft ..., daz daz nirgentme moge kraft oder macht haben, danne an dem gericht zu Hentschusheim." So wurde also die Hochgerichtsbar-

^{23.} Grimm I, S. 463-467.

keit der pfälzischen Zent nicht anerkannt, sondern der fremde Territorialstaat, der genau dasselbe Streben zur Landesherrschaft hatte und es mit ähnlichen Mitteln zu verwirklichen suchte, wollte die Schauenburger Exklave dem pfälzischen Territorium entziehen, indem er die Hochgerichtsbarkeit der Zent bestritt und sie selbst ausübte. Es war also erst noch ein harter Kampf um die Gerichtseinheit in der Zent Sachsenheim zu führen. Zunächst setzte die Pfalz in ihm auch die Weisungstätigkeit ein. Sie ließ sich zu Beginn des 15. Jahrhunderts durch die Zentschöffen ihre Gerichtshoheit über die ganze Zent bestätigen und 1430 neu bekräftigen. Doch lehrt dieser Fall besonders deutlich, daß die pfälzische Zenthoheit noch keine Selbstverständlichkeit und vollendete Tatsache war, sondern nur ein Anspruch, dem erst noch Geltung verschafft werden mußte. Dies geschah mit anderen Mitteln. Man suchte alle Blutfälle, zum Teil mit Gewalt, vor die Zent zu ziehen, man versuchte es auch verschiedentlich mit Verträgen mit Mainz, 1400 und 1411 z. B. wurden die Zuständigkeiten beider Gerichte abgegrenzt, doch ließ keine Partei von ihren Ansprüchen, und so gab es noch über das Jahr 1430 hinaus immer neue Reibereien, bis 1461 Friedrich I. die Schauenburg zerstörte und das ganze Amt seinem Territorium einverleibte. Damit ist in der Sachsenheimer Zent Mainz als Gegner abgetan, wir werden ihm aber später anderswo noch einmal begegnen. Jetzt bleiben wir noch im Jahre 1430 und begleiten Herrn Wiprecht von Helmstatt auf seiner weiteren Reise. Sie hat ihn jetzt wohl nach der Kirchheimer Zent geführt, die nur durch den Neckar von der Sachsenheimer getrennt war, westlich vom Rhein, östlich von der Neckargemünder Zeit begrenzt wurde und im Süden bis Walldorf reichte. Für diese Zent ist aber ein Weistum von 1430 nicht überliefert. Die ersten sind hier erst 1466 und 1468 zu finden, sie sind aber offensichtlich nur Ausbauteile eines grundlegenden Zentweistums, das auch hier angenommen werden kann, obwohl die Zent Kirchheim am wenigsten mit fremden Herrschaften durchsetzt und bald auch grundherrschaftlich ganz in den Händen des Landesherrn war,24 sehr zum Unterschied von den Zenten, zu denen sich der pfälzische Vogt nun wendet.

^{24.} Die Bestandsaufnahme vom Juni 1496 zeigt uns, daß dies schon sehr früh der Fall war.

Dritte Gruppe: Neckar.

Über die Fortsetzung der Bestandsaufnahme am unteren Neckar haben wir alle Klarheit. In den Zenten Reichartshausen und Neckargemünd war die Feststellung der pfälzischen Zenthoheit besonders nötig und schwierig, weil der eingesessene Adel hier eine sehr kräftige Stellung innehatte, die er möglicherweise selbst zur Landeshoheit hätte ausbauen können. Hier ist der Kampf am schärfsten, dauert am längsten und löst eine Reihe hervorragend politischer Weistümer aus.²⁵ Auch hier werden wir den Verlauf der Zentgeschichte, die der Rahmen der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Adel ist, und die ganz anders als in Schriesheim verläuft, geschlossen verfolgen. Vorerst erwähnen wir nur, was in den zeitlichen Zusammenhang gehört, nämlich die grundlegenden Zentweistümer von 1430.

1. Zent Reichartshausen. 5. Dez. 1430.26

Diese Zent wird auch Stüber Zent genannt, da ihre Sitzungen in der Rathausstube zu Reichartshausen stattfanden. Ihr Weistum ist besonders wichtig, weil sie die jüngste pfälzische Zent ist. Sie war 1380 dem Junker von Hirschhorn in einer Fehde abgenommen worden und wurde 1401 der pfälzischen Kellerei Dilsberg unterstellt. Diesen Vorgang und vorläufig weiter nichts läßt man sich 1416 durch drei ritterliche Aussagen27 und durch die Weisung der Zentschöffen²⁸ bestätigen. Die Stellung des Zentherrn wurde erst später genauer umschrieben und nun im Jahre 1430 erneut bestätigt. Hier begnügt man sich nun nicht mehr mit zwei oder drei Hauptartikeln, sondern man stellt schon eine ganze vielgliedrige Zentordnung auf, die die pfälzischen Gerechtsame und die Befugnisse der Zent viel ausführlicher umreißt als an der Bergstraße oder im Odenwald. Die 23 Zentschöffen werden aufgezählt, die Weisung spielt sich in den bekannten Formen ab, neu ist nur der Zusatz, die Schöffen wollen "offentlich ... wisen, was rechtes, herlichkeit,

^{25.} Sie waren durch die Ausgabe von Carl Brinkmann leicht zugänglich. 26. Cop. 881, Bl. 227—229. Cop. 880, Bl. 11—13. Cop. 876, Bl. 135—137; gedr. Brinkmann Nr. 3.

^{27.} Cop. 881, Bl. 234 ff.

^{28.} Cop. 881, Bl. 232-233; gedr. Brinkmann Nr. 1.

freiheit und altes herkomen .. unser gnediger herre uff und in der zente Richhartzhusen het, zu und ine ir gespreche zu nemen etliche alte menner uss dem zentvolk, nit zentschöpfen ...", also gerade hier beruft man sich auf das alte Herkommen, obwohl die Zent erst ein Menschenalter bei der neuen Herrschaft ist, ein Beweis, welche Spanne Zeit manchmal schon als altes Herkommen angesehen wird. Dann zeigt diese Stelle wieder eine ausdrückliche Heranziehung des Zent volkes zu der Beratung über die Weisung außer den Zentschöffen. Folgende Glieder hat das Weistum, das nun verlesen und neu bestätigt wird:

1. Des Zentherrn Gebote gehen vor allen anderen. 2. Ihm stehen alle hohen Bußen und Frevel zu, als solche werden bezeichnet: "uflauf, waffengeschrei, bintbar wunden", also drei Zentfälle. 3. Über die Folgepflicht der Untertanen, die Reispflicht, ein wichtiger Bestandteil der Zent- und Landeshoheit. 4. Pflicht jedes Zentmannes, Verbrecher festzunehmen und abzuliefern. 5. Unterhaltung der Zentgerichtsstätte. 6. Strafe für "oloses" Geschrei, worunter wohl mutwillige, unbegründete Inanspruchnahme der Zenthilfe zu verstehen ist. 7. Strafe bei Verstoß gegen die Lebensmittel- und Lohnaufsicht. 8. Strafe für falsche Maße und Gewichte. 9. Strafe für Kauf von geraubtem Vieh. Die letzten drei Artikel sind also sehr ins einzelne gehende Wirtschaftsbestimmungen, wie wir sie so früh in keiner anderen Zent haben. 10. Strafe für Fehlen auf der Zent. Sie fällt hier dem Zentherrn und nicht dem Zentvolk zu. im Gegensatz zu jener mainzischen Zent Abtsteinach, von der in einer Einzelweisung des Odenwaldes die Rede war. 11. Wer einen Untertanen der Zent vor geistliches Gericht lädt, wird bestraft. Nur das Zentgericht ist für das Zentvolk zuständig. Alle Fälle sollen allmählich vor das Zentgericht gezogen und die Niedergerichte fremder Herrschaften dadurch lahmgelegt werden. 12. Verbot des Spielens in der Zent.

Wie bei den Odenwaldzenten besteht ein enges nachbarliches Verhältnis der Stüber Zent zur

2. Zent Neckargemünd. 7. Dezember 1430.29 Diese Zent liegt zu beiden Seiten der Elsenz, zwischen Stüber und

^{29.} Cop. 881, Bl. 220-223. Cop. 880, Bl. 8-11. Cop. 876, Bl. 137-140.

Kirchheimer Zent, reicht im Norden bis zum Neckar und grenzt im Süden an die pfälzische Kellerei Hilsbach-Sinsheim. Seit 1330 ist sie in pfälzischem Besitz, aber ebenfalls stark von ritterlichen und geistlichen Herrschaften durchsetzt. Zentsitz ist seit 1346 Neckargemünd. Von den 13 Zentschöffen selbst aber stellte die Stadt keine, da sie gerichtlich außerhalb der Zent stand. Auch hier ist es die neue Verlesung und volle Bestätigung eines schon früher aufgezeichneten Weistums:

1. Der Pfalzgraf ist von altersher oberster Herr und Vogt dieser Zent. 2. Er besitzt die hohe Gerichtsbarkeit. Sie wird hier ausdrücklich von der niederen oder Dorfgerichtsbarkeit abgehoben, die in den Händen der Vogtsjunker ist: "Item wisen wir .. unserm gnedigen herrn herzog Ludwigen all frevel in welches herrn oder edelmanns gerichte, die in dies Gemunder zent gehorent, gen allen, usgescheiden die gemeyn dorfsfrevel desselben gerichtes, die mag desselben gerichts herr nemen und verbussen." 3. Der Pfalzgraf hat das Hauptrecht. 4. In der Zent besteht Reispflicht. 5. Zentaufsicht über Maße und Gewichte. 6. Strafe für Nichterscheinen auf den Zentsitzungen. 7. Pflicht jedes Zentmannes, Verbrecher zu fassen. 8. Vergehen gegen die Zentschöffen hat der Zentgebüttel vor das Zentgericht zu bringen. 9. Die Zentschöffen sind von der Abgabe des Leibhuhnes befreit. 10. Im Falle der Notwendigkeit weiterer Weisung erklärt man sich hierzu bereit (Nachding oder Afterding).

So hat diese Weisung also unter Berücksichtigung der örtlichen Belange weitgehende Ähnlichkeit mit der zwei Tage älteren von Reichartshausen. Beide zeichnen sich vor den übrigen dadurch aus, daß sie die Stellung des Zentherrn viel eingehender festlegen und der genossenschaftlichen Einrichtung schon eine Reihe von Befugnissen einräumen. Gerade hier bedurfte man ja der Genossenschaft besonders dringend als Stütze gegen die Dorfherrn. Die Bauern wurden allenthalben von der Regierung gegen die Grundherren in Schutz genommen. Die Erweiterung der Zuständigkeit der Zent war solange gemeinsames Interesse von Zentherr und Zentvolk, als die Zent eine genossenschaftliche Einrichtung war. Solange man ihrer zur Eingliederung der fremden Herrschaften innerhalb des Zentgebiets bedurfte, blieb sie das.

Das Neckargemünder Weistum ist dat letzte der Weistumsfamilie des Jahres 1430 und schließt die Bestandsaufnahme ab. In sechs Zent- und in zahlreichen Einzelweisungen waren die pfälzischen Rechte wahrgenommen worden. Überschauen wir das Ergebnis:

Alle diese Zenten waren schon eine Zeitlang pfälzisch gewesen, Sachsenheim am längsten, Reichartshausen am kürzesten. Sie waren auf verschiedene Weise an die Pfalz gekommen und wiesen im Innern noch die ganze Buntheit mittelalterlicher Hoheitsverhältnisse auf. Das Jahr 1430 stellt den ersten greifbaren Versuch dar, mit Hilfe bäuerlicher Weisung, die das Fehlen eines Rechtskodex ersetzen sollte, Ordnung in diese Vielfalt zu bringen, an erster Stelle überall die pfälzische Zenthoheit zu sichern, daneben aber auch die Untertanen in fremden Territorien vor ähnlichen Bestrebungen der anderen Zentherrn zu schützen. Was man im eigenen Gebiet anstrebt, die volle Durchsetzung der Landeshoheit, die Beseitigung aller fremden Gewalten, das sucht man in benachbarten fremden Territorien gerade zu verhindern, und zwar mit denselben Mitteln. Hier sucht man sich die Zenten völlig in die Hand zu spielen, dort beruft man sich auf ihren interterritorialen Charakter und legt der fremden Herrschaft Schwierigkeiten in den Weg. Erst später geht man dazu über, durch Gebietsaustausch die Grenzen ganz reinlich zu ziehen und der Durchkreuzung des Territoriums durch die alten Zenten ein Ende zu machen.

Zwar geht es 1430 vor allem um die Sicherung der hohen Gerichtsbarkeit, einige andere Rechte werden aber noch 1430 gleich mitgenannt: in Affolterbach der Wildbann, in Waldmichelbach ebenfalls, in Sachsenheim das Hauptrecht, das eigentlich dem Leibesherrn zustand. Ausführlicher sind dann die Weistümer der beiden Neckarzenten, deren Bestimmungen die Zuständigkeit der Zent schon ziemlich umfassend regeln.

Was die Form der Weistümer von 1430 betrifft, so ähneln sie sich so weitgehend und über die allgemeine Ähnlichkeit in den Formeln hinaus, daß sie nicht verleugnen, auf ein gemeinsames Formular zurückzugehen. Es dürfte in der pfälzischen Kanzlei als Rahmen entworfen worden sein, dieser Rahmen wurde dann in den einzelnen Zenten durchaus nicht schablonenhaft, sondern je nach den örtlichen Bedingungen ausgefüllt. Im ganzen ist es der pfälzi-

schen Politik in diesem Jahre weniger um Ausdehnung zu tun, als um straffe Erfassung und genaue schriftliche Feststellung des vorliegenden Rechtszustandes. Es wechseln ja bei jedem Staat Zeiten der inneren Sammlung und Ordnung mit Zeiten der äußeren Ausdehnung ab. Insofern ist die Zeit von 1430 eine Epoche der Ordnung und Klärung im Innern, auf die dann unter Friedrich dem Siegreichen eine Zeit glänzender kriegerischer Ausdehnungspolitik folgte; für sie hat das Jahr 1430 mit die inneren Voraussetzungen geschaffen.

Wir wenden uns jetzt der weiteren Entwicklung in der Zent Schriesheim zu, deren reiche Überlieferung den besten Einblick in den Ausbau der Zenthoheit gewährt. Wiederum ist es der Ausbau gegen die fremden Herrschaften, den wir mit ansehen, die Zurückdrängung der Untertanen erfahren wir aus den Weistümern nur mittelbar und sehr spärlich. Zunächst dachte man aber auch noch gar nicht daran, sondern baute im Bunde mit der Genossenschaft die Zuständigkeit der Zent immer sorgfältiger aus. Es gilt nun, aus der Zahl der Zentweistümer diejenigen zusammenzustellen, die den Weg am klarsten beleuchten.

3. Fernere Weistumspolitik in der Zent Schriesheim.

Da hier neben der Zent auch die Zentallmend eine gewichtige Rolle spielt, soll zuerst von der Bedeutung dieser Schriesheimer Zentallmend für die pfälzische Territorialpolitik die Rede sein. Die Belange von Herrschaft und Genossenschaft an dieser Allmend deckten sich solange, als sie von außen her bedroht war, nämlich von Mainz, das immer wieder Teile der Allmend als zum Amt Schauenburg gehörig beanspruchte. Das Handschuhsheimer Weistum von 1399 diente ja zum Teil der Festsellung dieses Anspruches, auch das Weistum des Lorscher Wildbannes von 1423 zog den pfälzischen Besitz in Frage, und noch 1444 hielt Mainz die alten Ansprüche von 1399 in einem Handschuhsheimer Weistum aufrecht. Der Abwehr dieser Ansprüche dient nun das Weistum der Schriesheimer Zentallmend von 1449. Auch hier wird aber gleich das genossenschaftliche Interesse mit in die Weisung eingeflochten

^{30.} G.L.A. Akten Handschuhsheim Convolut 6.

^{31.} Berain 7761, S. 44-49.

und die Benutzung der Allmend durch die Zentgenossen geregelt, das frühe Beispiel einer Wirtschafts- und Waldordnung. Diesen Teil lassen wir beiseite, uns geht nur der erste Teil des Weistums an, der von der Stellung des Pfalzgrafen in der Zentallmend und von ihren Grenzen handelt. Ihm wird der Wildbann in der Allmend gewiesen sowie die Frevel und Totschläge, die in ihr vorkommen. Und dann werden ganz genau die Grenzen der Allmend gezogen in Form eines sog. Umganges, was in der Folge immer wieder geschieht.32 Auch in Bezug auf diese Grenzen gab es Verträge und Entscheide, die aber nicht von Dauer waren. Auch das Allmendweistum von 1449 steht inmitten eines Systems von Verträgen und Beschwerden und wurde von der Pfalz als Grundlage ihres Rechtsanspruches benutzt. Die Wirkung sehen wir in einem Entscheid ohne Datum:33 "das Pfalz mit mehrer kundschaft dann Meintz beibracht, das sie in besess und genuss der fautei und herligkeit der almende hinter Schriessheim ist", - folgen die Grenzen dieser Allmend gemäß dem Weistum von 1449 - so wird die Allmend von den Schiedsrichtern der Pfalz zugesprochen. Der Anspruch von Mainz, daß die Allmend und alle herrschaftlichen Rechte darin zum Amt Schauenburg gehöre, wird zurückgewiesen, weil die Pfalz durch das Weistum seine Unhaltbarkeit beweist. Immer wieder wird gesagt: "Pfalz hat mit rechter kundschaft beibracht", aber Mainz erhebt den Anspruch doch immer aufs neue, bis 1461 das Amt Schauenburg kriegerisch erobert wird. Und damit ist die gemeinsame Abwehrstellung von Pfalzgraf und Zentvolk zu Ende und macht in der Allmend, noch nicht in der Zent, einem Gegeneinander Platz. Dieses spiegeln aber die Weistümer nicht unmittelbar, obwohl wir hier nicht auf die pfälzische Kanzlei angewiesen sind, sondern das Zentbuch Auskunft gibt, das bei der Zentrepositur in Schriesheim lag. Wir wissen, daß der Pfalzgraf seine Stellung in der Allmend gegen die Genossenschaft von etwa 1460 an dauernd vortrug, daß er ihnen Stücke daraus entriß und ihre Nutzung des Waldes genau regelte, einschränkte und durch seine Förster scharf überwachen ließ. Dieser strengen herrschaftlichen

^{32.} Der Verlauf dieser Grenzen ist zentgeschichtlich genau verfolgt in Karl Kollnigs "Zent Schriesheim".

^{33.} Cop. 915.

Ordnung dienen eine Reihe weiterer Allmendweistümer, worin der Pfalzgraf die Schöffen "ermahnt und befiehlt, ihm einen weisstumb der landalmend zu tun", wie es in dem großen Allmendsumgang von 1545 heißt,34 der 1580 und 1661 erneuert wurde. Aber daß die Genossenschaft sich das nicht gefallen ließ, und daß ihr Widerstand anfangs auch Erfolg hatte, hören wir doch, und zwar aus einer herrschaftlichen Zentordnung vom 11. Dezember 1483,35 die eine Erneuerung des Weistums von 1449 darstellt. Die Nutzung der Allmend wird von der Herrschaft genau geregelt, aber gleichzeitig werden der Genossenschaft doch verschiedene Stücke der Allmend, die Friedrich I. ihr entrissen hatte, von seinem Nachfolger Philipp zurückgegeben, "zu vermyten klage der gemeinde". Also zweifellos ein Erfolg der Genossenschaft, der nur nicht von Dauer war. Der Staat drang unwiderstehlich vor, bis ins 18. Jahrhundert dauern die Auseinandersetzungen mit den Allmendsgenossen, aber sie kamen nicht in Weistümern zum Ausdruck und bleiben hier beiseite.36

Unabhängig von diesem Streit geht das Zusammenarbeiten in der Zent und der friedliche Ausbau ihrer Zuständigkeiten als Gerichts- und Verwaltungszentrum, als Zwischenglied zwischen Gemeinde und Oberamt. Hier gingen die Vorteile von Herrschaft und Genossenschaft noch lange Hand in Hand. Mit einer Ausnahme, die nachher zu behandeln sein wird, geschah der Ausbau ohne Widerstand der eingesessenen Dorfherrn, sehr im Gegensatz zur Entwicklung der Zenten Reichartshausen und Neckargemünd. Dort machen die Zentweistümer immer deutlich Front gegen den starken Adel, dort ist bis etwa 1600 scharfer Kampf, hier in der Zent Schriesheim herrschte zunächst ganz friedlicher Aufbau, bis allerdings im 16. Jahrhundert im Bischof von Worms auch ein zäher Gegner sich der pfälzischen Landeshoheit in den Weg stellte. Doch dieser kam erst nachträglich hinein, zunächst findet die Ausdehnung keinen Widerstand, und die Zentweistümer verlieren deshalb bald ihre Spannung und ihre Eigenart als Werkzeuge der Politik.

1430 hatte man sich mit der Feststellung der hohen Gerichtsbarkeit und des Hauptrechtes begnügt. Man hatte dann 1461 mit

^{34.} Berain 7761, S. 31-51.

^{35.} Cop. 816, S. 243 ff.

^{36.} Vgl. dazu Kollnig, S. 17-19 und S. 57-63.

Gewalt die Gerichtseinheit in der Zent hergestellt, und von da an begann, immer mit Hilfe und in den althergebrachten Formen der bäuerlichen Weisung, der friedliche Ausbau. In einem Anhang z. B., den das Weistum von 1430 am 9. Januar 1467 bekam,37 wird dem Zentherrn die Leibesherrschaft über Zugezogene in der Zent gewiesen, die sich auf die Dauer hier niederlassen. Am 2. Oktober 1538 wird die Zuständigkeit der Zent um einen Punkt erweitert.28 Am 14. August 159239 wird ohne Hinblick auf den Zentherrn die Besoldung der Schöffen geregelt und festgestellt, daß beim Tode eines Schöffen die Zent ohne Zuziehung der Amtleute einen Nachfolger wählen dürfe. Immer genauer wird die bisher mündliche Überlieferung schriftlich festgehalten, werden die Lücken der älteren Weistümer ergänzt, damit nichts in Vergessenheit gerate. "Weil der Äpfelbacher Zent brauch zum teil nicht alle beschrieben, sondern nur im gedächtnis gehalten worden ..., damit dann die nachfolgende zentschöpfen dessen alles auch wissens haben möchten." Von Zeit zu Zeit werden die Zentgrenzen, damit sie sich nicht verwischen, in einem Weistum genau beschrieben, z.B. 1609 am 10. März.40 (Dasselbe geschieht auch in der Stüber Zent 1538.) Alle zugehörigen Orte werden aufgezählt, unter ihnen auch Hemsbach. Und schließlich umfaßt die Zentordnung eine Vielzahl von Artikeln, die die Stellung des Zentherrn und des Zentvolkes genau umreißen: Zentweistum ohne Datum,41 vor 1690, mit 26 Artikeln, deren erster wieder lautet, daß die Pfalz der oberste Zentherr sei. Im letzten Zentweistum vom 9. Juni 169242 wird noch einmal festgestellt, daß die Kosten für die Zent alle Zentuntertanen gleichmäßig zu tragen hätten, zu welcher Dorfherrschaft sie auch gehörten. Vor dem Zentherrn gibt es eben nur ein Zentvolk.

Ganz ohne Auseinandersetzung ging es aber auch in der Schriesheimer Zent nicht ab. Den mainzischen Fremdkörper hatte man sich 1461 einverleibt, um dieselbe Zeit aber bildete sich ein neuer, wormsischer. Die Dörfer Hemsbach, Sulzbach und Lauden-

^{37.} Cop. 880, zwischen Bl. 7 u. Bl. 8.

^{38.} Berain 7761, Bl. 14.

^{39.} Berain 7761, Bl. 15/17.

^{40.} Berain 7761, Bl. 19/23.

^{41.} Berain 7761, Bl. 9-14.

^{42.} Berain 7761, Bl. 296-298.

bach nämlich, die ganz im Norden der Zent lagen, waren 1410 an die Mosbacher Linie gefallen, und diese hatte sie entgegen ihrem dem Kurhause gegebenen Versprechen 1449 an den Bischof von Worms versetzt und 1485 sogar verkauft. Nun war Worms aber keine beliebige kleine Dorfherrschaft, sondern ein mittlerer Territorialstaat, und als solcher suchte er seinen neuen Besitz möglichst der Landeshoheit zu nähern. Er stützte sich auf seine Dorfherrschaft und die damit verbundene Niedergerichtsbarkeit, während sich die Pfalz auf die alte Zugehörigkeit der Dörfer zum Hochgericht der Zent Schriesheim berief. Da beide Herrschaften zur Landeshoheit drängten, so gab es dauernde Streitereien, weil die Hemsbacher ihre Zentverpflichtungen nicht einhielten, von ihrer Herrschaft Worms darin ermutigt. Sie wurden dann oft handgreiflich zu der Zent hinzugezogen, auf beiden Seiten ergoß sich eine Fülle von Befehlen und Beschwerden. 43 Beide Herrschaften stützten und beriefen sich dabei auch auf die Weisung der Untertanen, die auf beiden Seiten willig Auskunft gaben. Wieder stehen sich Weistümer aus beiden Lagern gegenüber, wir haben sie zu vergleichen und in den Gang der Untersuchung einzureihen.

Was zunächst den wormsischen Dorfherrn betrifft, so sucht der Bischof immer wieder mit Hilfe der Weisung zu belegen, daß die drei Dörfer eine Sonderstellung in der Zent einnähmen, und die Rechte, die dem Pfalzgrafen als Zentherrn zustehen, als möglichst geringfügig erscheinen zu lassen. Seine eigene Stellung in den Dörfern jedoch nähert er der Landeshoheit. Man kann die Stellung von Worms innerhalb der Zent etwa vergleichen mit der, die Hirschhorn in der Stüber Zent einnahm. Zunächst ist es natürlich die Hochgerichtsbarkeit, die Worms einzuschränken oder ganz abzulehnen sucht. In einem Dorfweistum von 1525⁴⁴ werden wenigstens vier Zentartikel zugestanden: Diebstahl, Mord, Ketzerei und Zauberei. Für alle anderen Vergehen wird die Zuständigkeit des Zentgerichts bestritten, während die Zent doch in dieser Zeit schon eine Fülle weiterer Rechte hat. Bald aber wird überhaupt jegliche Zugeständigkeit verneint: Weistum ohne Datum (vor 1770):⁴⁵

^{43.} Berain 7761, S. 1181 ff. und Berain 3606.

^{44.} Berain 3606, S. 54-59.

^{45.} Berain 3606, S. 51--54.

"item seind wir uff unsser aid ermahnt, nichts uff unsers gnedigen herrn pfaltzgrafen zent zu bringen, weder was diebstahl und mord oder das leben anlangt". Und auch als Berufungsinstanz wird die Zent abgelehnt und eigenes Gericht vorgeschoben: Weistum vom 24. Februar 1590:46 "Item welcher sich eines urteils beschwert, so soll er für gericht sich hinder meines gnedigen herrn hofgericht gen Wormbs berufen." Ja noch weiter: Ausfluß der Zent- und Landeshoheit ist überall die Reisfolge beim Heeresaufgebot. Auch diese verweigern die Hemsbacher der Pfalz, Reisfolge hat vielmehr der Bischof. Dem Zentaufgebot darf nur mit seiner Erlaubnis und nur für einen Tag gefolgt werden. 1494 wird in einem Zeugenverhör ausgesagt,47 "das die von Hemspach nieyemandt geraist und gedient haben dan allein irem dorfsherrn, das sie nie kein zentcosten haben geben." Im 17. Jahrhundert versteht man sich dann allerdings dazu, dem Zentherrn die Reispflicht zuzubilligen.

Die eigene Stellung als Dorfherr wird stark ausgebaut, auch das eine Parallele zu Hirschhorn in der Stüber Zent. Erster Artikel der Dorfweistümer ist: Worms ist Dorf- und Gerichtsherr. Es klügelt ein ausgedehntes Strafsystem zu seinen Gunsten aus, läßt sich weisen "bei todesfällen ist die fahrende hab meinem gnedigen fürsten und herrn verfallen" (Weistum ohne Datum),⁴⁸ was dem Absatz 2 des Sachsenheimer Zentweistums von 1430 widerspricht. Worms hat außerdem ungemessene Fron. Nur Zoll und Geleite hat die Pfalz unbestritten, aber über Gerichtshoheit und Reisfolge gibt es dauernden Streit mit den drei Dörfern.

Was die Pfalz betrifft, so hat sie es eigentlich nicht nötig, die Zugehörigkeit der drei Dörfer zur Zent durch neue Weistümer zu klären. Sie braucht nur auf die alten zurückzugreifen und zu zeigen, daß die drei Dörfer von Anfang an nie eine Sonderstellung genossen haben. So gewinnt das Weistum von 1430 in diesem Streit neue Bedeutung und wird von pfälzischer Seite oft verwendet. 1585 wird z. B. eine große Beschwerde an das Reichskammergericht aufgesetzt, 49 die um die Feststellung kreist: die drei Dörfer haben keine

^{46.} Berain 3606, S. 61/72.

^{47.} Berain 3606, S. 35-50.

^{48.} G.L.A. Akten Hemsbach, Conv. 34.

^{49.} G.L.A. Akten Hemsbach, Conv. 19.

Sonderstellung in der Zent, sondern stehen in denselben Pflichten wie die anderen auch. "Und solches wurd durch obgemeltes weisstumb bekräftiget." 1430 war nämlich unter den Zentschöffen der Schultheiß von Hemsbach, und die Orte wurden nicht anders erwähnt als alle anderen in der Zent. Im übrigen ist diese Beschwerde noch deshalb zu erwähnen, weil in ihr ausdrücklich gesagt wird, daß Zenthoheit Landeshoheit bedeute.

Außer dieser Berufung auf 1430 setzt die pfälzische Regierung aber auch noch neue Kundschaften in den Kampf ein, um ihre Stellung als Zentherr zu wahren. Sie läßt eine lange Reihe von Zeugen aufmarschieren, die z. B. nach 1462 aussagen, daß die Hemsbacher der Pfalz zur Reisfolge und zum Frondienst verpflichtet seien,50 indem sie passende Fälle aus ihrer Erfahrung aufzählen: "Die von Hohensachsenheim die altisten sagen gemeinlich, solang ine gedenk, so haben sich die von Hemspach, Laudenbach und anderer edelleut dorf in der zent raisens nie geweigert und meinem gnedigen herrn darinnen allweg gehorsam gewest." Die Hemsbacher haben 1461 sogar geholfen, die Schauenburg zu erobern. Eine Weisung von 1558, April 12,51 stellt fest, daß verschiedene Blutgerichtsfälle in Hemsbach nicht vor die Zent, sondern vor wormsisches Gericht gekommen seien, und bezeichnet das als Rechtsbruch. Am 7. November 156152 stellt die Pfalz ferner in einem großen Weistum ihr Jagdrecht zu Hemsbach fest. Eine Reihe späterer Weistümer zwischen 1560 und 1630 entstehen in Sulzbach und Laudenbach53 und dienen ebenfalls der Wahrnehmung der Zenthoheit, die wieder ausdrücklich mit der Landeshoheit gleichgesetzt wird.

Erst im Jahre 1705 hört der Streit auf, der zu Zeiten durch religiöse Gegensätze noch verschärft worden war. Es ist auch hier die Pfalz, die sich schließlich durchsetzt. Im Jahre 1705 tritt Worms, des Haders müde, die drei Dörfer mit allen Rechten durch Vertrag an die Pfalz ab, und damit fügen sie sich nun gänzlich in das Territorium ein und ist die Landeshoheit auch hier ungeschmälert. Der absolustistische Staat verlangte klare Grenzen und

^{50.} G.L.A. Akten Hemsbach Conv. 21.

^{51.} G.L.A. Akten Hemsbach Conv. 9.

^{52.} G.L.A. Akten Hemsbach Conv. 20.

^{53.} G.L.A. Akten Hemsbach Conv. 20.

in ihnen völlige Staatsgewalt. Wir beobachten diese Entwicklung nun auch in den beiden Neckarzenten, nur waren die Gegner mächtiger und zahlreicher, und deshalb steht die ganze Weisung hier viel stärker im Dienste dieser Auseinandersetzung als in der Zent Schriesheim.

4. Ausbau der Zenthoheit in den Zenten Reichartshausen und Neckargemünd.

Diese beiden Zenten bewahren ihre große Ähnlichkeit von 1430 auch weiterhin, so daß wir sie zusammen überschauen können. In beiden Zenten war 1430 durch ausführliche Weisung die Stellung des Zentherrn umschrieben worden, was der Pfalzgraf von da an unbestritten war. Aber nun entbrannte innerhalb des Zentgebietes ein heftiger Streit um die Auslegung des Begriffes der Zenthoheit, indem sich der Kraichgauadel, der zum Teil selbst für seine Gebiete zur Landeshoheit hinstrebte, heftig und zäh einer Ausdehnung der pfälzischen Landeshoheit widersetzte, während uns die Weistümer keine Spur eines Widerstandes der Untertanen überliefern. Beide Gegner nehmen wieder die bäuerliche Weisung zu Hilfe. Betrachten wir zuerst die Waffen der Regierung, die Zentweistümer von Reichartshausen (1538 und 1561) und Neckargemünd (1561). Wieder ist es die Zenthoheit, durch deren Ausbau die volle Souveränität erreicht werden soll.

Das Weistum von 1430 wird von Zeit zu Zeit immer wieder verlesen und von den Schöffen bestätigt, ohne daß man es im 15. Jahrhundert schon stark zu Gunsten der Herrschaft abgeändert zu haben scheint. Das Beispiel einer solchen Wiederverlesung haben wir etwa am 16. Juli 1466⁵⁴ in einem kurzen und sehr schwer leserlichen Stück, auf dessen Inhalt bei anderer Gelegenheit abgehoben wird. Erst viel später ist uns wieder ein Weistum überliefert, und zwar nur aus der Stüber Zent, am 30. August 1538,⁵⁵ das nun zu vergleichen wäre mit dem Zentweistum von 1430 und dem von 1561. Ist gegen 1430 ein Ausbau der Zenthoheit zu spüren? Auf die Aufforderung des pfälzischen Amtmannes Hans von Gemmingen erfolgt keine mündliche Weisung, sondern der Notar liest auf Wunsch der Schöffen das geschriebene Zentweistum

^{54.} Cop. 880, Anhang.

^{55.} Brinkmann Nr. 4.

vor, seit 1466 muß also eine neue Fassung des alten Weistums aufgezeichnet worden sein, die der Kräfteverschiebung Rechnung trug, aber noch darüber hinausgehende Ansprüche des Zentherrn enthielt. Artikel 1 und 2 bringen gegen 1430 nichts Neues: Zentherrschaft und Bußen. Artikel 3 weist dagegen neu die Grenzen der Stüber Zent auf.58 Artikel 4 grenzt das pfälzische Geleitsrecht ab. Artikel 5 erweitert die Zentfälle, deren es 1430 nur 3 gab, auf 12, Gotteslästerung ist z. B. hinzugekommen, was früher nur kirchlich bestraft wurde. 6. hat die Zent inzwischen einen Teil der Kosten übernehmen müssen zur Verhaftung und Transport von Verbrechern, die 1430 der Pfalzgraf allein trug. 7. ist ein Vorstoß gegen die Niedergerichtsbarkeit; die ja in dieser Zent bei mehr als der Hälfte aller Dörfer in Händen des Adels war: kein Dorfherr darf seine Hintersassen ins Gefängnis werfen lassen. 8. ist herkömmlich: Aufsicht der Zent über Wein und Brot. 9. dagegen neu und sehr wichtig: für die Niedergerichte ist die Zent ausschließliche Berufungsinstanz, die dritte und höchste ist das pfälzische Hofgericht, das 1472 von Friedrich I. gegründet worden war. 10. stimmt wörtlich mit Punkt 3 von 1430 überein: in der ganzen Zent steht dem Pfalzgrafen die Reisfolge zu.57 11. und 12. bringen nichts Neues. Unter den Zeugen des Protokolls ist der Zentgraf von Neckargemünd. Diese Zent mag ein ähnlich erweitertes Weistum besessen haben, das aber nicht überliefert ist. Inwiefern geht nun dieses Weistum von 1538 über das von 1430 hinaus?

Man erweitert 1. die Zuständigkeit des Zentgerichts auf Kosten der fremdvogteilichen Dorfgerichte von 3 auf 12 Artikel (Artikel 5).

Man verbietet 2. den Zentuntertanen die Berufung an ein auswärtiges Gericht, während 1430 nur verboten wurde, vor ein geistliches Gericht zu gehen (Artikel 9).

3. greift man nun in die Dorfgerichtsbarkeit unmittelbar verordnend ein (Artikel 7), läßt also die Dorfgerichtsherrn auch in ihrem rechtlichen Bereich nicht mehr ungeschoren.

Und 4. schließlich bedeutet der Artikel 5 der Weisung eine Stärkung des Zentherrn gegenüber der Genossenschaft. Die Stel-

^{56.} Vgl. Schriesheim 1609, S. 44.

^{57.} Von ihr machte man auch im Jahre 1504 im Bayrischen Erbfolgekrieg Gebrauch.

lung des Zentherrn ist dehnbar. Die Pfalz hat sie von 1430 bis 1538 mächtig ausgedehnt.

Noch aber war, wie in Sachsenheim 1430, nicht alles, was ihr da gewiesen wurde, unbestrittene Tatsache, sondern gerade das Neue 1538 war bestrittener Anspruch. Wie verhielt sich der Kraichgauadel zu dieser wachsenden pfälzischen Landeshoheit? Über die Hälfte der Zentdörfer war in seinem Besitz, und besonders drei Geschlechter waren es, die ihre Rechte zäh verteidigten: Hirschhorn, 1632 ausgestorben, bis dahin aber in starker Stellung gegenüber der Pfalz und den eigenen Untertanen, etwa der Stellung von Worms in Hemsbach vergleichbar. Ferner die Landschaden von Steinach und die Herrn von Helmstatt. Sie veranlaßten ihrerseits, zum Teil sicher als Reaktion auf das Zentweistum von 1538, Kundschaften ihrer Untertanen, und von diesen Dorfweistümern aus sieht die pfälzische Zenthoheit durchaus nicht so großartig aus, vielmehr ist gerade ihre wichtigste Seite bestritten. Zwar wird überall die Zentherrschaft der Pfalz im ersten Artikel gewiesen, aber sie wird doch wesentlich bescheidener aufgefaßt. Da ist z. B. das Hirschhornsche Dorf Moosbrunn, Weistum von 1556,58 wo Hirschhorn die Reispflicht hat, nicht der pfälzische Zentherr, und dabei ist sie doch ein wesenhafter Zug der Landeshoheit. An Zentartikeln werden bloß 4 von den 12 von der Pfalz beanspruchten anerkannt. Hirschhorn hat in diesem Dorf die ungemessene Fron, was immer ein Zeichen einer sehr starken Stellung ist. Da ist ferner ein Weistum von Mückenloch, ebenfalls 1556,50 das auch nur vier Zentfälle kennt und dem Hirschhornschen Dorfherrn die Reispflicht weist. Auch in Aglasterhausen 155560 hat Hirschhorn die Reisfolge und die Rechtsprechung über eine ganze Reihe von Vergehen, die von der Pfalz als Zentfälle bezeichnet werden. In dem Weistum von Epfenbach 147661 heißt es, nur "mordgeschrei" und "bindbar wunden" seien Zentfälle.

Auch die Landschaden von Steinach hatten als Dorfherrn eine besonders ausgebaute Stellung, ohne aber so sehr wie die Hirsch-

^{58.} Brinkmann Nr. 44.

^{59.} Brinkmann Nr. 89.

^{60.} Brinkmann Nr. 17.

^{61.} Brinkmann Nr. 29.

horner gegen die Landeshoheit der Pfalz zu verstoßen. Immerhin heißt es in dem Weistum des Dorfes Reichartshausen noch 1591,62 die Reisfolge habe der Landschad, und noch 1698 bei der Erneuerung des Weistums wird das festgehalten, aber nun sicher nur noch auf dem Papier; denn nicht alles Gewiesene darf man als Tatsache betrachten, manches ist verlorener Besitz oder noch nicht durchgesetzter Anspruch. Ein weiterer Beweis dafür ist das späte Weistum von Baierthal von 1659,63 das in dem Widerstand gegen die pfälzische Zentherrschaft am weitesten geht, einem Widerstand, der wohl auch nur noch auf dem Papier besteht. Baierthal gehörte mit seinem rechts der Angelach gelegenen Teil zur Zent Neckargemünd, trotzdem beansprucht der Dorfherr für sich die Aburteilung von "mordgeschrei, steinwurf, bindbar wunden", also einwandfreien Zentfällen, außerdem die Aufsicht über Maß und Gewicht.

Doch dieses letzte Weistum ist eine Ausnahme. Man kam vielmehr schon im 16. Jahrhundert zu einer klaren Scheidung der Zuständigkeiten, die dem langen Streit ein Ende machte. Auf die etwas zu weit gespannten Feststellungen im Weistum von 1538 und mutmaßliche andere pfälzische Vorstöße hin strengen nämlich die Vogtsjunker einen Prozeß gegen die Pfalz an, dessen Ergebnis der sog. Zentvertrag von 1560 ist. Er scheint zunächst ein Rückschlag für die pfälzische Zentpolitik zu sein, legte ihr aber auf die Dauer keinen Hemmschuh an. Allerdings muß sich die Regierung noch einmal zu einer Teilung der Souveränität in den beiden Zenten mit dem Adel bequemen und mit ihm auch als Partner auf gleicher Ebene verhandeln, anstatt einfach zu verordnen.

1. Die Junker wahren sich die Einsetzung von Schultheißen im Dorfgericht, sie haben aber über ordnungsmäßige Rechtspflege zu wachen. 2. und 3. bringen klare Abgrenzungen von Zentgerichtsund Niedergerichtsfällen. Als Zentfälle werden alle 12 von 1538 anerkannt. Straf- und Vollzugsgewalt für die niederen Frevel sichern sich die Dorfherrn, doch bleibt die Aufsicht der Zent bestehen. 4.—8. sind in unserem Zusammenhang belanglos. 9. Der Adel erkennt nun an, daß die Reisfolge den Zentherrn zusteht, ein

^{62.} Brinkmann Nr. 51.

^{63.} Brinkmann Nr. 68.

^{64.} Brinkmann Nr. 5.

wichtiger Erfolg für die Regierung. 10. Was die Berufung angeht, so ist das Hofgericht die Instanz. Hirschhorn und Helmstatt sind von Alters eximiert, sie können sich unmittelbar an das Reichskammergericht wenden, und Helmstatt hat dies noch 1618 in einem Streit gegen seine Gemeinde unter Umgehung des Hofgerichts getan. 12.—14. sind unwesentlich. Hierauf feierliche Verpflichtung von beiden Seiten, den Vertrag zu halten.

Dies ist der Inhalt des Zentvertrags, soweit er die Weistumspolitik betrifft. Im ganzen setzt sich der Adel zwar noch einmal mit Erfolg der völligen Durchsetzung der Landeshoheit zur Wehr, aber er muß sich doch in die seit 1430 mächtig ausgeweitete Zenthoheit schicken: selbst Hirschhorn und die Landschaden müssen zugestehen, daß der Pfalzgraf die Reisfolge in der ganzen Zent hat. Der Adel erkennt die Fülle der Zentartikel und das Aufsichtsrecht der Zent beim Niedergericht an, gleichzeitig schützt er sich aber durch klare Abgrenzung vor weiterem Übergreifen der Regierung auf das Niedergericht. Er wahrt sich zwar die volle Dorfgerichtsbarkeit und ist noch nicht völlig auf dem pfälzischen Appellationsweg gezwungen, die volle Landeshoheit ist also noch nicht erreicht, aber mit Recht sagt Brinkmann über das Ergebnis dieses Zentvertrags von 1560: "Er unterwarf bei der Teilung der Souveränität den Anteil der Vogtsjunker dem gefährlichen Grundsatz der Aufzählung einzelner Gerechtsame, während das Territorium auf der anderen Seite die ganze unabsehbare Mannigfaltigkeit der neueren Staatsentwicklung als Gewinn einstrich."65 Der Territorialstaat war am Zuge; die geschichtliche Schwerkraft, die ja immer wirksamer ist als Rechtstitel, war auf seiner Seite.

Nun bleibt nur noch zu sehen, wie die Parteien sich in ihrer künftigen Weistumspolitik mit diesem Vertrage abfinden. Die Regierung hat alsbald die neue Lage den Untertanen bekanntgemacht und sie in zwei Zentweistümern dazu Stellung nehmen lassen, indem sie die alten Weisungen nach dem Zentvertrag abändern ließ: Stüber Zent am 21. August 1561,66 Neckargemünder Zent am 25. August 1561.66 Neu ist zunächst, daß unter den pfälzischen Amtleuten ein Doktor der Rechte auftaucht. Der Zentvertrag wird

^{65.} Brinkmann, Einleitung XVII.

^{66.} Brinkmann Nr. 6.

unterbreitet, alles Punkt für Punkt durchgesprochen, und dann ändert der Notar das alte Weistum ab und verliest die abgeänderte Form. So mag auch anderswo ein Weistum entstanden sein: die neue Sachlage wurde bekanntgegeben, man beriet sie und nahm sie dann in die schon bestehende Weisung des Gewohnheitsrechtes auf.

Der 1. und 2. Absatz lautet genau wie im Vertrag. Artikel 3 zählt nochmals die Zentfälle auf, Artikel 4 betrifft die Niedergerichtsbarkeit: Wenn ein Dorfherr durch zu harte Strafen seine Gewalt mißbraucht, so darf der Pfalzgraf als Zentherr einschreiten. Das ist also eine besonders starke Betonung des Aufsichtsrechtes, das es 1430 noch nicht gegeben hatte. Durch Schutz der Bauern gegen ihre Dorfherrn schwächt man wie auch anderswo die dorfherrliche Stellung und stärkt die eigene. Und dann folgt Stück für Stück der Zentvertrag, die Reihenfolge des Weistums von 1538 ist ziemlich zerstört, aber alle Artikel werden aufgezählt. Das Neckargemünder Weistum wahrt wieder seine Eigenart. Es enthält als § 13 eine Bestimmung über Hauptrecht, die schon 1430 vorkam. Dort aber hatte der Pfalzgraf das Hauptrecht als Leibesherr, hier genießt er es als oberster Landesfürst, so hat sich die Lage auch im Sprachgebrauch verschoben. Im § 14 ist noch die alte Steuerfreiheit der Schöffen enthalten, der § 15 über Appellation entspricht genau dem Zentvertrag. Von der Zent als Instanz in Zivilsachen ist auch hier nicht die Rede, wohl aber ist das Hofgericht höchste Instanz, und aus seiner freiwilligen Anrufung wird allmählich ein Zwang.67 Zum Schluß wiederum die Grenzen der beiden Zenten. Die Bestimmungen des Zentvertrags werden ausdrücklich vom alten Herkommen getrennt, er liegt ja auch erst ein Jahr zurück.

Auf der Gegenseite ist kaum eine Wirkung und ein Zusammenhang des Zentvertrags mit späteren Weistümern zu beobachten. Die Landschaden verstoßen gegen ihn, wenn sie sich noch 1591 und 1698 in Reichartshausen die Reisfolge weisen lassen. Doch mag das nur noch ein veralteter Anspruch gewesen sein, genau so wie in Baierthal 1659. Wir verlieren mit dieser letzten Maßnahme von 1560/61 die Weistümer in den Zenten Reichartshausen und

^{67.} Die Sammlung von Brinkmann enthält zahlreiche Hofgerichtsentscheide in Streitigkeiten zwischen Dorfherrn und ihren Hintersassen, meist über zu hohe Fronforderungen.

Neckargemünd aus den Augen. Zentweistümer sind keine mehr überliefert, und die Dorfweistümer beschränken sich in Zukunft auf die Regelung der rein örtlichen Verhältnisse und verlieren damit ihren politischen Charakter. Zudem änderte die Landordnung von 1582 dann grundsätzlich die Zusammensetzung des Zentgerichts, in dem in Zukunft studierte Räte saßen. Die Genossenschaft hatte ihre Schuldigkeit bei der Zurückdrängung der Vogtsjunker getan. Sie wurde nun selbst in ihrem Anteil an Rechtsprechung und Verwaltung mehr und mehr beschnitten.

Im Raume der Stüber Zent spielen sich aber im 15. Jahrhundert noch andere Auseinandersetzungen ab, die sich sehr lebendig in Weistümern spiegeln. Sie sollen nun ebenfalls in einen größeren

Zusammenhang gestellt werden.

5. Die Auseinandersetzung mit der Mosbachischen Seitenlinie (1410—1499).

Wir erinnern uns, daß 1410 beim Tode Ruprechts III., des deutschen Königs, eine Teilung des Territoriums stattgefunden hatte. Die Kurlinie hatte vornehmlich das Oberamt Heidelberg behalten, unter dem Kurfürsten Ludwig III. Sein Bruder Otto erhielt das Amt Mosbach mit Mosbach, Eberbach und Sinsheim. Damit hatte Kurpfalz einen neuen Nachbarn bekommen, der genau so kräftig seine Rechte wahrnahm, wie sie selbst oder Kurmainz. Die Hoheitsgrenzen scheinen 1410 nicht ganz eindeutig gezogen worden zu sein, jedenfalls rücken beide Teile bald mit widersprechenden Ansprüchen heraus; die Amtleute, die in Vertretung ihrer Sache wohl oft schärfer und pedantischer waren als ihr Landesherr selber, geraten überall längs der Grenze aneinander. Nachdem dazu noch die Brüder Ludwig und Otto gestorben und die Verwandtschaftsbande gelockert waren, ging der Kampf mit einer Schärfe vor sich. wie nur je zwischen zwei nebenbuhlerischen Territorien. Von 1436 bis 1442 hatte allerdings Otto von Mosbach die Vormundschaft über den unmündigen Sohn Ludwigs III., und er hat diese Vormundschaft auch gewissenhaft ausgeübt. Als aber dieser Sohn 1442 als Ludwig IV. zur Regierung kam, zog er die Zügel wieder straffer an, und sofort setzten da auch die territorialen Auseinandersetzungen mit Mosbach wieder ein. Der Regierungswechsel machte sich sehr deutlich in den Weistümern geltend, fast der einzige erkennbare Fall eines Eingreifens des Herrschers in die Weistumspolitik. Auch der Nachfolger Ludwigs, Friedrich I., war nicht der Mann, ein Tüpfelchen von kurpfälzischen Gerechtsamen preiszugeben, und erst mit dem Aussterben der Mosbachischen Linie und dem Rückfall ihrer Gebiete an Kurpfalz endet der Streit.

Keine Auseinandersetzung nun spiegelt sich so lebendig wie diese in den Weistümern, nirgends sonst gelingt es auch so eindeutig, die Weistümer in den Zusammenhang der politischen Territorialgeschichte einzugliedern. Ab und zu erinnert man sich doch der nahen Verwandtschaft und schreitet zu Generalbereinigungen der Streitfälle, sie haben aber nie lange Bestand.

Es handelt sich vor allem um folgende Streitpunkte: 1416 über die Stüber Zent, 1442 über den Zoll bei Ketsch, 1442 über den Hardtwald bei Hockenheim, 1445, 1447 und 1467 über den Kolbwald bei Eberbach. Die Streitpunkte sind hier eben besonders zahlreich, weil die Gebiete bis 1410 ein Territorium gebildet hatten, in dem vieles zusammengewachsen war, was sich nun nicht mit einem Schnitt trennen ließ.

Da war zunächst die Stüber und auch die Sachsenheimer Zent nicht unbestrittener Besitz der Kurlinie, sondern Mosbach erhob Ansprüche. Deshalb wurde im Jahre 1416 durch den Bischof von Passau und den Markgrafen von Brandenburg ein Entscheid gefällt: jeder der beiden Gegner solle Kundschaften über die bisherige im alten Herkommen begründete Zugehörigkeit der Zent einziehen und sie dem Schiedsgericht vorlegen. Die kurpfälzische Kundschaft ist uns erhalten. Der Entscheid ist vom 5. September 1416, die Kundschaft vom 6. Oktober desselben Jahres. Die Zentschöffen sagen aus, daß ihre Zent Hirschhorn gehört habe und noch kürzlich in einer Fehde den Hirschhornern Zentfolge geleistet habe, daß diesen aber Ruprecht der Ältere die Zent "in offener fintschaft nahm und in mit gewalt davon drunge". Daraufhin wurden die Stüber Zentleute auf die Kurpfalz vereidigt. Die Wirkung dieser bäuerlichen Aussage sehen wir in einem Vertrag der Brüder von 1427, der

^{68.} Cop. 895, Bl. 13.

^{69.} Brinkmann Nr. 2.

wieder ein starker Beweis für die Geltung der Weisung ist, 70 wenn er sich natürlich auch nicht nur auf sie gründet. In diesem Vertrag verzichtet Otto von Mosbach auf die Stüber Zent mit folgender Begründung: "Als wir hertzog Ott dem vorgenannten unserm lieben bruder hertzog Ludwig umb die zente zu Richartshusen, die man nennet die Stüber Zente, zugesprochen han, und meynten, daß sie ... uns gehoren solte, dess hat uns unser lieber bruder ... mit briefen und urkunden underwisel, dass dieselbe zente zu Richartzhusen dem vorgenannten unserm lieben bruder hertzog Ludwig und nicht uns zugehoret, und wir vertzihen auch für uns und alle unser erben gäntzlich daruff." Damit ist dieser Streit erledigt.

Auch die Zentherrschaft zu Sachsenheim scheint Otto seinem Bruder bestritten zu haben, denn 1416 wird in einem Entscheid die Zent Ludwig zugesprochen. Erst nach 1442 aber beginnt die Kette von Reibereien überall längs der Grenzen. Bleiben wir zunächst noch in der Stüber Zent, und betrachten wir den Streit um den Wildbann in dem Wald, der der "Große Kolben" genannt wurde. Dieser Streit erstreckt sich über 20 Jahre und findet seinen Niederschlag in drei großen Kundschaften. Am 26. 1. 1469 wird er durch Vertrag beigelegt. Die Kundschaften über die Rechte im Kolbwald sind von 1445, 1447 und 1467. Es sind dies die ersten großen Kundschaften, die eigens zur Klärung einer Streitfrage veranstaltet wurden. Sie sind unbelastet von Überlieferung, sind der mündlichen Aussage und der Gegenwart am nächsten und darum am lebendigsten.

Am 29. Mai 1445728 findet ein Zeugenverhör auf dem Dilsberg, also auf kurpfälzischem Boden, über Wildbann, Geleit und Stadtmiete (Flußholzzoll) im Kolbwald statt, der nordöstlich an den Stüber Zentwald stieß und bei Pleutersbach den Neckar berührte. Entgegen der Ankündigung sagen aber die Zeugen in sehr lebendiger und volkstümlicher Weise nur über die Stadtmiete und über Frevel im Kolbwald aus, das ging die Untertanen ja auch am meisten an und war ihnen am besten bekannt. Es ist eine lange Reihe von Einzelaussagen, die alle auf denselben Sinn gestimmt sind. Man

^{70.} Cop. 895, Bl. 16.

^{71.} G.L.A. Akten Hemsbach, Conv. 19.

^{72.} Cop. 895, Bl. 1-5.

^{72°.} Cop. 876, Bl. 148-149.

will durch ein möglichst großes Zeugenaufgebot die Weisung möglichst gut begründen und einhämmern, das ist ein Grundzug der Weistumspolitik. Der Gegner wird hier nicht genannt.

- 1. Das Holz aus dem Kolbwald ist frei von Stadtmiete, die in letzter Zeit aber entgegen dem alten Herkommen erhoben wurde.
- 2. Über alle Frevel diesseits des Pleutersbaches hat der Pfalzgraf Strafgewalt. Über Wildbann und Geleit fällt kein Wort.

Offensichtlich genügte das Ergebnis dieses Verhörs der Regierung als Material nicht; man stellte ein neues, umfassenderes an, das auch in seinem Ansuchen an die Zeugen schon mehr verlangt und deutlicher wird:73 Am 1. 9. 1447. Diesmal geht es vor allem um den Wildbann. Man verlangt Aussage über ihn und über die Frage, ob jemand anders als der Pfalzgraf Rechte im Kolbwald habe. Die Zeugen sind fast alle andere als 1445, alle aber sind Anwohner, die durch eigenes Erlebnis besonders gut eingeweiht sind. 1. Die Pfalz hat den Wildbann, die Frevel diesseits des Pleuterbaches und das Hagrecht (die Untertanen müssen Wildhäge machen). Die Grenzen des Wildbannes werden genau beschrieben. 2. Die Pfalz hat das Geleitsrecht bis an den Pleutersbach. Unter den Zeugen sind auch Hirschhornsche Untertanen, der Schultheiß von Moosbrunn nennt den Gegner auch beim Namen: Otto von Mosbach. Dessen Jäger hatten mehrmals Häge im Kolbwald gemacht, aber der Pfalzgraf hatte sie jedesmal wieder zerhauen lassen. Wiederum ist die Aussage mit Spannung geladen, trotz ihrer Eindeutigkeit hat aber auch sie den Streit nicht beenden können. 1445 wurde die Frage der Stadtmiete geklärt, 1447 wurde über den Wildbann Kundschaft eingezogen, aber die Grenzen sind immer noch nicht scharf genug gezogen.

Am 3. Februar 1467⁷⁴ wird nochmals ein Zeugenverhör vor dem Gericht zu Hirschhorn veranstaltet, also auf neutralem Boden. Aber jetzt wird schon in der Aufforderung zur Weisung von "spenn zwischen dem pfalzgrafen und herzog Otten" gesprochen. Die Aussage auf diesem neutralen Boden muß natürlich als besonders sachlich gelten. Aber sie bleibt viel stärker als die beiden früheren im Persönlichen stecken, so daß es schwer ist, einen allgemeinen

^{73.} Brinkmann Nr. 9.

^{74.} Brinkmann Nr. 10.

Sachverhalt zu erkennen. Aus den langen, Geschichten, die die Bauern erzählen, läßt sich jedenfalls kein eindeutig günstiges Bild für die Pfalz gewinnen. Der Pleutersbach ist die Geleitsgrenze. Von da an neckaraufwärts hat es Mosbach, abwärts die Kurpfalz. Der Pleutersbach ist auch für den Kolbwald die Hoheitsgrenze. Frevel diesseits von ihm kamen vor kurpfälzisches Gericht. Mosbach muß tatsächlich gewisse Rechtstitel gehabt haben, die als unbegründet zu erweisen in den vorliegenden drei Kundschaften nicht ganz gelungen zu schein scheint. In dem genannten Vertrage von 1469, in dem man sich auf die Verwandtschaft und Freundschaft besinnt, und der eine Generalbereinigung aller schwebenden Streitfragen sein soll, findet sich jedenfalls über den Kolbwald die knappe Bemerkung, die den langen Streit kategorisch erledigt: "Item von der wiltpenn wegen in Grossen Kolben und der stattmiete doselbst, das sol unserm hern hertzog Otten zustehen und blieben." Was dagegen das Geleit betrifft, so wird die Kundschaft bestätigt: Pfalz hat Neckargeleit bis Eberbach, Mosbach von Eberbach bis Wimpfen. Es ist denkbar, daß Mosbach seinerseits überzeugendere Urkunden über den Wildbann im Kolbwald beigebracht hatte, die sich in dem vorliegenden Vertrag auswirkten.

Der andere Streit mit dem Mosbacher Rivalen, der sich in den Weistümern spiegelt, spielte sich 1442 auf dem Boden der Zent Kirchheim ab. Dies Jahr 1442 läßt neben der umfassenden Bestandsaufnahme von 1430 deutlich erkennen, daß die Zügel der Verwaltung plötzlich straffer angezogen wurden. Ludwig IV., der nun zur Regierung kam, ist sicher schuld daran. Otto von Mosbach. der 1436-1442 Vormund war, hatte zwar nicht in die Mosbachische Tasche gearbeitet, aber die Rechte beider Linien sicher auch nicht zum Nachteil von Mosbach abgegrenzt. Eine scharfe Abgrenzung wurde nun aber wieder nötig. Häusser sagt über die innere Politik Ludwigs IV. nichts, aber wir kennen ihn als gewissenhaften und tatkräftigen Herrscher. Folgende Weistümer gehen wohl auf sein Eingreifen zurück, ohne daß sie unter sich außer der zeitlichen Nähe etwas Gemeinsames hätten: drei Kundschaften über den Zoll zu Ketsch, alle vom 18. 11. 1442. Kundschaft über den Hardtwald bei Schwetzingen am 13. Juni 1442, Kundschaft über die Gemeinde Siedelsbrunn im Odenwald vom 3. Januar 1442. Von ihnen fällt das Letzte aus dem Rahmen "Mosbach" heraus und wird später bei der Auseinandersetzung mit den Grafen von Erbach behandelt werden. Wir betrachten vielmehr jetzt die drei Kundschaften über den Zoll zu Ketsch, vom 8. November 1442.⁷⁵

Die Planmäßigkeit dieser Maßnahme geht schon daraus hervor, daß drei Zeugenverhöre am selben Tage vor sich gehen und zwar an verschiedenen Orten. In jedem wird zu Beginn festgestellt, daß das Zeugenverhör auf Antrieb der pfälzischen Regierung vorgenommen werde. Hören wir zunächst kurz den Inhalt der drei Weisungen. Wieder marschiert eine lange Reihe von Zeugen auf, Männer gesetzten Alters mit langer Erinnerung: durch die stereotype Wiederholung immer derselben Aussage durch viele Zeugen, womöglich an verschiedenem Ort, wird die Weisung natürlich glaubhafter und ihre Wirkung durchschlagender.⁷⁶

Alle drei Kundschaften verdanken ihr Zustandekommen der Wahrnehmung eines Regals durch die Gegenseite, dem wir bisher noch nicht begegnet sind, des Zolls. Im vorliegenden Falle geht es um den Zoll bei Ketsch, der den Durchgangsverkehr zwischen Heidelberg und Speyer sehr belästigte. Zwei der Kundschaften finden vor dem Rat der der Pfalz befreundeten Stadt Speyer statt, also wieder auf neutralem Boden, die dritte im Rathaus zu Ladenburg. Sie ist die ausführlichste und mag zuerst stehen.

Die Zeugen werden verhört durch den pfälzischen Vogt, Herrn Eberhard von Sickingen. Es sind zum Teil pfälzische Untertanen, zum Teil solche fremder Herrschaften, "die sinen gnaden unverbunden sind". Bei allen Zeugen erstreckt sich die Erinnerung auf einen langen Zeitraum, auf 30—60 Jahre, und dies wird stark betont wegen des alten Herkommens. Es geht darum, ob der Zoll bei Ketsch eine alte oder eine neue Einrichtung ist, und in letzterem Falle, wann er eingerichtet wurde. Zwei Wieblinger sagen im Auftrag ihrer Gemeinde: es habe vormals nie Zoll zu Ketsch gegeben, sondern dieser sei zur Zeit Herzog Ludwigs III. vor 16—18 Jahren aufgerichtet worden.⁷⁷ Vor dieser Zeit haben die Zeugen, meist Handelsleute und Fischer, niemals Zoll bezahlt. Es folgen noch

^{75.} Cop. 876, Blatt 143-148.

^{76.} Vgl. Kolbwald, 1445, 1447, 1467 und Oppenheim-Nierstein, 1451.

^{77. &}quot;By hertzog Ludwigen" kann nicht heißen "durch", sondern "in der Zeit von" Herzog Ludwig.

Vertreter der Gemeinden Edingen, Seckenheim, Eppelheim, Plankstadt, Brühl, Ketsch, die beiden letzteren Untertanen des Bischofs von Speyer, von Weinheim und anderen Dörfern. Alle Aussagen stimmen darin überein: bis vor 16-18 Jahren habe es keinen Zoll gegeben; bald nach der Teilung von 1410 sei er aber errichtet worden und bestünde noch heute. Wer ihn errichtet habe, wird mit keinem Wort gesagt; es ist die rein feststellende Bezeugung eines Vorganges.

Die zweite Kundschaft ist von Speyer vom 18. November 1442. Der Rat der Stadt stellt nun auf der anderen Seite des Rheins auf Wunsch des Kurfürsten ein Zeugenverhör an, das natürlich auch im eigenen Interesse lag, auf daß "durch die wahrheit das recht gefurdert werde". Die Zeugen sind Ketscher Fischer, ein Apotheker und ein Kürschner. Der Durchschnitt der Aussagen ergibt hier, daß der Zoll vor 20-22 Jahren errichtet worden sei, was der Wahrheit näher kommen dürfte. Nachdem das Land geteilt worden war, "da wurd Wehrsauwe, Rutlingen und der zoll unserem Herrn Herzog Otten", sagt einer. Hier wird nun also ein Name genannt und gesagt, bei der Teilung habe Herzog Otto Wersau, Reilingen und den dortigen Zoll bekommen. Wer aber den Zoll zu Ketsch errichtet hat, hören wir auch hier nicht.

Ein drittes Verhör wird am selben Tag ebenfalls in Speyer vorgenommen. Die einmütige Aussage auch dieser neuen Zeugen lautet, daß es früher keinen Zoll zu Ketsch gegeben habe, daß er aber seit etwa 1422 erhoben werde.

Übereinstimmendes Ergebnis sämtlicher Aussagen ist also: der Zoll bei Ketsch ist eine neue Einrichtung, er entspricht nicht dem alten Herkommen, und das ist im Sprachgebrauch der Weistümer gleichbedeutend mit: er ist widerrechtlich. Wer ihn errichtet und dadurch den Durchgangsverkehr Heidelberg-Speyer fast gesperrt hat, geht aus den Weisungen selbst nicht eindeutig hervor. Man könnte vermuten, es sei der Bischof von Speyer gewesen, dem das Dorf Ketsch gehörte.78 Dem steht aber schon entgegen, daß zwei Verhöre in Speyer stattfinden, und daß als einziger Name in den drei Weistümern nicht der des Bischofs von Speyer, sondern der des

^{78.} Diese Meinung wird von E. Seyfried in seiner "Heimatgeschichte des Amtsbezirks Schwetzingen", S. 295 f., vertreten.

Herzogs Otto genannt wird. Und er ist es tatsächlich gewesen, der den Zoll errichtet hat. Da der Zoll der kurpfälzischen Regierung und ihren Untertanen, die mit Speyer Handel trieben, gleichermaßen lästig war, so ergab sich wieder einmal eine Gemeinsamkeit der Belange gegenüber einer fremden Herrschaft, die sich in der bereitwilligen Weisung der Untertanen nach dem Wunsche der Regierung ausdrückte. Am 28. August 1442 beschlossen die Parteien, den Bischof von Worms zum Schiedsrichter über schwebende Streitfragen einzusetzen. Am 18. November 1442 wurden die drei Kundschaften eingeholt, und am 22. November⁷⁹ entscheidet der Bischof von Worms über "spenn und irrungen" zwischen Kurpfalz und Mosbach, "item als von unsers gnedigen hern hertzog Otten wegen zu Ketsche von unsers gnedigen hern herzog Ludwigs armenluten und hintersessen zolle gefordert und uffgehaben und genomen worden ist". Also wieder ein Fall von engstem Zusammenhang zwischen Weistum und Entscheid, von Einfügung der Weistümer in das System der Territorialpolitik. Ganz offensichtlich sind hier die Weistümer veranlaßt, um dem Schiedsrichter für seine Entscheidung möglichst umfassendes und beweiskräftiges Material unterbreiten zu können.

Schon vier Tage später fällt die Entscheidung, im wesentlichen zu Gunsten der Kurpfalz. Nach diesem Schiedsspruch hat Mosbach seit der Teilung 1410 die Kellerei Wersau im Besitz und hat das Recht, in Reilingen einen Zoll nach Speyer zu erheben. Ein Zwang, den Weg nach Speyer über Reilingen zu nehmen, bestand jedoch für die Dörfer rechts der Straße Heidelberg-Speyer nicht. Und in Ketsch soll in Zukunft für pfälzische Untertanen, die eigenes Gut vorbeiführen, kein Zoll erhoben werden. Der Zoll zu Reilingen entspricht also dem alten Herkommen und soll von Kurpfalz nicht behindert werden, der Zoll zu Ketsch dagegen ist eine widerrechtliche Neuerung und hat zu verschwinden. Wieder hat sich die Regierung in einem territorialen Streit mit Hilfe der genossenschaftlichen Weisung durchgesetzt. Übrigens war es beim Zoll zu Neckargemünd gerade umgekehrt. Hier hatte sich ihn Kurpfalz wider altes Herkommen angemaßt, und der Entscheid bestimmt hier,

^{79.} Cop. 895, Bl. 7-10.

^{80.} Vgl. die Aussage in der zweiten Kundschaft.

daß die mosbachischen Untertanen zollfrei sind. Von diesem Verstoß der pfälzischen Regierung gegen das alte Herkommen erfahren wir freilich aus den pfälzischen Weistümern nichts.

Die Kundschaften über Nutzungsrechte im pfalzgräflichen Hardtwald.

Auch einige andere Weistümer richten sich letzten Endes gegen Mosbach. Sie gelten der Feststellung des kurpfälzischen Eigentums an dem Hardtwald bei Schwetzingen. Und sie sind ein seltenes Beispiel für die praktische Bedeutung der Weistümer bis in die Gegenwart herein. Denn im Jahre 1921 gerieten die sieben Gemeinden, die an den Wald stoßen, Schwetzingen, Hockenheim, Oftersheim, Walldorf, Reilingen, St. Ilgen und Sandhausen mit dem badischen Staat in Streit über Nutzungsrechte im Hardtwald, und sie beauftragten den Freiburger Professor Hausrath mit der Ausarbeitung eines Gutachtens,⁸¹ das die Frage des Eigentums und der Nutzung durch geschichtliche Belege klärte. Unter diesen spielen unsere Kundschaften eine wichtige Rolle. Was enthalten sie?

1. 13. Juni 1442.82 Die Vernehmung findet durch den Heidelberger Vogt in Kirchheim statt. Zur Aussage geladen sind die nächsten Anstoßer des Waldes, jedoch keine mosbachischen von Reilingen oder Hockenheim. Die Aussage stellt fest, daß seit Menschengedenken der Wald dem Pfalzgrafen gehört habe, daß niemand ohne seine Erlaubnis Holz darin schlagen, kein Schäfer seine Schafe hineintreiben durfte. Vergehen in dem Hartwald wurden alle in Heidelberg abgeurteilt. Wenn Hockenheimer oder Reilinger Schäfer im Wald betroffen wurden, wurden sie hart und drastisch bestraft: "und hant auch gesaget, wann die forster die scheffer von Hockenheim und Rutlingen in der Hardt ergriffen, das sie des winters in dem snee nackend usgezogen und weynende und zitternde heim haben laufen lassen." Nur dürres Holz durfte gesammelt, kein Bauholz geholt werden. Das Eigentumsrecht des Kurfürsten an dem Wald wird noch durch viele Aussagen als altes Herkommen bezeichnet, die Übergriffe der Reilinger und Hockenheimer werden zurückgewiesen. Die Quelle gibt hier die bäuerliche

^{81.} Im Ortsarchiv von Hockenheim.

^{82.} Cop. 876, Bl. 141—143.

Aussage in ihrer ganzen, aus dem Leben schöpfenden Anschaulichkeit wieder. Es sind ganze Erzählungen in Rede und Gegenrede, die in das Protokoll aufgenommen werden, und an denen noch die Frische des mündlichen Berichtes haftet: "Als uff ein zyt by den 60 jaren und mehr hertzog Ruprecht der elter zu Swetzingen jagte, da begegnete ime ein forster, Henssel Mulwer genant, dem der obgenant hertzog Ruprecht ein frauwe, die er usser der heydenschaft bracht, zu der ee gegeben hatte ... Da fragete ine der obgenant unsser here, der hertzog, und sprach: "wo kompstu her?", antwurt er ime, er qweme usser der hardt. Da sprach unser herre: "wart zu, dass kein schoff in die hardt gee, anders ich henken dich und die scheffer."

In dem schon erwähnten Entscheid des Bischofs von Worms vom 22. November 1442 wurde, wohl auf Grund obiger Kundschaft, auch über den Hardtwald entschieden: die beiden mosbachischen Dörfer dürfen ihr Vieh außer Schafen in die Hardt treiben und dürres Holz dort holen, die Bannweide setzt Kurpfalz nach Belieben fest.

Im Jahre 1497, am 25. November, 83 als die Kellerei Wersauschon wieder kurpfälzisch war, bezeugen auch die Hockenheimer selber, daß ihre Nutzung am Hardtwald kein altes Recht, sondern eine pfalzgräfliche Gnade sei, und sie verpflichten sich jetzt für alle Zeit, nur so viel Holz zu holen, wie sie für den eigenen Bedarf brauchen. Hockenheim und Reilingen waren von nun an den anderen Hardtgemeinden gleichgestellt.

Der Hardtwald ist immer nur als pfälzischer Besitz belegt, er kam wohl unmittelbar von den Staufern an die Pfalzgrafen. 1410 bei der Teilung fiel der Wald an die Kurlinie, die Kellerei Wersau an Mosbach. 1442 und 1497 ist nur vom Kurfürsten als vom Eigentümer die Rede. Die Dörfer hatten nur Nutzung darin, diese war allerdings recht alt. Eine nachlässige Waldaufsicht führte dann zu einer Ausdehnung der Holznutzung durch die Gemeinden und zur Auffassung, daß die Hardt eigentlich ihre Allmend sei. Als dann der Staat die Zügel wieder straffer anzog, kam es zu Zusammenstößen, 1784 wurde dann die Nutzung zwischen den sieben Gemeinden und dem Staat durch eine ausführliche Ordnung geregelt; aber noch 1921 entstand ein Streit, der die endgültige Feststellung

^{83.} Cop. 881, Bl. 316-317.

brachte, daß der Wald dem Staat gehört und die Gemeinden nur

Nutzung darin haben.

Die Kundschaft von 1442, eines der lebendigsten Weistümer überhaupt, beschließt die Weistumspolitik gegenüber der mosbachischen Linie. Es gab zwar noch eine Kette von Streitigkeiten längs der Grenze, aber sie scheinen keinen Niederschlag in Weistümern gefunden zu haben. Es*sind auch keine Weistümer überliefert, die die Auseinandersetzung zwischen den beiden Linien von mosbachischer Seite beleuchten.

Wir besitzen nur einige Weistümer aus ihrem Gebiet, die anderen Zwecken dienstbar sind, zum Teil aus der Zeit der Spaltung, zum Teil aus der späteren kurpfälzischen Zeit. Die letzten sind für uns besonders wichtig, weil sie uns zu einem alten Gegner der pfälzischen Teritorialpolitik zurückführen werden, dem wir im Odenwald und an der Bergstraße begegneten, der aber auch im Amte Mosbach an die Pfalz grenzte: Kurmainz.

Die Mosbachischen Weistümer aus der Zeit der Spaltung können wir kurz abtun.⁸⁴ Da ist z. B. ein Weistum von 1475 überliefert, das in Reihen bei Sinsheim entstand und das in lebhafter Frage und Antwort, genau in der Art der pfälzischen Weistümer, die Gerechtsame der Herrschaft aufzählt. Im übrigen scheint aber die ottonische Linie keine rege Weistumspolitik getrieben zu haben, sowohl in der Zent Mosbach als in Eberbach gab es kein Zentweistum, und bei der Zent Eberbach wird in der genannten Quelle, Berain 5526, noch hinzugefügt, daß auch die Dörfer keine Weistümer hätten.

Nach dem Rückfall an Pfalz ändert sich das: man greift auch hier stärker auf die bäuerliche Weisung als Mittel zum Ausbau der Landeshoheit zurück, jedoch nicht mit demselben Nachdruck wie im Kerngebiet. Das Amt Mosbach blieb ein Außenbezirk, der nicht mehr so straff erfaßt wurde. Davon zeugen Berichte von pfälzischen Amtleuten, daß der mainzische Vogt und einige Adlige Erbhuldigungen verweigert und auch sonst die Zenthoheit und andere pfälzische Gerechtsame verletzt hätten, ohne daß man sie mit dem sonst üblichen Nachdruck wahrnahm. Auch die Tatsache zeugt davon, daß die Mosbacher Zent keine Reisfolge kannte. Immerhin

^{84.} Berain 5526.

lebte die Weistumspolitik nach 1499 auf, weil die Regierung die Zügel etwas straffer anzog. Die neu entstehenden Weisungen richten sich gegen den größten territorialen Nebenbuhler, gegen Kurmainz, einen Staat, der zwar ein sehr ausgedehntes, aber zersplittertes Gebiet umfaßte, der deshalb an allen möglichen Stellen an Kurpfalz grenzte, gegen ihre Geschlossenheit aber auf die Dauer im Nachteil blieb.

6. Weiterer Kampf gegen Kurmainz.

Wir haben die Auseinandersetzung zwischen beiden, wie sie sich in den Weistümern spiegelt, im Zuge der Maßnahme von 1430 an der Bergstraße und im Odenwald verfolgt. Jetzt im 16. Jahrhundert begegnen wir ihr noch einmal in kleinerem Maßstabe. Sie ist jedoch für unsere Fragestellung auch hier sehr ergiebig. Es ist eine ganz andere Stelle, das Amt Mosbach nach seinem Rückfall an die Kurlinie, wo noch einmal Spannungen in erdrückender Fülle entstehen. Auf diesem Boden geht es der Kurpfalz in erster Linie um Wahrnehmung eines Regals, das uns jetzt als wichtiger Bestandteil der Landeshoheit begegnet: des Geleitsrechtes, sterner um den Wildbann und um Schutz eigener Untertanen gegen fremde Zenthoheit.

Was zunächst das Geleite betrifft, so suchte der Staat durch dieses Recht weit über das eigene Territorium hinaus die Hauptverkehrsstraßen zu beherrschen und sich eine reiche Einnahmequelle zu verschaffen; denn er ließ sich das Schutzgeleite überall gut bezahlen. So hat die Pfalz sich das Geleit bis nach Hemsbach in einem Vertrag mit Mosbach 1427 gesichert. So läßt sie sich in einem Zeugenverhör vom 5. November 1540s in Mosbach das Geleitsrecht auf der Straße Heidelberg-Heilbronn bestätigen durch einen Zeugen, der 28 Jahre Geleitsmann gewesen war. Er gibt genau den Bereich der pfälzischen Geleite von Mosbach aus nach allen Seiten an, bis Speyer, Germersheim, Bruchsal, Wimpfen, und betont, in diesem Bereich sei das pfälzische Geleitsrecht immer anerkannt worden, und die Hälfte des Geleitslohnes habe immer der Staat bekommen. Eine Reihe weiterer Angaben über pfälzisches

^{85.} Im Streit um den Kolbwald spielte es schon eine Rolle.

^{86.} Berain 5526, Bl. 192.

Geleitsrecht zeigen, welche Bedeutung die Regierung diesem Regal beimaß und wie sie es möglichst weit auszudehnen strebte.

Der Wahrnehmung des Geleitsrechtes dienen auch manche linksrheinischen Weistümer, einige davon sind besonders lehrreich für die Weistumspolitik. Es geht in ihnen um das Geleite auf der Straße Oppenheim-Mainz, das zwischen Pfalz und Mainz umstritten ist. Zur Feststellung des alten Herkommens werden gleichzeitig an drei Orten große Kundschaften eingeholt, eine schöne Parallele zu den drei Kundschaften über den Zoll zu Ketsch. Da ist am 23. September 1451 ein Zeugenverhör⁸⁷ durch den pfälzischen Amtmann Philipp von Udenheim, der die stattliche Zahl von 40 Zeugen vernimmt. Diese sind "ungedrungen und unbezwungen", sie sprechen "von irem eigen frien willen". Genau wird wieder gesagt, wie weit sie zurückdenken können: ihre Erinnerung erstreckt sich auf 31-55 Jahre, und sie weisen, daß seit Menschengedenken der Amtmann von Oppenheim das Geleit nach Mainz gehabt habe. Es sei der Kurpfalz vom König Ruprecht verliehen worden. Diese Aussage wird mit den stärksten Eiden beschworen. Aber man läßt es nicht bei einer Weisung bewenden. Am 22. September 1451 werden in Nierstein und in Nackenheim, Orten, die an der Straße lagen, Zeugenverhöre mit genau demselben Ergebnis wie in Oppenheim angestellt, und 1454 werden in Nierstein die Aussagen nochmals bestätigt.88

Was uns diese vier Kundschaften nochmals zeigen können, ist die Folgerichtigkeit der pfälzischen Weistumspolitik, die den Gegner mit Belastungsmaterial zu erdrücken sucht. Man fragt eine lange Reihe von Zeugen, die betont unbeeinflußt sind, und stellt Erhebungen gleichzeitig an verschiedenen Orten an. Mehrere gleichlautende Weisungen sind ja immer beweiskräftiger als nur eine; wenn das Ergebnis übereinstimmt, wie das in Ketsch 1442 und im vorliegenden Falle 1451 ganz nach Wunsch geschieht, so ist die Wirkung umso durchschlagender. Mainz wird wohl entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen haben. Jedoch scheint es, als ob sich ihr Gegner auch in diesem Streitfall durchgesetzt habe; denn in

^{87.} Hess. Staatsarchiv, Akten Oppenheim; gedr. Franck: Geschichte v. Oppenheim 1859, S. 490 ff.

^{88.} Cop. 915, Bl. 113.

einem leider undatierten Auszug aus einem Schiedsspruch wird der pfälzische Anspruch auf das Geleite zwischen Oppenheim und Mainz bestätigt. So setzt die Pfalz also auch zur Wahrnehmung dieses wichtigen Regals die Weisung der Untertanen mit Erfolg ein.

Was die Zent politik in der Mosbacher Gegend betrifft, so können wir aus den vorhandenen Weistümern einen lehrreichen Vergleich ziehen zur Zentpolitik in den eigenen pfälzischen Zenten Reichartshausen und Neckargemünd. In der mainzischen Zent Mudau liegen vier Weiler, in denen der Pfalzgraf Dorfherr ist. Mainz ist als Zentherr genau so bestrebt, seine Stellung zur vollen Landeshoheit zu erweitern. Nun ist aber der Dorfherr nicht wie in der Stüber Zent ein adeliger Vogtsjunker, sondern selbst ein starker Landesherr, der nicht gewillt ist, seine Hintersassen der fremden Landeshoheit zufallen zu lassen. Während also die eigene Stellung als Zentherr anderswo mit Hilfe der Weisung als Sprungbrett zur Landeshoheit benutzt wird, setzt man nun hier dasselbe Mittel ein, um eben diese Entwicklung in einer fremden Zent zu verhindern. Wir sind diesem Grundsatz schon öfters begegnet und begegnen ihm ja auch hier nicht zum letzten Mal. Bei dem Streit um die Zent Mudau sind wir wieder in der Lage, das aus den Weistümern gewonnene, notwendig einseitige Bild durch andere Quellen zu runden und von der anderen Seite zu sehen. Erblickten wir die Weistümer früher in engem Zusammenhang mit Verträgen und Schiedssprüchen, so tauchen sie diesmal in den Akten als Belege von gegenseitig ausgetauschten Beschwerden auf, ohne daß wir erfahren, wer nun eigentlich Recht mit seinen Vorwürfen hatte. Leider sind diese Weistümer nie genau zu datieren. In einer großen Kundschaft in Mosbach Anfang des 16. Jahrhunderts89 sagen pfälzische Leibeigene, die zur mainzischen Zent Mudau gehören, aus, daß Mainz als Zentherr übertrieben hohe Frondienstleistungen von ihnen verlange, "us keiner gerechtigkeit, sondern us gewaltsamem betrang". Diese Aussage wird von 11 Zeugen gemacht, altes Herkommen also gegen die Ausdehnung der Zenthoheit ins Feld geführt. Zwei andere Weistümer aus derselben Zeit90 haben ebenfalls die Stellung der vier pfälzischen Weiler in der mainzischen

^{89.} Cop. 884, Bl. 80-89.

^{90.} Cop. 886, Bl. 66 und 68 ff.

Zent Mudau zum Gegenstand und lauten ähnlich. "In gemelten 6 oder 7 jaren sei ein neu buchlin und schrift gefasst und uffgericht, in dem die pflicht und anders mug weiter ussgebrait sein, dann wie von alter herkomen." Die pfälzischen Amtleute hätten den Weilern verboten, Reisfolge in der Zent zu leisten. Man stützt sich also auf die eigene Grund- und Leibesherrschaft gegen die fremde Zenthoheit. Besitzt man eigene Zenthoheit, so sucht man die fremde Grundherrschaft auszuhöhlen. Auf solchen Weistümern fußend setzt die Pfalz vielgliedrige Beschwerden gegen Mainz auf. Hauptgegenstand dieser Beschwerden ist die Ausdehnung der mainzischen Zenthoheit, dagegen verlangt man, daß die vier Weiler ihre Zentrechte, vor allem wohl Allmendsnutzung, voll genießen dürften. Die in scharfem Ton gehaltenen mainzischen Antworten bestreiten die Berechtigung der pfälzischen Beschwerde, berufen sich auf die alten mainzischen Zentrechte und stellen alles als in Einklang mit dem alten Herkommen dar.91 Sie beschweren sich ihrerseits, daß die Pfalz in den vier Weilern die Zenthoheit untergrabe, indem sie zur Verweigerung der Reisfolge aufstachele. Es war eben eine Sache, bei der am Ende die Macht entschied, die den rechtlich mehr oder weniger begründeten, durch die Untertanenaussage bekräftigten Anspruch durchzusetzen vermochte. Diese Macht war meistens auf pfälzischer Seite. Beide Regierungen sahen später auch ein, daß sie auf diesem Wege auf die Dauer nicht durchkommen konnten und tauschten im 17. Jahrhundert Leibeigene und Gebiete aus.

Andere, inhaltlich minder wichtige, in der Art der Weisung aber lebendigere und unmittelbarere Weistümer dieser Gegend dienen der Wahrnehmung von Jagd- und Fischereirechten gegen Übergriffe des Nachbarn, die jedesmal als Neuerung und als dem alten Herkommen zuwider hingestellt werden, z. B. Kundschaft in Mosbach über strittigen Wildbann im Wald bei Balsbach. 14 Zeugen sagen aus, zur Zeit Herzog Ottos IV., vor etwa 26 Jahren, habe Mainz sich unrechtmäßig Jagdrechte angemaßt. Seine Wildhäge seien aber immer wieder von den pfälzischen Förstern zerhauen worden. Die Aussage variiert nur leicht, aber doch so, daß

^{91.} Cop. 886, Bl. 61.

^{92.} Cop. 884, Bl. 90-100.

man merkt, jeder Zeuge gibt seine eigene Beobachtung wieder und plappert nicht einfach den anderen nach. Natürlich sind es wieder Leute, die die Gegend seit langem kennen, und sie sind sich darin einig, seit Menschengedenken nur von pfälzischem Wildbann gehört zu haben. Ähnlich ist es mit Fischereirechten. Bis Weinsberg und Hohenlohe ziehen sich die Streitigkeiten hin um Fischerei, Geleite, Leibeigene. Wir kennen noch eine Fülle von Beschwerden, die sich auf Kundschaften stützen, diese selbst aber sind nicht erhalten. Die genannten genügen aber auch, um die wesentlichen, immer wiederkehrenden Züge der Weistumspolitik und der Haltung der Untertanen zu ihr aufzuzeigen. Die abweichende Auffassung von Zenthoheit, je nachdem ob es sich um die eigene oder um eine fremde handelt, konnten wir schon verschiedentlich beobachten. Wir haben den Ausbau der eigenen Zentherrschaft in den Zenten Schriesheim, Reichartshausen und Neckargemünd verfolgt. Wir haben umgekehrt bei den Zenten Landberg und Mudau gesehen, wie die Pfalz mit Hilfe der Weisung fremde Zenthoheiten zu schwächen sucht, wir wenden uns nun dem letzten und klarsten Falle für diese Art von Weistumspolitik zu. Die Pfalz dringt hier in fremde Hoheiten ein, indem sie geschickt Gegensätze zwischen Herrschaft und Genossenschaft aufgreift und die Untertanen gegen ihre Herrschaft auszuspielen sucht. Wenn Untertanen und Herrschaft jedoch zusammenhalten, so scheitert dieser Versuch. Zum Schluß wird uns dann die Zent Kirchheim, die uns an sich am wenigsten politische Weistümer überliefert, noch zwei neue Züge zu dem Bild liefern.

Bei der Weistumsfamilie von 1430 mußten wir die Feststellung machen, daß die Herrschaftsverhältnisse sich im Odenwald am stärksten überschneiden. Die damaligen Weistümer hatten der Umgrenzung der pfälzischen Zentherrschaft in zwei Zenten gegolten, bei denen wir aber keine weiteren Entwicklungslinien ziehen konnten. Sie hatten ferner die pfälzische Hoheit gegen den mainzischen Nachbarn wahrgenommen. Streitigkeiten mit einer anderen Odenwaldherrschaft, dem Grafen von Katzenellenbogen, sind nicht überliefert. Einmal war aber auch damals schon der Name des dritten Angrenzers im Odenwald gefallen: im Wildbannweistum von Waldmichelbach 1430 waren Ansprüche von Erbach auf das Jagdrecht zurückgewiesen worden.

7. Front gegen die Grafen von Erbach.

Als 1462 das Amt Starkenburg von Mainz an die Pfalz abgetreten wurde, wurden auch die Weistümer in diesem Gebiete in den Dienst der pfälzischen Politik gestellt. Man holt aber keine neuen mehr ein, sondern begnügt sich, die vorhandenen zu sammeln, die zum Teil schon Front gegen Erbach machen.93 In einigen Zenten des Odenwalds hat nicht der pfälzische Zentherr, sondern der Erbacher als Dorfherr die Reisfolge, eine Ausnahme, die uns zeigt, daß die Reisfolge nicht überall notwendig mit der Zenthoheit verbunden war. In einem Weistum von Hiltersklingen von 154691 werden erbachische Ansprüche als Verstoß gegen das alte Herkommen zurückgewiesen: "Die grävischen, so hie . . . guter haben, sein schuldig an meines herrn gericht zu gehen, sey bey irem gedenken also gehalten worden." Von einem starken Ausbau der Zentherrnstellung zeugen die Weistümer von Fürth und Mörlenbach, beide von 1545,95 Zentordnungen mit vielen Punkten, die aber in diesem Jahr nur erneuert werden, denn es wird gesagt: "Also ist dieses weisstumb von unseren forfaren uff uns kommen." Von einer Spannung ist nicht viel in ihnen zu merken, nur wollte Erbach in der Zent Mörlenbach für ein ihm gehöriges Dorf einen der 6 Zentfälle nicht anerkennen - es mag die Reisfolge gewesen sein -, hat sich aber dann gefügt.

Lebendig und spannungsreich wird die Auseinandersetzung jedoch erst in drei anderen Weistümern, die ganz deutlich Front gegen die Grafschaft Erbach machen. Ihr erstes, Siedelsbrunn 1442, gehört in den zeitlichen Zusammenhang des Regierungsantrittes Ludwigs IV. Es dient dem Zwecke, Angehörige der pfälzischen Zent Waldmichelbach gegen ihren Dorfherrn in Schutz zu nehmen. In den beiden folgenden Weistümern greift die Pfalz dann auf erbachisches Hoheitsgebiet selbst über.

Weistum von Siedelsbrunn i. Odenwald, 3. Januar 1442.90 Die Pfalz hatte dieses Dorf 1414 an Erbach verliehen, 1509

^{93.} Vgl. Amt Starkenburg bei der Sammlung von 1589.

^{94.} Cop. 882, Bl. 218.

^{95.} Cop. 882.

fiel es an sie zurück, 1442 war es also gerade erbachisch. Das Zeugenverhör findet in dem pfälzischen Hause zu Weinheim statt, die Zeugen sind Einwohner der um Siedelsbrunn liegenden Dörfer. Sie werden aufgefordert, Auskunft über die pfälzischen und erbachischen Rechte in dem Dorf zu geben, besonders über Fronverhältnisse. Und nun berichten die Zeugen von Fällen aus ihrer Erfahrung, die den Sachverhalt erhellen sollen: Erstens von einem Fall, wo man der Pfalz fronte, "ob von fruntschaft oder gebotes wegen wiss er nit", doch wird diese zweideutige Aussage vom Notar bei der Niederschrift eindeutig gewendet durch den Zusatz: "doch so daten sie das von unsers gnedigen herrn des pfaltzgraven ampt lut gebots wegen". Zweitens: dies wird durch einen anderen bestätigt: nicht aus Gefallen, sondern aus Pflicht wurde der Pfalz gefront. Drittens folgt eine lange Beschwerde dreier Zeugen über erbachische Übergriffe, die uns ein lebendiges Bild von einem Streit zwischen Herrschaft und Untertanen gibt, ein Bild, wie es natürlich aus dem rein pfälzischen Gebiet die Weistümer nicht überliefern. Wir beobachten besonders die Rolle, die die pfälzischen Amtleute in dem Streit spielen. Die Bauern erzählen: Früher sei man um Frondienst gebeten worden und habe Lohn dafür bekommen. Als Siedelsbrunn jedoch an Erbach kam, habe der Graf die Fron als sein Recht verlangt, auf Zuspruch des pfälzischen Amtmannes lehnten die Einwohner diese Forderung ab. Der Amtmann sagte den Erbachern im Auftrag des Pfalzgrafen: "Ir sollent sie by iren alten herkommen rechten blieben lassen." Dieser erste Versuch scheiterte also. Der Nachfolger des vorigen Grafen forderte aber wieder übermäßige Fron: "das sie ime mit wegen (Wagen) über Rine wyne zu holen fronen solten". Das lehnten die Siedelsbrunner abermals ab und verweigerten auch die Pfändung, durch die der Graf dann den Weintransport bezahlen wollte. Bei einem dritten Versuch machte Erbach Atzungsrechte geltend, indem es Jäger und Hunde in das Dorf legte, die die Bauern verpflegen mußten. Aber auch das wurde als Bruch des alten Herkommens, also als Unrecht betrachtet und führte zu einer Beschwerde beim Pfalzgrafen. Dieser trat als Hüter des alten Rechts und Schützer gegen Neuerungen auf und riet seinen Zentuntertanen, nur das zu leisten, was ihre Pflicht wäre. Er stellte sich streng auf den Rechtsboden und prangerte dadurch Erbach als Neuerer an. Diese

ganze Geschichte spielte sich unter dem Großvater des jetzigen Grafen, also vor einigen Jahrzehnten ab.

Man kehrt nun in die Gegenwart zurück und weist in Absatz 4, daß seit Menschengedenken der Pfalzgraf der oberste Zentherr sei, und daß er in dem Dorf Bede, Fastnachtshuhn und ungemessene Fron habe, "als dick als im not ist". Für Erbach bleibt also nur sehr wenig übrig.

Man gelangt in diesem Weistum nicht, wie es die Überschrift verspricht, zu einer klaren Abgrenzung der pfälzischen und erbachischen Rechte, sondern man weist einseitig nur erbachische Ansprüche auf Fron und Atzung zurück und räumt der Pfalz weite Rechte ein. Die pfälzische Politik greift nun in der Folge noch weiter, in erbachisches Hoheitsgebiet selbst hinein. 1457 versteht sie es auch hier, die Spannung zwischen Herrschaft und Untertanen zur Stärkung ihrer eigenen Stellung auszunutzen. Ein ähnlicher Versuch wird aber dann später 1487 abgewiesen. Es handelt sich um die beiden Weistümer der erbachischen Zent Beer felden.

Um ihren ziemlich verwickelten Inhalt zu verstehen, ist es nötig, das Verhältnis der Grafen von Erbach zur Kurpfalz kurz zu beleuchten. Auch dieses kleine Odenwaldterritorium strebte zur Landeshoheit mit ähnlichen Mitteln, mit Hilfe der Zentherrschaft vor allem, wenn auch nicht mit demselben Nachdruck und derselben Kraft. So konnten Zusammenstöße mit dem pfälzischen Nachbarn nicht ausbleiben, wenn auch das Verhältnis im ganzen freundlich und friedlich war.

Die Zent Beerfelden hatte Erbach aus dem Erbe des Klosters Lorsch schon 1050 übernommen. Es übte in dieser Zent unbestritten die hohe Gerichtsbarkeit aus, wie uns z. B. ein Zentweistum vom 1. Dezember 1450 zeigt, das ausschließlich erbachisch ist und den Grafen die Zentherrschaft weist, allerdings mit einem Zusatz, der in pfälzischen Zenten nie gemacht wurde: er hat das alte Herkommen zu achten. Von Mißhelligkeiten zwischen dem Grafen und dem Zentvolk ist hier noch keine Spur vorhanden. Beschwerden werden in solche herrschaftlich bestimmten Weistümer ja nur aufgenommen, wenn sie sich gegen fremde Herrschaften richten.

Trotzdem behauptet die Pfalz, gewisse Ansprüche auf die Zent

^{97.} gedruckt Simon, Urkundenbuch S. 264-65.

Beerfelden zu haben, deren Wahrnehmung die beiden folgenden Weistümer gelten. Wie erklären sich diese erstaunlichen Ansprüche in einer eindeutig fremden Zent? 1307 im Krieg zwischen Pfalz und Mainz um das Lorscher Erbe hatte Erbach auf erzbischöflicher Seite gestanden und war von einem pfälzischen Heer erobert worden. 1314 erhielt der Graf zwar von Ludwig dem Bayern die Grafschaft, also auch die Zent Beerfelden zurück, aber als pfälzisches Lehen.98 In Zukunft wird bei jedem Herrscher der Lehensbrief und der Lehenseid von Erbach erneuert; besonders im 14. Jahrhundert ist das sehr häufig, z. B. 135990 "Buwerfelden, das von der Pfalz wegen zu lehen ruret." 1366 und 1370: "Beerfelden, daz von uns zu lehen rure", 1385, 1388 usw. Am 24. Januar 1443 belehnt Kurfürst Ludwig IV. den Schenken Konrad IX. (1425-66) von Erbach wieder mit der Herrschaft Erbach unter Aufzählung aller Orte und Gerechtsame: "item Buerfelden ... und die zente und halssgerichte in den obgeschriben dorfern." Trotz diesen vielen Belehnungen war das Lehensverhältnis von Erbach zu Pfalz im 15. Jahrhundert nur noch eine Titelsache und verlor später auch diese Bedeutung. Der Graf von Erbach war tatsächlich souverän in seinem Gebiet; im folgenden Weistum wird jedoch noch auf das Lehensverhältnis abgehoben. Die Stellung des Schenken Konrad und seines Enkels Erasmus (1466-1503) zu den Pfalzgrafen war durchaus freundlich, was aber doch nicht hinderte, daß die pfälzischen Amtleute 1457 und 1487 Vorstöße unternahmen, indem sie gewisse alte Rechte der Pfalz in der Zent Beerfelden behaupteten:

- 1. Stellung des Zentgrafen, Glöckners und Büttels aus pfälzischen Untertanen;
- 2. Recht des Nachtlagers nebst Darreichung von Heu und Stroh. Um diese Rechte durchzusetzen und auf altes Herkommen zu gründen, benutzt man wieder die Weisung der Untertanen, da man weiß, daß sie auf ihre erbachische Herrschaft zur Zeit nicht gut zu sprechen sind und Schutz gegen sie suchen. Dies ist der Anlaß für das

^{98.} Simon S. 289.

^{99.} Simon, Urkundenbuch Nr. 64, 78 a, 82.

Zentweistum von Beerfelden vom 14. Juni 1457,100

das eine Parallele zu den Weistümern von Landberg 1430 und Mudau im 16. Jahrhundert darstellt, ein weiterer Beweis für die Stetigkeit der pfälzischen Politik in den Mitteln und im Ziel und für die Geschicklichkeit, mit der eigener Vorteil mit den Belangen der fremden Untertanen verflochten wird.

Die Weisung findet statt in Beerfelden in Gegenwart des Grafen von Erbach und der pfälzischen Vertreter, die von den Zentschöffen fordern, "das sie offenen und wisen solch hernach geschriben der Pfaltz gerechtikeyt und altherkomen", nämlich 1. legerhalm und hauwe (freies Nachtlager mit Stellung von Heu), 2. Stellung des Zentgrafen oder Glöckners aus pfälzischen Untertanen in der Zent. 3. Erbach soll Maße und Gewichte nicht verändern dürfen. 4. Beerfeldens Einwohner sollen "by iren alten herkomen ungehindert bliben". Der 1. und 2. Artikel vertreten also die eigene Sache, der 3. und 4. nehmen die Belange der Zentuntertanen wahr. Diese Forderungen sind ein Eingriff in fremde Hoheit, eine Störung der vollen Zenthoheit Erbachs unter dem Vorwand, die Zentgenossen beim alten Herkommen zu erhalten. Da diese des Schutzes bedürfen, verstehen sie sich zur Weisung über die vier Fragen. Dem widerspricht aber der Graf von Erbach mit der Begründung: er sei oberster Zentherr, und eine Weisung dieser Art sei nie geschehen, sei auch nicht notwendig, "dan Buerfelden und die zent were der Pfaltze eigentum und sin lehen". Das sagt er, obwohl er tatsächlich nicht mehr Lehensmann der Pfalz, sondern freier Landesherr war. Es ist gewissermaßen ein Kniff von ihm, um das pfälzische Eindringen in sein Gebiet abzuwehren. Er will seinen Lehensherrn jederzeit gastlich in sein Schloß aufnehmen und sein Lehensverhältnis theoretisch anerkennen, Rechte im einzelnen will er ihm aber nicht zugestehen. Eben die Feststellung von Einzelrechten erstrebt aber der pfälzische Vertreter und hält sich deshalb auch nicht an das Argument des Grafen, sondern an die bestehenden Tatsachen. Er stellt fest, daß die obigen Rechte in letzter Zeit von der Gegenseite angezweifelt worden seien und fordert aufs Neue die Zentschöffen zur Weisung auf, "besunder die wiele solchs nu

^{100.} Cop. 881, Bl. 166-169.

zu dem vierten Mal an der zent gefordert were". Also geschah die Bestandsaufnahme auch hier nicht zum erstenmal, vielleicht ist 1430 auch hier schon eine Weisung über die pfälzischen Rechte geschehen, jedenfalls wurde sie schon verschiedentlich wiederholt. Nun gibt auch der Graf seine Zustimmung, die Schöffen beraten, dann spricht der Obmann die Weisung. 1. Erbach sei Zentherr, habe den Wildbann in der Zent, solle aber die Untertanen bei ihrem alten Herkommen belassen.101 Die Stellung der Grafen ist also nicht so stark wie die der Kurfürsten in ihren Zenten. 2. Das Nachtlager wird als altes pfälzisches Recht anerkannt. 3. Zentgraf usw. braucht nicht unbedingt ein pfälzischer Untertan zu sein, Erbach hat ihn aus drei vorgeschlagenen Kandidaten nach der Tüchtigkeit zu bestimmen mit Einwilligung der Zent. In Artikel 3 entspricht man also nicht ganz der pfälzischen Forderung. Im übrigen werden erbachische Verstöße gegen das alte Herkommen scharf zurückgewiesen, z. B. die Ummauerung Beerfeldens, die Änderung von Maß und Gewicht, die ja in der Zeit vor dem Bauernkrieg und in ihm eine große Rolle spielt. Die Pfalz wird um Schutz des alten Rechtes der Bauern gebeten und gewährt ihn bereitwillig. Bezeichnenderweise wird nichts darüber gesagt, wie sich der Graf zu diesen Vorwürfen äußerte, die Weisung wird auf Wunsch des pfälzischen Vertreters zu Protokoll genommen.

1457 hat also der Pfalzgraf das Recht des Nachtlagers bestätigt bekommen, das Recht, die wichtigsten Zentämter mit eigenen Untertanen, die er in der Zent Beerfelden hatte, zu besetzen, wurde ihm jedoch nicht unmittelbar zugesprochen. Immerhin hatte er sich in dem Streit zwischen dem Grafen von Erbach und den Beerfeldener Zentgenossen auf deren Seite gestellt und die Hoheit der fremden Herrschaft dadurch geschwächt. 30 Jahre später wird dieses Weistum erneuert:

Zentweistum von Beerfelden vom 16. Juli 1487.¹⁰²

Dies Weistum fällt durch eine merkwürdig verschrobene und schwerfällige Sprache auf, deren Sinn oft kaum deutlich wird; doch geht man nicht fehl, wenn man in ihm einen Mißerfolg der sonst so

^{101.} Vgl. das Beerfeldener Zentweistum von 1450.

^{102.} Cop. 876, Bl. 50-55.

oft erfolgreichen pfälzischen Weistumspolitik sieht. Sie wird auch sonst wohl hie und da Schlappen haben einstecken müssen; aber die Akten ihrer Kanzlei überliefern uns fast nur diesen Fall eines offensichtlichen Scheiterns.

Wieder erscheinen pfälzische Vertreter im Zuge einer großen Bestandsaufnahme, wie sie selbst sagen, auf der Sitzung der Zent Beerfelden, auf der der Graf Erasmus von Erbach anwesend ist, und wieder fordern sie auf, die alten pfälzischen Rechte zu weisen, nämlich: 1. Legerhalm und Heuwe, 2. Stellung des Zentgrafen, Glöckners und Büttels, Überwachung der Maße und Gewichte. Es wird also genau dasselbe gefordert wie vor 30 Jahren, obwohl die Forderung auf Besetzung der Zentämter schon damals nicht durchging. Nun aber wird deutlich, daß sich gegen 1457 manches geändert hat: die Zentschöffen nämlich zeigen nichts mehr von ihrer damaligen Bereitwilligkeit zur Weisung. Sie machen allerlei Ausflüchte, sie wissen nicht mehr, oder wollen nicht mehr wissen, um pfälzische Rechte und um den Inhalt der damaligen Weisung überhaupt. Sie lassen sich deshalb das Weistum ganz vorlesen, und nun verlangt der pfälzische Vertreter Stellungnahme dazu. Diese erfolgt aber immer noch nicht, sondern die Schöffen nehmen erst noch Rücksprache mit dem Zentvolk, um ihre Aussage auf breiteste Grundlage zu stellen. Sie legen dem pfälzischen Vertreter dann nahe, er solle selbst Zeugen für die damalige Weisung namhaft machen, auch sei das Instrument von 1457 nicht eindeutig, sie bäten um nochmalige Verlesung. Nachdem dies geschehen ist, bittet der pfälzische Vogt nochmals dringend um Weisung, und nach abermaliger Bedenkzeit rücken die Schöffen endlich mit ihrer Aussage heraus, die mager genug ausfällt: 1. wird wiederholt, daß Erbach oberster Zentherr sei und den Wildbann habe. Der damalige einschränkende Zusatz von der Bindung an das alte Herkommen wird nicht mehr gemacht. 2. wird bestätigt, daß der Pfalzgraf "den leger umb sin geld, den herrn und armenluten zu Buwerfelden on schaden, haben soll." Das ist alles, auf den 2. und 3. Teil der Forderung geht man überhaupt nicht ein. "Umb sin gelt" soll wohl heißen: gegen Bezahlung, und damit ist dieses Recht des Nachtlagers gar kein Recht mehr, sondern eine jedem zustehende Selbstverständlichkeit, und die ganze Weisung tut die Forderung des pfälzischen Vogtes ironisch ab. Von den 16 Schöffen erinnern sich nur zwei an die Weisung vor 30 Jahren und erkennen damit die pfälzischen Rechte an. Der pfälzische Amtmann ist denn auch sehr befremdet von dem Gehörten. Das zu weisen wäre nicht nötig gewesen, sagt er, "dan sollichs mynem hern wie obgemelt zu Nurenberg umb sin gelt auch gegont würde", Nachtlager gegen Bezahlung hat man auch anderswo. Er habe eine Bestätigung des alten Weistums erwartet, keinen verhüllten Widerruf. Die jetzige wolle er dem Kurfürsten mitteilen und ihm anheimstellen, ob er "darby bliben wolt oder nit", ob er sich also mit dem Scheitern dieses Vorstoßes und mit der ungeteilten Zentherrschaft Erbachs abfinden wolle oder nicht. Hier also, wo die Weisung nicht nach dem Wunsch der Regierung ausfällt, deutet man von ihrer Seite die Möglichkeit an, daß man sie nicht anerkennen könne, während man einer günstigen Weisung unbedingte Achtung zollt und hohen Wert verleiht.

Ergebnis dieses Vorganges in Beerfelden 1487 ist jedenfalls: es ist diesmal nicht geglückt, pfälzische Rechte in der Zent durch altes Herkommen zu stützen, wie das sonst so oft gelingt. Die Schöffen von 1487 erinnern sich nicht mehr an pfälzische Gerechtsame und deuten damit an, daß sie nicht althergebracht sein können. Denn über altes Herkommen wissen die Schöffen sonst sehr gut Bescheid, hier aber lassen sie sich vorher erst umständlich instruieren. Sie verhalten sich anders als ihre Väter von 1547, weil sie sich jetzt mit ihrem Zentherrn vertragen, und weil die Zent jetzt fest in erbachischer Hand ist. So stoßen die pfälzischen Vertreter auf eine geschlossene Front und erreichen nichts. Sie können die Untertanen nicht mehr gegen die Herrschaft ausspielen und müssen darauf verzichten, Einfluß auf die Zentherrschaft zu haben. Es ist anzunehmen, daß derlei Versuche nicht mehr erneuert wurden. Beerfelden blieb fortan unangefochten unter der erbachischen Landeshoheit.

Wir haben damit die Zeugen pfälzischer Weistumspolitik im Odenwald überschaut und wenden uns nun einem letzten Feld dieser Politik zu, auf dem ein neuer Gegner mit Hilfe der Weisung der Untertanen bekämpft wird.

8. Spuren einer Weistumspolitik in der Zent Kirchheim. Vordringen gegen das Bistum Speyer.

Aus der Zent Kirchheim sind nur Spuren von Weistümern

überliefert, die wir in die pfälzische Territorialgeschichte eingliedern können. Es gibt zwar eine gute Zahl von unpolitischen Dorfweistümern auch in ihrem Bereich, die von einem regen Leben in der Zent zeugen: 1490 ein großes Gerichtsweistum,103 und 1496 eine allseitige Erfassung der pfälzischen Rechte in ihren Dörfern. 104 Ein Zusammenhang der pfälzischen Zentpolitik wie in der Schriesheimer und Stüber Zent läßt sich hier keineswegs feststellen. Das erklärt sich sicher durch den Umstand, daß in der Zent Kirchheim die Gegner der pfälzischen Landeshoheit von vornherein schwächer waren als anderswo: der Adel im Zentgebiet selbst und der territoriale Nachbar, das Bistum Speyer, das rechts des Rheins das Dorf Ketsch ganz und Brühl zu zwei Dritteln besaß. Im Innern waren bald sämtliche Dörfer auch grundherrlich in pfälzischen Händen. 105 Auch war der Bischof von Speyer kein so starker Landesherr wie sein mainzischer Amtsbruder oder auch nur wie die Herzöge von Mosbach und die Grafen von Erbach. Zudem legte die Pfalz auf den Ausbau der Stellung Speyer gegenüber weniger Wert als auf ihre Ausdehnung entlang der Bergstraße und dem Neckar.

Wir betrachten zunächst die Spuren einer "inneren" Zentpolitik in Kirchheim, und dann die Weistümer, die von dem Angriff gegen den Bischof von Speyer zeugen. Was die inneren Vorgänge in der Zent angeht, so mußte schon bei der Weistumsfamilie von 1430 darauf verzichtet werden, die große Bestandsaufnahme auch in Kirchheim nachzuweisen. Wir haber lediglich eine kurze Zentweisung von 1468, die uns zeigt, wie in dieser Zeit überall die Aufgaben der Zent näher umschrieben wurden. 1467 hatte das Weistum der Sachsenheimer Zent einen Zusatz über Leibeigenschaft bekommen. 1479 wurde in der Neckargemünder Zent die Frage der Tragung der Zentkosten näher behandelt. Demselben Gegenstand gilt auch das ziemlich kurze Zentweistum von Kirchheim von 1468, 106 das sich auf einen Einzelfall beschränkt. Es trifft nur in

^{103.} Neckarauer Dorfbuch.

^{104.} Berain 3486.

^{105.} Vgl. Widder I, S. 151 und Berain 3485, wo es bei jedem Ort heißt: "item erkennen sy unsern gnedigsten hern pfaltzgrafen vor iren gerichts- und dorfsherrn", außer bei Neckarhausen, das Pfalz und Worms gemeinsam gehörte, und bei Kirchheim, wo das Kloster Schönau Dorfherr war.

^{106.} Cop. 880, Bl. 14.

einer gerichtlichen Frage eine Entscheidung, wir haben es auch als Ergänzung zu einem schon bestehenden umfassenden Zentweistum anzusehen.

Bedeutsamer für unsere Untersuchung ist das Bruchstück einer Weisung vom März 1466,107 das ohne Anfangs- und Schlußformel bloß die Frage des pfälzischen Vogtes und die Antwort der Kirchheimer Zentschöffen enthält, ohne daß wir genauer erfahren, um was es sich handelt. Der Vogt fragt, ob Leibeigene von Edelleuten Hauptrecht geben müßten. "Item wi hohe die edellut in iren dorfen zu gebieten han." Item ob mins hern gebot nit furgang han sollen vor allen anderen geboten". 1466 gab es also in der Zent Kirchheim noch fremdvogteiliche Dörfer, und die Weisung soll denselben Zweck erfüllen wie etwa in der Stüber Zent: Ausdehnung der Zenthoheit des Pfalzgrafen, Zurückdrängung der Rechte der Dorfherrn. Das Bedeutsame an diesem Bruchstück ist nun aber, daß die Weisung anders ausfällt, als wir es aus pfälzischen Zenten gewohnt sind. Die Schöffen bedenken sich nämlich bis zur nächsten Zentsitzung und weisen auf dieser dann nichts anderes als "die zent sy wyt und breit und vil dorf darin gelegen, da eins me gerechtikeit, freyheit und herkomen dann das ander haben mag, daby sie es auch verlyben (bleiben) lassen". Sie legen also das alte Herkommen nicht zu Gunsten des Zentherrn aus, sondern zu Gunsten der Dorfherren und ihrer Gerechtsame, die in den einzelnen Dörfern von altersher verschieden seien und es auch bleiben und nicht von einer übermächtigen Landeshoheit' eingeebnet werden sollten. So darf man den Inhalt der Weisung wohl auffassen und feststellen, daß es hier und in dieser Zeit nicht gelang, mit Hilfe des Zentvolkes gegen die Dorfherrn vorzustoßen.108

Läßt die sonst überall deutliche Bereitwilligkeit der Untertanen, die Belange der Herrschaft in den Weistümern zu umgrenzen, nach, ist ein Widerstand gegen den vordringenden Absolutismus festzustellen? Unsere Quellen sind zu kärglich, als daß wir diese Frage eindeutig beantworten könnten. Immerhin fällt auf, daß im selben Jahre 1466, am 16. Juli, auch in der Stüber Zent die Untertanen nicht mehr ganz so willig sind, herrschaftliche Rechte zu

^{107.} Cop. 880, Deckblatt.

^{108.} Daß es mit anderen Mitteln bald darauf glückte, zeigt die Restandsaufnahme von 1496.

weisen.109 Das Weistum von 1430 wird 1466 wieder verlesen, und die Schöffen werden gefragt, ob sie noch zu seinem Inhalt stehen. Sie bejahen das "ussgenommen der kerch halb hetten sie beschwernis und bäten umb gnade." Sie beschweren sich also wohl über zu starke Inanspruchnahme der Reispflicht, denn mit "kerch" sind die Zentwagen beim Zentaufgebot gemeint. Das alte Herkommen soll jedenfalls abgeändert werden, da es die Bauern bedrückt. Nun aber stellen sich die Amtleute auf den Boden des alten Herkommens, das zu Gunsten der Regierung spricht und antworten auf die Klage: sie selbst könnten nichts ablassen. Man möge sich an den Pfalzgrafen wenden, sie wollten jedenfalls "by alter wysung und herkomen verlyben (bleiben)". Wir haben hier der in der Überlieferung einzigartigen Fall, daß das alte Herkommen nicht zu Gunsten von Regierung und Untertanen gegen fremde Herrschaften ins Treffen geführt wird, sondern gegen die eigenen Untertanen, die eine Abänderung wünschen. Jedenfalls ist hier wie in Kirchheim ein gewisser Widerstand der Untertanen herauszuspüren, und das würde gut zu der Beobachtung passen, die man anderwärts an den Weistümern in zeitlicher Nähe des Bauernkrieges gemacht hat, daß sich in ihnen zunehmend ein Widerstand der bisher so willigen Untertanen rege; z. B. im Weistum von Sandhofen von 1496 vom 6. November, 110 wo die Weisung von 1476 erneuert wird unter Einflechtung einer Klage über zu harten Frondienst. Oder in der Weisung über pfälzische Rechte zu Heddesheim 1496,111 wo es heißt: "sy beclagen sich, sit das der Lorscher walt unsers gnedigsten hern worden und das Nüw Schloss ufgestanden, sie ine vil beschwerniss zugelegt, über alt herkumen zu fronen." Klagen und Beschwerden der Untertanen über ihre Herrschaft fanden wir ja auch in Siedelsbrunn 1442 und Beerfelden 1457. Solche Beschwerden können also in den Weistümern sehr wohl enthalten sein, aber die pfälzische Kanzlei sammelte und bewahrte im allgemeinen nur solche Weistümer auf, die Beschwerden gegen fremde Herrschaft enthielten, der pfälzischen Politik also dienlich waren. Die Spuren von Widerstand gegen die eigene Regierung, die hiermit

^{109.} Cop. 880, Bl. 13.

^{110.} Berain 3486, Bl. 33.

^{111.} Berain 3486.

aufgezählt sind, reichen nicht aus, um feste Schlüsse daraus zu ziehen.

Auch vom Streit mit dem Bistum Speyer um seine rechtsrheinischen Hoheiten in den Dörfern Ketsch und Brühl sind uns nur wenig Weistümer als Werkzeuge der pfälzischen Poltik überliefert, und zwar einige kurze Bemerkungen über Ketsch. Trotzdem können wir aus Brühler Ortsakten den Streit um dieses Dorf im 17. Jahrhundert sehr gut verfolgen und können einen lebhaften Eindruck gewinnen. Das Dorf Ketsch gehörte einwandfrei dem Bischof von Speyer und hatte sein Hochgericht auch dort und nicht bei der Zent Kirchheim. Noch 1408 bestätigt die Pfalz dem Bischof diesen Sachverhalt, sie genoß nur das Jagdrecht im Ketscher Wald. Dennoch stieß sie im 15. und bis ins 17. Jahrhundert in Ketsch vor und machte immer wieder den Versuch, auf einem Boden, wo sie eingestandenermaßen keine alten Rechte hatte, mit Hilfe der Weisung vorzudringen, einen Anspruch auf altes Herkommen zu stützen und aus dem Anspruch allmählich ein Recht zu machen. Mit welchem Erfolg, ist aus den paar Bemerkungen der Weisungen nicht zu sehen, immerhin gelang es anscheinend, den Anspruch auf hohe Gerichtsbarkeit zeitenweise durchzusetzen, was wir aus Beschwerden des Domkapitels wissen. 1476 im Heidelberger Pfand- und Zinsbuch heißt es bei Ketsch: "Item so wysen und erkennen unsern hern pfaltzgrafen vor iren hern, und was lip, leben und mortgeschrey antrifft, das hat syn gnade zu strafen, als das vor etlich ziten auch also gewyset worden ist".112 1496 wird im Zuge der Bestandsaufnahme auch Ketsch erfaßt, und es heißt, "das sin gnad was lib und leben, ere glymph und mortgeschrey antrift, zu strofen hab". 113 Und noch 1656 wird diese Weisung wiederholt; sie ist aber doch wohl mit Vorsicht aufzunehmen.

Viel klarer zu überschauen und auch erfolgreicher ist der Kampf um das Dorf Brühl. Hier war der Boden von vornherein für die Pfalz gesicherter: das Dorf gehörte zunächst dem Kloster Maulbronn, ¾ davon sind seit 1329 beim Bischof von Speyer. Das restliche Viertel kam 1423 in die Hände der Kurpfalz, die damit in der Nachbarschaft von Speyer festen Fuß faßte. Von da an ver-

^{112.} Berain 3484.

^{113.} Berain 3486.

lagert sich der Schwerpunkt mehr und mehr auf die Seite des mächtigeren weltlichen Territoriums. Nach dem Weistum von 1683114 setzten die beiden Herrschaften Schultheißen und Gericht gemeinsam ein, ließen sich zusammen huldigen und verteilten die Gefälle nach dem Verhältnis 3:1. Die Pfalz hatte sich auch schon die hohe Gerichtsbarkeit über das Dorf, die Leibherrschaft und das Geleitsrecht in die Hand gespielt, ohne daß uns die Quellen sagen, auf welche Weise dies geschah. Beim Einsetzen der Überlieferung gehört Brühl jedenfalls hochgerichtlich zur Zent Kirchheim, und im 17. Jahrhundert versteht es die Pfalz, auch die Niedergerichtsbarkeit und die Gefälle durch rasches Zupacken ihrer Amtsleute mehr und mehr an sich zu ziehen, bis im Jahre 1709 schließlich der Ort von Spever abgetreten und dem pfälzischen Territorium völlig einverleibt wird. Aber gerade die Tatsache des Kondominats verleiht diesen späten Weistümern ihre Spannung und ihr politisches Gepräge. Die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts zeigt auf beiden Seiten eine erhöhte Gefechtstätigkeit, und die Brühler Ortsakten überliefern uns eine Unzahl von Klagen, Beschuldigungen und Verfügungen auf beiden Seiten. Der Streit ginge uns hier nichts an, wenn Speyer in den letzten hundert Jahren nicht auch die Weisung der Untertanen in zahlreichen Kundschaften eingesetzt hätte. Diese Weistümer spiegeln den Streit aufs lebendigste. Brühler Einwohner sagen in ihnen, von speyerischen Amtleuten befragt, über strittige Rechtsfälle aus eigener Erfahrung aus und geben die Meinung des Volkes über den Streit der Herrschaften. Aber diese Weistümer würden nichts Besonderes mehr bieten, wenn sie nicht noch einen ganz neuen und eigenartigen Zug enthielten: Die religiösen Auseinandersetzungen des 17. Jahrhunderts, die Vorstöße und Rückschläge der Reformation finden nämlich in ihnen einen Niederschlag, am lebendigsten in einer Kundschaft von 1652. Sie hat Vorgänge aus dem Jahre 1615, aus der gewitterschwülen Zeit vor Ausbruch des Glaubenskrieges, zum Gegenstand, als unter Kurfürst Friedrich V. versucht wurde, das Dorf Brühl, das man politisch auf dem Weg über die Zenthoheit mehr und mehr zum eigenen Territorium herüberzog, nun auch kirchlich von Speyer zu lösen und zu reformieren. Brühl war bis dahin katholisch und

^{114.} G.L.A. Akten Brühl, Landeshoheit, 2.

Filial der speyerischen Pfarrei Ketsch gewesen. Der Reformationsversuch geschah in den drastischen Formen der Zeit, und die Kundschaft berichtet darüber sehr anschaulich:115 "Aber nach wegführung dess pfarrherns hat Churpfaltz den leuten daselbsten zu Brühel mit grosem ernst auferlegt, in ire kirch nacher Schwetzingen zu gehen, wonit, so wollen sie sie sowohl als denn pfarherrn gefänglich an nemmen. Gleichwohl haben sich die leut desswegen nicht schrecken lassen, ire catholische kirch zu Ketsch und nicht die calvinische kirch zu Schwetzingen besucht. So aber die Churpfaltz gesehen, dass die leut zu Brühel nit gehorsam sich erzeigen, seind sie zugefahren, mit dem ausschuss dahinkomen, die kirch aufgeschlagen, aussgeblündert, daz geringste nit darin gelassen, sonder alles nach Schwetzingen geführt, förderist des Herrn sacramenthäusslin aufgeschlagen, den kelch sambt dem cibori genommen, zum spott erst auf der gassen dem schultheissen daselbsten auss dem kelch einen trunk angeboten." Diese Aussage war natürlich für Speyer wichtiges Belastungsmaterial, und darum wird noch 1683 in einem Bruchsaler Amtmannsbericht auf dieses Weistum von 1652 angespielt. 1622 kam ein Rückschlag, als Tilly den Pfalzgrafen vertrieb, aber bald nach dem Westfälischen Frieden wurden die Reformierungsversuche erneuert und zum Erfolg geführt, worüber uns auch noch einige Weistümer Aufschluß geben. Die Forderung auf den kleinen Zehnten wird unter Protest der Einwohner durchgesetzt, ebenso das Patronatsrecht, "auch ist man diesseits das jus patronatus zu exercieren allein berechtiget" (1698). "So viel aber die pfarr belangt, hat Churpfaltz allein" (1683). Der Pfarrer von Schwetzingen kam monatlich einmal zur Predigt, doch scheint er darin zeitenweise säumig gewesen zu sein; denn 1688 sagt ein Weistum, der Pfarrer lasse sich seit 4 Jahren nur noch zur Einforderung des kleinen Zehenten in Brühl sehen. Es wurde auch nie die ganze Gemeinde reformiert, wie uns ein Schultheißenbericht 1698 sagt: "seind altar acht hausstett, so catholisch, überige alle lutherisch, ausserhalb einen mann allein, so calvinisch."

Die Brühler Weistümer bringen also als letzten Zug zu dem Bild von der Weisung hinzu, daß sie auch im religiösen Streit als Waffe eingesetzt werden konnte. Sie begleiten den ganzen Verlauf

^{115.} G.L.A. Akten Brühl, Landeshoheit, 2.

der Auseinandersetzung mit ihrer Aussage und verraten deutlich die Haltung der Untertanen. Sie sind die letzten Vertreter der politischen Weistümer, und die Kundschaft von 1652 mit ihren Anhängseln bis 1698 ist auch zeitlich die letzte, die im Rahmen der Untersuchung heranzuziehen war. Noch manche Weistümer aus den Teilen links des Rheins, aus dem Amte Umstadt-Otzberg im nördlichen Odenwald, sogar aus der Weinsberger Gegend sind uns erhalten. Aber sie bereichern das Bild nicht mehr durch neue Züge. Wir haben ihm vielmehr jetzt, soweit es die Überlieferung zuläßt, die bezeichnenden Züge abgewonnen und haben nun noch die Aufgabe, an den Einzelbeispielen, die unter sich doch weit abweichen, und von denen jedes einen neuen Zug beiträgt, das Allgemeine und Grundsätzliche abzulesen, ein kurzes Gesamtbild zu entwerfen von der kurpfälzischen Weistumspolitik als Träger der Handlung und von der Haltung der Untertanen als ihrem lebendigen Werkzeug.

III. Ergebnisse.

1. Die pfälzische Weistumspolitik.

Alle Bestrebungen der pfälzischen Regierung, die in den Wefstümern so mannigfach zum Ausdruck kommen, an so verschiedenen Orten und in einem Zeitraum von zwei Jahrhunderten, dienen überall und immer einem Ziele: Der Wahrnehmung und dem Ausbau der Landeshoheit des pfälzischen Territoriums. Man hat dieses Ziel auf vielen Wegen zu erreichen versucht, einen dieser Wege hat diese Untersuchung verfolgt: Den, der mit Hilfe der Untertanen in den althergebrachten Formen der genossenschaftlichen Weisung der Stärkung der Zentralgewalt dienen sollte und auch gedient hat.

Die Regierung als Träger dieser Politik und die Untertanen als ihr Werkzeug sind die beiden Gruppen, die uns in den Weistümern handelnd entgegentraten.

Fragen wir uns zuerst nach der Stellung der pfälzischen Regierung bei diesem Werk. Wer ist der Träger ihrer Politik, welches ist das Ziel, was wurde erreicht und vor allem, wie wurde es erreicht?

Sucht man den Träger der Weistumspolitik, die Macht, die allenthalben ihre Vertreter bewog, Weistümer aufzustellen, zu erneuern und zu sammeln, die die Untertanen zusammenrief und befragte, die peinlich an allen Gefahrenpunkten die pfälzischen Rechte wahrnahm und die pfälzischen Ansprüche vortrug, so wird man sich hüten müssen, allzuviel persönliche Wirkung und Tätigkeit der Pfalzgrafen selbst darin zu suchen, so sehr eine Verbindung von menschlichen Zügen der Herrscherpersönlichkeiten mit dieser Politik das Bild beleben würde. Denn die ganze Politik, wie sie sich in den Weistümern spiegelt, ist doch territoriale Kleinarbeit, die mühsam und unter Rückschlägen, aber zäh und planmäßig geschieht. Das Augenmerk der Herrscher selbst war doch meist auf

andere Dinge, auf die Reichspolitik, auf kriegerische Auseinandersetzungen, auf kirchliche und kulturelle Fragen gerichtet. Wir haben überhaupt nur einen Beleg dafür, daß ein Herrscher selbst in die Weistumspolitik eingreift, als nämlich 1589 der Kurfürst Johann Casimir den Befehl zur Bestandsaufnahme gibt und dabei der Bedeutung der Weistümer eigens gedenkt. Und nur noch in einem anderen Fall liegt wenigstens die Annahme eines persönlichen Eingreifens nahe: als sich 1442, im Jahre, wo Ludwig IV. als junger, tatkräftiger Herrscher nach Jahren der vormundschaftlichen Regierung den Thron bestieg, auch die Weistümer häuften, die der schärferen Wahrnehmung pfälzischer Rechte dienen. Im übrigen muß man aber darauf verzichten, einen solchen Zusammenhang, überhaupt die Wirkung von Einzelpersönlichkeiten auf unsere Weistümer zu erkennen, und muß als Träger der Weistumspolitik nicht die Person des Landesherrn, sondern das Neutrum der pfälzischen Verwaltung schlechthin annehmen, die diese Kleinarbeit besorgte, ihre Amtleute hinausschickte, ihre Sammlungen und Verzeichnisse anlegte und nur in ganz seltenen, schwierigen Fällen die Entscheidung des Kurfürsten selbst bemühte. Die Stetigkeit ihrer Politik in Ziel und Mitteln ist auffallend und nicht an Personen gebunden.

Ihr Ziel ist immer der Ausbau der Landeshoheit gegen die Reste der mittelalterlichen Autonomie im Innern, in unserem Falle verkörpert im dorfherrlichen Adel, zu Gunsten eines allgemeinen Untertanenverbandes, noch mehr aber gegen andere, ebenfalls aufstrebende Territorien an den Grenzen. Dieses Ziel gab den im übrigen oft zusammenhanglosen, weit zerstreuten, aus ihrer örtlichen Umgebung gelösten Weistümern ihre Einheit, weil sie alle in seinem Dienste stehen. Die Landeshoheit ist ein Sammelbegriff und schließt in sich viele Bestandteile, deren Vollzähligkeit sie erst gültig macht. Nicht viele dieser Bestandteile werden in den Weistümern vergessen. Ihr wesentlicher ist auch in der Pfalz einwandfrei die hohe Gerichtsbarkeit, die Entscheidung über Leben und Tod, der Blutbann. Daher sind für uns die Zentweistümer auch weitaus am wichtigsten, deshalb richtet sich die älteste überlieferte Tätigkeit auf die Sicherstellung der Zentherrschaft, denn die Zenten sind die mittelalterlichen Hochgerichtsbezirke von oft beträchtlichem Umfang, und sie sind in der großen Buntheit der Gerichtsverhältnisse feste Punkte, öffentlich-rechtliche Bezirke über die privatrechtlichen Grenzen der Niedergerichte hinweg. Früher in den Händen der Genossenschaft, wurden sie überall dem Territorialstaat eingegliedert und wurden die wichtigsten Zellen für die Landeshoheit: Gewöhnlich wurde der Gerichtsherr, dem die Strafgerichtsbarkeit gehörte, Landesherr über dieses Gebiet.

Erst in zweiter Linie erfolgt dann die Wahrnehmung der Fülle von anderen Gerechtsamen, die, indem sie zur Hochgerichtsbarkeit hinzutreten, jenen Sammelbegriff ausmachen, den wir Landeshoheit nennen: der Heeresfolge, der Besteuerung, der Jagd-, Fischerei-, Zoll-, Geleits- und Münzregale. Auch von der Leibes- und Grundherrschaft suchte sich der Landesherr natürlich möglichst viel zu sichern,denn damit waren Fronen und Gefälle verbunden.

"Der Fortschritt des modernen Staates besteht darin, daß der Kreis der staatlichen Rechte schärfer formuliert, deutlicher ins Bewußtsein gebracht und erweitert wird", sagt Georg von Below.¹ Diese schärfere Formulierung und Erweiterung der staatlichen Rechte geschah also nun bis ins 17. Jahrhundert hinein sehr oft mit Hilfe der Aussagen der Untertanen, der Weisung.

Warum bediente man sich gerade dieses Mittels? Es allein war ja imstande, über bestehende Rechtsverhältnisse Klarheit zu schaffen, die Bereitwilligkeit der Untertanen einmal vorausgesetzt. Denn je weiter wir zurückgehen, desto seltener konnte sich der Staat bei umstrittenen Ansprüchen auf einen genau fixierten Rechtskodex stützen. Noch 1589 beklagt sich ja der Kurfürst, daß in seiner Kanzlei die Gerechtsame des Staates nicht genügend verzeichnet seien und befiehlt deshalb eine umfassende Aufnahme des Rechtsbestandes, immer noch durch Befragung der Untertanen.

Wieviel verschwommener und unklarer noch mag die Lage zu Beginn des 15. Jahrhunderts gewesen sein, als die Verwaltung begann, das im vorigen Jahrhundert Schritt für Schritt im großen erworbene Gebiet nun im kleinen zu erfassen und zu organisieren. Da gab es keine Landesvermessung, kein geschriebenes Recht. Da stieß sie immer wieder auf umstrittene Grenzen und Hoheiten und hatte zur Klärung und zum Beweise ihres Rechtes oftmals kein anderes Mittel als eben die Aussage der Bewohner des betreffenden

^{1. &}quot;Vom Mittelalter zur Neuzeit" S. 192.

Landstriches, die allein nach ihrer eigenen Erfahrung und nach der Überlieferung Auskunft geben konnten. Die Einrichtung der bäuerlichen Weisung war seit alters da zur Pflege des Gewohnheitsrechtes, zur Regelung der Fragen zwischen Herrschaft und Untertanen und der Genossenschaft unter sich. Wir untersuchen nicht den Ursprung dieser Weisung, sondern stellen nur ihr hohes Alter fest. Auch in der Pfalz war sie sicher lange vor dem Einsetzen der Überlieferung im Gebrauch.

Das Neue aber ist, daß der entstehende Territorialstaat die Bedeutung dieser Einrichtung für die Wahrnehmung und den Ausbau seiner Rechte schon gleich erkennt, die mündliche Weisung immer häufiger in schriftliche Urkunden verwandelt und die Weistümer, die früher nur örtliche Fragen rechtlichen und wirtschaftlichen Charakters lösten, nun zu politischen Werkzeugen macht, zu Urkunden, die in allen Hoheitsstreitigkeiten im Innern und nach außen als Basis von Verträgen und Schiedssprüchen, als Belastungsmaterial bei Beschwerden eine hervorragende, oft entscheidende Rolle spielen. Immer wieder griff man zum sichersten, oft einzigen Auskunftmittel der Weistümer zurück, bis man schließlich dann mit ihrer Hilfe die Landeshoheit überall durchgesetzt oder doch wenigstens den Rechtsbestand allseitig scharf umrissen und schriftlich festgelegt hatte. Als man sich gegen die anderen Mächte stark genug fühlte, wurde die bäuerliche Weisung überflüssig. Von da an schränkte man auch die genossenschaftliche Selbstverwaltung, die man bisher noch hatte gewähren lassen, ein. Vom 16. Jahrhundert an verlieren die Weistümer zunächst ihr politisches Gepräge und dienen auf dem Dorf der Regelung rein genossenschaftlicher Belange. Die Zenten verlieren ihren genossenschaftlichen Charakter und werden reine Verwaltungszentren des Staates, und im 18. Jahrhundert zieht der Polizeistaat auch die Regelung des dörflichen Lebens noch an sich: 1741 wird z. B. eine Dorfordnung von Hockenheim, die von den Einwohnern aufgestellt war, vom Amt für ungültig erklärt und eine neue einseitig von oben her erlassen.2

Bei den politischen Weistümern, die im Dienste des Ausbaues der Landeshoheit stehen, müssen wir eine Scheidung machen

^{2.} Ortsarchiv Hockenheim, Gerichtsprotokolle 1741.

zwischen solchen, die schon vorhanden waren und von der Kanzlei gesammelt wurden, und solchen, die eigens für einen besonderen Zweck neu aufgestellt wurden. Für die schon vor 1400 vorhandenen Weistümer ist es uns natürlich nicht mehr möglich, ihr Zustandekommen festzustellen. Es gibt z. B. sehr viele Dorfweistümer aus allen Teilen der Pfalz, die über die Stellung des Pfalzgrafen als Dorfherrn aussagen, aber kaum irgendwo zeigen sie diese Dorfherrschaft im Werden und verraten noch etwas von Dynamik im Verhältnis von Herrschaft und Untertanen. Sie werden zwar ab und zu erneuert und später gesammelt, aber hohe Bedeutung kommt ihnen nicht zu, da sie schon früh erstarrt sind, weil eben der Gegner fehlte.

Anders ist es schon bei den Zentweistümern. Ihre Entstehung erleben wir zwar auch nicht mit, aber Spannung und Leben behalten sie noch lange, weil in den Zenten oder an ihren Grenzen noch territoriale Gegner vorhanden sind, deren Bekämpfung die Weistümer dienen. Auch sie stehen aber nicht ausschließlich im Dienste der Territorialpolitik, sondern sie verbinden ihre politisch-kämpferische Seite mit der Regelung friedlicher örtlicher Belange gerichtlicher und wirtschaftlicher Art. Die ausgesprochensten Werkzeuge der Politik sind die "Kundschaften" des 15. und 16. Jahrhunderts, die Zeugenverhöre, die unmittelbar aus einer Auseinandersetzung geboren sind, die dem Gegeneinander von Kräften ihre Entstehung verdanken und die im vollen Lichte der Geschichte stehen. Sie atmen noch die ganze Lebendigkeit der mündlichen Aussage in Rede und Gegenrede. Sie dienen der Wahrnehmung von Regalien, besonders des Wildbannes, Zolles und Geleites, daneben auch der Grund- und Leibherrschaft. Für unsere Untersuchung waren sie am dankbarsten.

Zwei Herrschaften streiten sich um ein Recht. Sie rufen ein Schiedsgericht an. Dieses veranlaßt die Einholung von Aussagen der betroffenen Untertanen. Dies geschieht auf beiden Seiten, mit vielen Zeugen, oft gleichzeitig an verschiedenen Orten. Und diese Kundschaften sind dann die Grundlagen für den Schiedsspruch oder den Vertrag und geben in vielen Fällen den Ausschlag. Denn die Achtung vor der Richtigkeit der Aussage der Untertanen ist groß, wie etwa die Beispiele der Stüber Zent von 1416, des Landbergs von 1430, des Zolls zu Ketsch von 1442 und der Schriesheimer

Allmend von 1449 zeigen, wo überall der Schiedsspruch die Aussagen der Weistümer bestätigte. Allerdings zeigt uns das Beispiel von Beerfelden 1487, daß man eine wider Erwarten ungünstige Weisung wohl auch einmal anzweifelt und nicht unbedingt als Rechtsnorm anerkennt.

So konnten wir diese Kundschaften am besten nach Entstehung und Wirkung verfolgen und in den Gang der Territorialgeschichte einbetten. Sachlich wichtiger als sie, bei denen meist nur ein Recht in Frage steht, sind allerdings die Zentweistümer, die beim Einsetzen der Überlieferung meist schon vorliegen, in denen aber die pfälzische Stellung noch im Ausbau begriffen ist, und die dem Zentherrn neben der hohen Gerichtsbarkeit meist noch die Heeresfolge und oft eine ganze Fülle anderer Rechte weisen. Wie wir sahen, bestand ein Gutteil der pfälzischen Territorialpolitik darin, die Zentherrschaft auszudehnen gegenüber den starken Niedergerichtssprengeln innerhalb der Zent, die häufig noch in den Händen fremder Herrschaften waren. In den meisten Fällen glückte es der Pfalz, die Dörfer, die anfangs nur hochgerichtlich zur Zent gehörten, allmählich aufzusaugen und schließlich der Landeshoheit völlig unterzuordnen, so z. B. in der Stüber Zent, in der Schriesheimer Zent mit Hemsbach, in der Kirchheimer mit Brühl. Es gelang ihr dies mit Hilfe der Weisung der Untertanen, aber auch deshalb, weil ihr der Gegner an Macht unterlegen war und seinen vom pfälzischen Gebiet eingeschlossenen Besitz auf die Dauer nicht halten konnte. So benutzte die Pfalz geschickt den ursprünglich interterritorialen Charakter der Zenten, um ihr Gebiet abzurunden. Wir haben bei den Zenten Landberg und Mudau gesehen, daß auch andere Territorien, z. B. Mainz, denselben Weg einschlugen. Hier verteidigte aber die Pfalz weniger folgerichtig als zäh ihre Leibesund Grundherrschaft, konnte sie aber auf die Dauer auch nicht halten. Wenn eben die Gegner gleich stark waren, so kam man mit der gegenseitigen Zentpolitik bei gleichzeitigem Festhalten der Grund- und Leibesherrschaft nicht zum Ziel und entschloß sich schließlich, die Zent- und Territoriumsgrenzen reinlich zur Deckung zu bringen: wir kennen z. B. einen Vertrag zwischen Pfalz und Mainz von 1714, durch den die pfälzischen Orte aus der Landbergzent gelöst und gegen mainzische Orte in den pfälzischen Odenwaldzenten ausgetauscht wurden. Auch mit Erbach wurden solche Austauschverträge geschlossen. Das ist dann der Abschluß auch der äußeren Zentpolitik. Man benutzt die mittelalterlichen Gerichtsverbände, um alle fremden Herrschaften in ihnen aufzusaugen. Bis das geschehen ist, ist es ganz angenehm, daß sie sich über verschiedene Herrschaften erstrecken. Als man der Untertanen in diesem Kampfe nicht mehr bedarf, entkleidet man die Zenten auch ihres genossenschaftlichen Charakters.

Dieser Prozeß hat sich aber nicht in Weistümern gespiegelt, da natürlich die Untertanen nicht zu Aussagen gegen ihren eigenen Vorteil gezwungen werden konnten. Wir kennen ihn aber genau aus Beschwerdeschriften und dergleichen, in die uns überlieferten Weistümer fand der Widerstand der Untertanen kaum Eingang.

Dies erklärt sich aus der ja selbstverständlichen Einseitigkeit unserer Weistümer, auf die aber immerhin noch einmal hingewiesen werden soll. Sie stammen bis auf wenige Ausnahmen aus der pfälzischen Kanzlei, und man hat im allgemeinen nur solche aufgenommen, die zu Gunsten des Staates sprachen, die seinen Anspruch stützten. Andere Herrschaften haben ebenfalls Kundschaften eingeholt. Wir haben das ja öfters gesehen, und die Gelegenheiten, wo für die Pfalz ungünstige Aussagen gemacht und daraufhin ungünstige Entscheide getroffen wurden, werden angesichts der Fülle von Streitfällen nicht selten gewesen sein. Man vergleiche z. B. die Weisungen von Handschuhsheim 1399 und Schriesheim 1449. Oder die Angaben über den Wildbann in der Waldmichelbacher Zent 1364 und 1430, oder die Weistümer in Hemsbach und in der Schriesheimer Zent im 15. und 16. Jahrhundert. Für unsere Untersuchung war aber diese Einseitigkeit keine Gefahr, die Fragestellung wurde ja eben durch sie angeregt, indem die uns von der pfälzischen Kanzlei überlieferten Weistümer als Werkzeuge der Territorialpolitik behandelt wurden. Ab und zu wurden zudem Weistümer von der Gegenseite herangezogen, um als Spiegelung das Bild zu runden.

2. Die Stellung der Untertanen zur Weistumspolitik der Regierung.

Die Untertanen sind nicht Schiedsrichter in den Streitfällen, sondern sie sind Zeugen, die nur die Grundlage für einen Schiedsspruch zu liefern haben, indem sie den Tatbestand klären. Ursprünglich mögen es wohl nur die Schöffen des Zentgerichtes und des Dorfgerichtes gewesen sein, die das Gewohnheitsrecht wiesen, Strafen aussprachen und die Ordnung aufrechterhielten. Schon früh mag man sie aber auch zur Weisung über andere Gegenstände aufgerufen haben und zog zur Aussage auch Leute aus dem ganzen Untertanenverband heran, die am besten Bescheid wußten. Beide Arten von Weistümern, die festgefügten, altüberkommenen Zentund Dorfweistümer, die immer wieder erneuert und den zeitlichen Veränderungen mehr oder weniger elastisch angepaßt wurden, und die von Fall zu Fall besonders eingeholten Kundschaften, wurden ja von der Regierung benutzt. So sind es also nicht nur die Schöffen gewesen, die Recht sprachen und Urteile fällten, sondern es waren Zeugen aus dem Volke, die eben durch räumliche Nähe und unmittelbares Miterleben am besten zur Aussage befähigt waren und von der Regierung nach diesem Gesichtspunkt ausgewählt wurden.

Die Untertanen machen ihre Aussagen fast immer sehr bereitwillig, Beerfelden 1487 ist eine große Ausnahme. Denn einmal haben sie ja nichts auszusagen, was gegen ihren eigenen Vorteil läuft, und zum anderen ist ihre Weisung keine Gunst, sondern eine Pflicht.

Sie haben ja alle der Pfalz einen Untertaneneid geleistet, meist im Zentverband, und haben darin bezeichnenderweise geschworen, "und wann und zu welcher zeit du uf der zent von einem ambtmann oder schultheiss umb kuntschaft oder übersage gefragt würdest, sollest deines wissens und die warheit bei deinem eyd sagen", wie es in dem Mosbacher Zenteid heißt³ und auch sonst überall zum Ausdruck kommt, denn die Regierung wußte die Bedeutung der Weisung zu würdigen. Die Untertanen sind sich denn auch über ihre Weisungspflicht im Klaren. "Diess sind unserer gnedigsten hern weisstumb" heißt es z. B. bei Dornheim im Amte Stromberg,⁴ oder "weisstumb unserer gnedigsten herrn pfaltzgraven" bei Windesheim, ebda. Und noch viele Stellen beweisen diese Weisungspflicht. Aber sie bedeutet doch nicht, daß ein Zwang auf den Inhalt der Aussage ausgeübt wurde; im Gegenteil, es ist kein Fall

^{3.} Berain 5526.

^{4.} Cop. 882, Bl. 30.

überliefert, wo Zeugen bestochen worden wären, irgend eine günstige Aussage wider besseres Wissen zu machen, oder wo man sie gar mit Gewalt hierzu gezwungen hätte. Vielmehr beteuern sie öfters zu Beginn ihrer Aussage, daß diese vollkommen unbeeinflußt und streng nach der Wahrheit erfolge. "Am ersten sagen sie all und ir iglicher besonder, das sie das unbezwunglichen tun und mit gutem aignem freyen willen" oder "sie seyen ungedrungen und ungezwungen, sie sprechen von irem eigen frien willen", Stellen aus einem Weistum des Amtes Otzberg⁵ und einem von Oppenheim.⁶ Daß sie im Wortlaut fast übereinstimmen, ist ein Beweis für die starke Formelhaftigkeit der Weistümer über Zeit und Ort hinweg; nicht alles ist in ihnen immer aus der jeweiligen Situation entstanden. Die Untertanen werden öfters eigens zum Zweck der Aussage von gewissen Eiden, die sie daran hindern könnten, vorher entbunden, z. B. beim Zoll zu Ketsch.

Trotz der Verpflichtung zur Weisung in allen Fällen, wo die Regierung Auskunft wünscht, muß es ihr natürlich angelegen sein, daß die Weisung gern und freudig geleistet wird. Und dies ist der Fall, wenn die Untertanen selbst auch Vorteile von ihr haben, wenn sie also auch eigene Belange in ihr wahrnehmen können, indem sie sich zur Aussage über die Belange des Staates herbeilassen. Und tatsächlich liegt, wie wir gesehen haben, in den meisten Weistümern gemeinsamer Vorteil vor. Gerade bei den Zentweistümern von 1430 heißt es meist zum Schluß: nicht nur der pfälzische Amtmann, sondern auch die Zentschöffen hätten den Schreiber um Aufzeichnung der mündlichen Weisung gebeten.

Nicht nur die Regierung hatte ja ein Interesse daran, daß die dehnbare, von Personen und Zufällen abhängige mündliche Rechtsüberlieferung durch geschriebenes, eindeutiges Recht ersetzt wurde. Auch der bäuerlichen Genossenschaft mußte eine genaue schriftliche Festlegung dessen, was sie zu leisten hatte und was ihr an Rechten zustand, erwünscht sein, denn dann waren Verstöße dagegen viel leichter als Neuerungen und als Bruch des alten Herkommens zu brandmarken. Z. B. Copialbuch 882 Bl. 202: "Also wart der gemein ein zusagen getan, durch ein schein schriftlich

^{5.} Cop. 882.

^{6.} Franck, Geschichte von Oppenheim, a. a. O.

begriffen, wie unser gnediger her uns bleiben wolle lassen bei allen unsern alten rechten, als unser eltern uns bracht haben."

Ausschlaggebender für die natürliche Bundesgenossenschaft war aber ein anderer Umstand: es geht ja in unseren Weistümern meistens nicht um das Verhältnis von Regierung und Untertanen, sondern um die Auseinandersetzung des pfälzischen Territoriums mit anderen Herrschaften. Und da bestand eine Gemeinsamkeit der Belange zwischen den Trägern der Weistumspolitik und ihren Werkzeugen, da standen die Bauern oft auf Seiten des Landesherrn gegen die Zwischengewalten. In der Stüber Zent z. B. schützte der Staat die Zentgenossen gegen ihre Dorfherrn, die bestrebt waren, ihre Lasten zu vermehren. Seine Leibeigenen in fremden Territorien schützt er ebenso gegen deren Landesherrn, z. B. in Mudau und Landberg und schwächt dadurch die fremde Herrschaft. Er greift sogar in ganz fremde Hoheitsbereiche über und sucht sich auch dort auf die Untertanen zu stützen und sie zu günstiger Weisung geneigt zu machen, indem er geschickt seine Belange mit dem Vorteil dieser Untertanen verknüpft.

Und vor allen Dingen: der wichtigste Teil der Weisung vollzog sich im Rahmen der Zenten, und die Zenten waren ja ihrem Ursprung nach eine genossenschaftliche Einrichtung. Sie sind zwar zur Zeit der Überlieferung überall einem Zentherrn unterstellt, aber der Genossenschaft steht noch ungehinderte Betätigung in der Rechtsprechung und Verwaltung zu. Wiederum war also der Vorteil auf beiden Seiten, wenn die Zuständigkeit der Zent gegen die Niedergerichte ausgedehnt wurde; denn die Schöffen sprachen ja Recht, hatten Verwaltungsaufgaben und beaufsichtigten das Wirtschaftsleben, und oft wird sogar das Zentvolk selbst ausdrücklich zur Weisung zugezogen (Stüber Zent 1430). Die Regierung nimmt auch auf die örtlichen Verschiedenheiten Rücksicht, sie geht nicht schablonenhaft vor und gestattet, daß die Genossenschaft über die Forderung der Amtsleute hinausgehend im selben Weistum auch ihre eigenen Angelegenheiten ordnet und bisweilen sogar ihre eigenen Rechte wahrnimmt: die meisten Zent- und Dorfweistümer sagen zuerst zwar aus über die Stellung des Zent- und Dorfherrn, gehen dann aber im zweiten Teil oft zu ihren eigenen Angelegenheiten über. Außerdem hält sich der Staat in der Form der Befragung ganz an das genossenschaftliche Herkommen. Alles das erklärt die Willigkeit, die die Untertanen an den Tag legen, und die sich natürlich nicht auf die Weisungen des pfälzischen Territoriums beschränkt. Es mag auch wohl vorgekommen sein, daß dieselben Zeugen zu verschiedenen Zeiten einmal zu Gunsten der einen und dann zu Gunsten der anderen Herrschaft aussagten, im großen und ganzen wird man aber an der Wahrheit und Aufrichtigkeit ihrer Aussage nicht zu zweifeln brauchen.

Das ändert aber natürlich nichts an der Enge dieser Weisung. Denn jeder berichtet seine eigene, persönliche Erfahrung und Erinnerung, er sieht die Sache also gewissermaßen aus der Froschperspektive, das verleiht eben dieser anekdotenhaften Aussage ihre große Frische und Unmittelbarkeit. Der Sachverhalt muß aber dann aus vielen Einzelaussagen erst abgezogen und geklärt werden. Man wird allerdings bei der Auswahl der aufgerufenen Zeugen schon darauf gesehen haben, daß ihre Aussagen sich nicht widersprechen, sondern ergänzen. Am wirksamsten waren natürlich die Weisungen von angesehenen, bejahrten Männern, deren Gedächtnis sich auf viele Jahre erstreckte, und die besonders glaubwürdig waren. Oft wird bei Nennung der Zeugen gesagt, wie alt sie sind, wie weit sie sich zurückerinnern, denn je weiter zurück, desto älter das Herkommen, über das sie aussagen.

Über dieses "alte Herkommen", das eine so gewichtige Rolle in fast allen Weistümern spielt, müssen in diesem Zusammenhang noch ein paar Worte fallen. Die Weisungen sind ganz allgemein dem Charakter der bäuerlichen Bevölkerung gemäß konservativ, allen Neuerungen abgeneigt, was schon daraus hervorgeht, daß sie oft noch jahrhundertelang Rechtsbräuche und -symbole mitschleppen, die ihren Inhalt längst verloren haben und die dann von einer aufklärerischen Zeit als lächerlich empfunden wurden. Eben dieser Neuerungen feindliche Zug der Weistümer kam nun der Regierungspolitik sehr zustatten und wurde von ihr voll ausgenützt. Denn es gab keine beweiskräftigere Bestätigung für ein Recht oder für einen Zustand, als die Aussage der Untertanen, daß er seit Menschengedenken bestanden habe; und "wider das alte Herkommen" ist gleichbedeutend mit Rechtsbruch. So wird also die pfälzische Politik überall bestrebt sein, ihre eigene Stellung als Zentherr oder ihren Besitz an Regalien als altes Herkommen und damit als unerschütterliches Recht zu erweisen, die

Gerechtsame anderer Herrschaften dagegen als Neuerungen und damit als Verstöße gegen das alte Herkommen brandmarken zu lassen. Wir haben im darstellenden Teil immer wieder gesehen, wie virtuos das gehandhabt wird. Für den ersten Fall, Bestätigung der eigenen Stellung durch das alte Herkommen, war fast jedes einzelne Weistum ein Beispiel, für den zweiten, Bloßstellung fremder Rechte als Anmaßung und Rechtsbruch, waren die Kundschaften über den Zoll von Ketsch der schönste Beleg, daneben aber auch das Landbergweistum von 1430, wo die Schiedsrichter beim 3. Artikel ausdrücklich feststellten, er sei laut Weisung der Zentschöffen wider altes Herkommen und müsse deshalb fallen.

Nun war natürlich auch die pfälzische Territorialpolitik, da sie in der Ausdehnung und im Ausbau begriffen war, sehr oft nicht mit dem alten Herkommen in Einklang, sie hätte ja sonst in Starrheit versinken müssen. Sie führt es deshalb auch wohlweislich nur da ins Feld, wo schon eine gewisse Zeit seit dem Erwerb eines neuen Rechtes oder Gebietes verstrichen ist. 1416 in der Kundschaft über die Stüber Zent läßt sie sich deren Erwerb nur bestätigen, ohne daß von altem Herkommen die Rede ist. Aber schon im Zentweistum von 1430, nach 29 Jahren der pfälzischen Zentherrschaft, wird sie durch das alte Herkommen gestützt. Ist also ein gewisser Zeitraum vergangen, ist eine neue Generation herangewachsen, die sich an den bestehenden Zustand gewöhnt hat, so können die Zeugen ihn als in Einklang mit dem alten Herkommen empfinden und damit als Recht weisen. Wie lang dieser Zeitraum ist, läßt sich selten genau feststellen. Der Fall in der Stüber Zent zeigt jedoch, daß es wohl mindestens 30 Jahre, also ein Menschenalter. waren. Von da an kann schon von altem Herkommen die Rede sein. Wenn ein bejahrter Zeuge, dessen Erinnerung sich auf 60-70 Jahre erstreckt, aussagt, daß er es nie anders erfahren habe, so ist das schon ein sehr starker Beweis für das alte Herkommen, und nur selten begnügt man sich nicht mit dem "Menschengedenken", sondern setzt noch hinzu: "er habe es nie anders gekannt noch von seinen Vorfahren anders gehört".

Wir stellen also fest: Bei eigenen Neuerungen läßt die Regierung einen gewissen Zeitraum verfließen, ein Menschenalter mindestens, ehe sie Weisungen über den so geschaffenen Rechtszustand einholt. Bei entsprechenden Neuerungen fremder Herr-

schaften dagegen holt die pfälzische Regierung Kundschaften über die Veränderung so bald wie möglich ein. Das eine Mal zur Stützung der eigenen Stellung durch das alte Herkommen, das andere Mal zur Kennzeichnung fremder Maßnahmen als Neuerungen und Verstöße gegen das Althergebrachte.

Im allgemeinen wendet also die Regierung das alte Herkommen an, um die Stellung fremder Herrschaften zu erschüttern, gelegentlich aber stützt sie sich auch gegen die eigenen Untertanen darauf, wenn diese die Abänderung eines für sie drückenden Zustandes wünschen, z. B. beim Anhang zum Stüber Zentweistum 1430 vom Jahre 1466, wo also das vor 36 Jahren Gewiesene vom Amtmant. bereits als altes Herkommen bezeichnet wird, bei dem man bleiben wolle. Die bäuerliche Genossenschaft selbst stellte sich natürlich sehr oft auf den Boden des alten Herkommens, wenn die Herrschaft ihre Lasten erhöhte, man denke nur daran, welche Rolle das "Alte Recht" im Bauernkrieg spielt. Die pfälzische Regierung hat solche Berufungen der Bauern auf ihr altes Herkommen gegen Vermehrung ihrer Pflichten durch die Grundherrschaften unterstützt und anerkannt, sie hat z.B. in zahlreichen Hofgerichtsentscheidungen das alte Herkommen zu Gunsten der Untertanen ausgelegt, sie hat in fremden Zenten einen Ausbau der Zenthoheit dadurch zu stören versucht, daß sie verlangte, man möge das Zentvolk bei seinen alten Rechten lassen: Beerfelden 1457, Mudau 16. Jahrhundert. Nun haben aber natürlich die eigenen pfälzischen Untertanen den Ausbau der Landeshoheit nur solange unterstützt, als er sich nicht gegen sie selbst richtete. Als ihnen aber die Selbstverwaltung im Dorf und in der Zent Stück für Stück genommen wurde, da sträubten sie sich auch und beriefen sich gegen die Landesherrschaft auf ihr altes Herkommen. Diese Beschwerden haben aber kaum je Eingang in pfälzische Weistümer gefunden. Wir haben lediglich einige Fälle, wo die Schöffen sich weigern, altes Herkommen zu Gunsten der Pfalz zu weisen. Wir glaubten einen solchen Fall in dem Bruchstück eines Kirchheimer Zentweistums von 1466 zu sehen und haben eine deutliche Weigerung in dem Beerfelder Weistum von 1487. Ferner wären hier die Fälle von Heddesheim und Sandhofen 1496 zu nennen.

Beschwerden über Neuerungen und Verstöße gegen das alte Herkommen finden also in die Weistümer nur Eingang, wenn sie sich gegen frem de Herrschaften richten. Dann duldet man Klagen und Beschwerden, nimmt sie gerne in das Protokoll auf und benutzt sie als willkommene Waffe. Richten sie sich dagegen gegen die eigene Regierung, so berichten uns die Weistümer kaum etwas über sie, wohl aber kennen wir sie aus einer Flut von Eingaben und bäuerlichen Beschwerdeschriften, wie sie uns die Ortsakten und das Schriesheimer Zentbuch überliefern. In ihnen spiegelt sich natürlich die Stimmung der Untertanen viel deutlicher als in den herrschaftlich bestimmten Weistumsinstrumenten. Jedoch fallen diese Beschwerden nicht in den Rahmen unserer Untersuchung. Die Weistümer aus der pfälzischen Kanzlei sind vielmehr gewöhnlich Werkzeuge der Territorialpolitik, sehr selten nur eine bäuerliche Reaktion gegen die Ausdehnung der Staatsgewalt.

Rückblick.

Ausgangspunkt dieser Untersuchung war die Beschäftigung mit den pfälzischen Weistümern der Zenten Schriesheim und Kirchheim. Ihr Ziel war, einen Beitrag zur Geschichte der Ausbildung der Landeshoheit im kurpfälzischen Territorialstaat zu liefern. Insofern dies von den Weistümern her geschieht, ist sie ein erster Versuch.

Bei der Sammlung der nordbadischen Weistümer fiel alsbald die Familie von 1430 auf, deren besonderes Gepräge durch neue, ähnliche, bisher meist noch nicht bekannte Stücke immer deutlicher in die Augen fiel. Die Planmäßigkeit in der Aufstellung dieser Weistümer war nicht zu verkennen, und es lag nahe, dahinter eine ganz folgerichtige Politik zu vermuten, ihr weiter nachzugehen und sie in ihrer Gesamtheit darzustellen.

Die besondere, bisher noch kaum beachtete Eigenart einer beträchtlichen Gruppe kurpfälzischer Weistümer bestand darin, daß sie nicht wie die bisher hauptsächlich von der Forschung erfaßten Weistümer Angelegenheiten rechtlicher oder wirtschaftlicher Art zwischen Herrschaft und Untertanen oder der Genossenschaft unter sich regeln: Vielmehr sind sie offensichtlich von der Verwaltung des pfälzischen Territorialstaates veranlaßt und stehen im Dienste ihrer Politik.

Sie verleugnen in Form und Inhalt diese ihre staatliche Herkunft nicht, sie sind Werkzeuge der Politik und wurden daher kurz "politische Weistümer" genannt. Sie dienen zur Klärung des Verhältnisses des Landesherren zu anderen Herrschaften im Innern und zu fremden Territorien an den Grenzen. Und zwar nicht eines ruhigen, starren Verhältnisses, vielmehr verdanken sie ihre Entstehung umstrittenen Ansprüchen und bewegten Auseinandersetzungen.

Die Aufmerksamkeit galt dabei dem ganzen kurpfälzischen Gebiet, am ergiebigsten aber waren die Kerngebiete im Oberamt Heidelberg, die von der Verwaltung am straffsten erfaßt wurden, in denen die alten genossenschaftlichen Gerichtsbezirke der Zenten noch lange lebendig waren und einen natürlichen Rahmen für die bäuerliche Weisung und die gegebenen Zellen für die Landeshoheit bildeten.

Zeitlich wurde die Ausbildung der Landeshoheit verfolgt, solange man sich zu ihrer Erreichung der Weistümer bediente: Vom Einsetzen der Überlieferung um das Jahr 1400 an bis zu dem Zeitpunkt, wo der Bestand an landesherrlichen Rechten genau umrissen und schriftlich festgelegt, weitere Weistumspolitik also unnötig war. Dies war um das Jahr 1600 der Fall. Der Zeitraum der politischen Weistümer erstreckt sich also über zwei Jahrhunderte, doch fällt der überwiegende Teil unserer Quellen in das 15. Jahrhundert. Nach 1600 verlieren die Weistümer rasch ihr politisches Gepräge, sind nicht mehr Ausdruck eines Kräftespiels, sondern dienen rein lokalen Zwecken als Dorf- und Allmendordnungen, bis im 18. Jahrhundert der Polizeistaat auch darauf die Hand legt und der genossenschaftlichen Weisung überhaupt ein Ende macht.

Die Einrichtung der bäuerlichen Weisung war alt, viel älter als der moderne Territorialstaat. Daß er aber die große Bedeutung dieser Einrichtung für seinen inneren Ausbau und seine gebietsmäßige Ausdehnung frühzeitig erkannte und voll ausnutzte, das ist das Neue, ist das, was der Geschichte der Weistümer und der des pfälzischen Territoriums Bereicherung bringen kann.

Unter diesem Gesichtspunkt sind bei den politischen Weistümern zwei Arten zu unterscheiden: 1. Solche, die beim Einsetzen der Überlieferung nicht erst aufgestellt, sondern nur erneuert werden, deren Entstehung lange vor dem Einsetzen einer staatlichen Weistumspolitik zu denken ist. Sie werden zwar von der Kanzlei auch gesammelt, dienen aber nicht ausschließlich politischen Zwecken, sondern auch der Wahrnehmung der Belange der Genossenschaft. Zu dieser Art gehören vor allem die Zent- und Dorfweistümer, inhaltlich oft hochwichtig, jedoch keine reinen Werkzeuge der Politik.

2. Die sogenannten Kundschaften, Zeugenverhöre, die eigens zur Auskunft über einen schwebenden Streitfall veranstaltet wurden. In ihnen ist der politische Charakter am reinsten ausgeprägt, sie sind am ausschließlichsten Werkzeuge der Territorialpolitik und waren am ehesten in Entstehung und Wirkung zu überschauen.

So versuchte die Arbeit, aus der Besonderheit der pfälzischen Weistumsüberlieferung möglichsten Nutzen zu ziehen und die Weistümer in einer begrenzten Landschaft im Zusammenhang mit den andern Quellen und von einem bestimmten Blickpunkt her zu sehen.

Dieser einheitliche Blickpunkt für alle Einzelweisungen des darstellenden Teils war die Ausbildung der Landeshoheit ist hohe it; in ihrem Dienst stehen sie alle. Die Landeshoheit ist ein Sammelbegriff, sie besteht aus der hohen Gerichtsbarkeit in Verbindung mit der Heeresfolge, dem Steuerrecht und einer Reihe von Regalien. Die Hochgerichtsbarkeit und die Heeresfolge zusammen mit einigen anderen Gerechtsamen wird in den ältesten Zentweistümern und ihren späteren Erweiterungen gesichert. Als sich dann die Notwendigkeit ergab, auch andere unbedingt zur Landeshoheit gehörenden Rechte mit Hilfe der Weisung wahrzunehmen, geschah dies in den Kundschaften. Sie geben vor allem über die Regalien, besonders über Zoll, Wildbann und Geleite Auskunft, dazu auch öfters über Leibes- und Grundherrschaft.

Die Landeshoheit war beim Einsetzen der Überlieferung schon im großen erworben. Sie mußte aber in mühevoller Kleinarbeit noch von den Resten mittelalterlicher Autonomie im Innern befreit und nach außen gegen andere, ebenfalls emporstrebende Territorien abgegrenzt werden. Diese Nachbarn waren besonders: Kurmainz, Worms, Speyer, Erbach und die Mosbacher Seitenlinie. Natürlich waren bei diesem Ausbauwerk die Weistümer nur ein Mittel. Die Einzelbeispiele zeigten aber, daß es vielfach zur Klärung des Rechts- und Besitzstandes gar kein anderes gab als die Aussage der Untertanen, die über den Streitfall durch eigene Erfahrung und die nur ihnen bekannte Überlieferung am besten im Bilde waren. Das Fehlen sonstiger Unterlagen wurde von der Regierung oft beklagt und erklärt den dauernden Einsatz von Weistümern, bis die Landeshoheit allseitig und eindeutig umgrenzt war.

Die letzte Stufe auf dem Wege zum absolutistischen Staat, den Ausbau der Landesherrschaft gegen die Untertanen selbst, begleiten und unterstützen die Weistümer selbstverständlich nicht mehr.

Beschwerden der Untertanen gegen Übergriffe der Herrschaft

finden in die Weistümer im allgemeinen nur Eingang, wenn sie sich gegen frem de Herrschaften richten und von der Regierung zu deren Schwächung benutzt werden können. Im übrigen zeigen die Weistümer Regierung und Untertanen in natürlicher Bundesgenossenschaft, und der Staat versteht es sehr geschickt, seine Belange mit denen der Genossenschaft zu verknüpfen zum Kampf gegen fremde Herrschaften.

Auf die Ausbildung der Landeshoheit wurden alle Weistümer bezogen. Die bezeichnendsten wurden ausgewählt. Ihr Inhalt wurde nicht ausführlich wiedergegeben, da er sehr oft nur örtliche Bedeutung hat. Das Wie war oft wichtiger als das Was. Es wurde darauf verzichtet, die Weistümer nach allen Seiten hin zu erklären und sie nach einer andern als ihrer politischen hin auszuwerten. Auf diese politische Seite sollte alles Licht fallen.

Vielfach mußten dabei die Weistümer aus ihren bisherigen, ortsgeschichtlichen, rechts- und wirtschaftsgeschichtlichen Zusammenhängen gelöst werden. Bald da, bald dort wurden sie aufgesucht, wo gerade ein Streitfall vorlag, eine Spannung bestand. Dafür wurde versucht, sie in einen neuen Zusammenhang hineinzustellen:

Es gelang in einer ganzen Reihe von Fällen, Beziehungen zwischen ihnen und anderen Akten herzustellen, die oft in ihrer Umgebung überliefert sind; sie einzureihen in das ganze System von Verträgen, Teilungen, Schiedssprüchen, Käufen und Verpfändungen, die zusammen die pfälzische Territorialgeschichte ausmachen. Kurz es gelang, ihnen durch die Einbettung in die Territorialgeschichte in die Territorialgeschichte eine neue Einheit zu geben.

Als oft ausschlaggebende Grundlage von Verträgen und Entscheiden und als gewichtiges Belastungsmaterial bei Beschwerden gegen fremde Herrschaften spielten die Weistümer zwei Jahrhunderte lang eine bedeutende Rolle in jenem großen, planvollen und erfolgreichen Werk, das über Ort und Zeit und über den Wechsel der Personen hinweg ein Ziel erstrebte: Die Durchsetzung der kurpfälzischen Landeshoheit.

Quellen und Literatur.

A. Ungedruckte Quellen:

Badisches Generallandesarchiv. Copialbücher 818, 876, 880, 881, 882, 884—888, 895, 915. Beraine 3480, 3482, 3486, 3488, 3606, 5526, 7761, 7767. Spezialakten Brühl und Hemsbach.

B. Gedruckte Quellen:*)

Ludwig Baur: Hessische Urkunden, Bd. 5, 1873.

Badische Weistümer und Dorfordnungen, Bd. 1, Heft 1: Reichartshauser und

Meckesheimer Zent, herausgg. v. Carl Brinkmann, 1917.

Franck: Geschichte von Oppenheim, 1859. Jakob Grimm: Weistümer, Bd. 1, 4 und 5.

Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, Alte Folge, Bd. 26.

C. Literatur:

Willy Andreas: Deutschland vor der Reformation. 2. Aufl. 1934.

 Stand und Aufgaben der Weistumsforschung vornehmlich am Oberrhein (Blätter für deutsche Landesgeschichte, Jahrg. 83, 1937).

Georg v. Below: Vom Mittelalter zur Neuzeit. 2. Aufl. 1934.

- Territorium und Stadt, 1923.

Conrad Dahl: Historisch-topographische Beschreibung des Fürstentums Lorsch, mit Urkundenbuch 1812.

Fritz Ernst: Eberhard im Bart. Die Politik eines deutschen Landesherrn am Ende des Mittelalters, 1933.

Hans Fehr: Die Entstehung der Landeshoheit im Breisgau, 1904.

Über Weistumsforschung. (Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, XIII, 1916.)

Günther Franz: Der deutsche Bauernkrieg, 1933. Aktenband I, 1935. Ludwig Häusser: Geschichte der Rheinischen Pfalz, Bd. 1, 1845. Neudruck 1924.

^{*)} Von den gedruckten Quellen und dem benutzten Schrifttum ist nur das angegeben, was für die Fragestellung der Arbeit unmittelbar von Wichtigkeit war, also nicht die außerpfälzischen großen Weistumseditionen und die sonstige Weistumsliteratur. Für beides verweise ich nochmals auf Karl Kollnigs "Weistumsforschung am Oberrhein".

Theodor Humpert: Die territoriale Entwicklung von Kurmainz zwischen Main und Neckar. Diss. Würzburg 1913,

German Killinger: Die ländliche Verfassung der Grafschaft Erbach (Abhandlungen aus dem Staatswissenschaftl. Seminar Straßburg, Heft 29, 1912).

Theodor Knapp: Zur Geschichte der Landeshoheit (Württemb. Vierteljahrshefte 1932),

— Grundherrschaft im südwestlichen Deutschland. (Zeitschr. d. Savigny-Stiftung, Germ. Abteilg, 22.)

Karl Kollnig: Die Zent Schriesheim. (Heidelberger Abhandlungen zur mittelalterlichen und neueren Geschichte, hrsg. von K. Hampe u. W. Andreas, 62, 1933.)

— Die Zenten in der Kurpfalz (Z.G.O., N.F. 49, 1935).

— Weistumsforschung am Oberrhein (Z.G.O., N.F. 50, 1936).

Johannes Kühn: Zur Kritik der Weistümer (Festgabe für Gerhard Seeliger)
1920.

Eberhard Freiherr von Künßberg: Deutsche Bauernweistümer. 1926. Diederichs-Jena.

 Rechtsgeschichte und Volkskunde (Jahrb. für historische Volkskunde I, 1925).

 Besprechung der Weistümerausgabe von Carl Brinkmann (Zeitschrift der Savigny-Stiftung, Germ. Abteilung, Bd. 38).

Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz, 16, 1882. Wilhelm Müller: Verzeichnis hessischer Weistümer, 1916.

Erna Patzelt: Entstehung und Charakter der Weistümer in Österreich, 1924.

— Grundherrschaft und bäuerliches Weistumsrecht (Arch. f. Kulturgeschichte 20, 1930).

Eugen Seyfried: Heimatgeschichte des Amtsbezirks Schwetzingen, 1924.

G. Simon: Geschichte der Dynasten und Grafen von Erbach mit Urkundenbuch, 1858.

Manfred Stimming: Entstehung des weltlichen Territoriums des Erzbistums Mainz, 1915.

Otto Stolz: Weistum und Grundherrschaft (Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 29, 1936).

Walther Tuckermann: Das altpfälzische Oberrheingebiet. Von der Vergangenheit zur Gegenwart. 1935.

Hermann Wießner: Sachinhalt und wirtschaftliche Bedeutung der Weistümer im deutschen Kulturgebiet, 1934.*)

Johann G. Widder: Geographisch-historische Beschreibung der kurfürstlichen Pfalz. 3 Teile, 1786.

^{*)} Besprochen von Walther Merk, Zeitschrift der Savigny-Stiftung, Germ. Abteilung, Bd. 55.